

Entwicklung einer sozialistischen ökonomischen Basis erzwungen hat und die sich in der Folge aus eigener Kraft demokratisieren könne, wenn die innere und die internationale Lage einigermaßen stabil bleiben würden. Deutscher betont die Bedingtheit seiner Einschätzung. Über den Zusammenhang zwischen der Industrialisierung und dem Bedarf an einer Demokratisierung merkt er an:

»Alles was ich gesagt habe ist, daß die Industrialisierung dazu *tendiert*, demokratische Bestrebungen der Massen zu erwecken. Die Bestrebungen können, wohlgemerkt, durch andere Faktoren enttäuscht oder behindert werden.«¹¹⁶

Auch die These, daß die große gesellschaftliche Ungleichheit ihren notwendigen Charakter verloren hat, solle als bedingte Feststellung aufgefaßt werden. Die bevorrechtete Minderheit wird *auf Dauer* kein Interesse daran haben, die sozialen Antagonismen und die politische Unterdrückung aufrechtzuerhalten. Die beträchtliche Einkommensdifferenzierung (also: die Privilegierung der Elite) während der forcierten Industrialisierung entsprach dem Bedarf an kräftigen materiellen Anreizen und deshalb dem »breiten nationalen Interesse«. Da nun die anfängliche gesellschaftliche Armut überwunden ist, ist eine Einkommensnivellierung nach oben wünschenswert geworden. Eine solche Veränderung wird der Elite nicht zum Nachteil gereichen. Auch die politische Unfreiheit ist nicht länger funktional (eine Begründung für diese Behauptung gibt Deutscher nicht) und wird aus diesem Grunde aufgehoben werden können. Sollten die internationalen Spannungen zunehmen, dann werde dies zu einer Blockierung der Demokratisierung führen können. In einem solchen Fall könnte – wenn auch im Inland heftige Spannungen entstehen würden – gesellschaftliche Instabilität einen russischen Bonaparte an die Macht bringen, wovon eine Kriegsgefahr ausgehen würde. Denn: Wie Stalins Terror im Inland und seine verhältnismäßig »friedliebende« Außenpolitik zusammenhängen, so werde sich dieser Zusammenhang bei einem Bonaparte umkehren: »er wird gezwungen sein, im Ausland einen Ausweg für seine internen Spannungen zu finden.«¹¹⁷

Die amerikanische unabhängige sozialistische Zeitschrift *Dissent* publizierte bereits nach einigen Monaten eine etwas gekürzte Übersetzung des *Esprit*-Beitrags.¹¹⁸ Daraufhin entspann sich eine mehr als ein Jahr währende Diskussion. Der aus Deutschland stammende, marxistisch beeinflusste Soziologe Lewis (Lutz) Coser wandte ein, daß Industrialisierung dann und nur dann zur Demokratisierung führen kann, wenn autonome Arbeiterorganisationen bestehen, die die werktätige Bevölkerung zu demokratischem Bewußtsein erziehen. Der Umstand, daß Arbeiter dank des Stalinismus besser ausgebildet sind, besagt in diesem Zusammenhang nichts; die Indoktrinationsmöglichkeiten haben dadurch nur noch zugenommen. Auch Deuschers Argument, daß

eine Einkommensnivellierung nach oben erfolgen kann, ließ Coser nicht gelten:

»Wenn die meisten der Güter in Rußland 'freie Güter' wären, wie es zum Beispiel das Wasser im östlichen Teil der Vereinigten Staaten ist, wäre ein Konkurrenzkampf um sie unwahrscheinlich, aber muß man ernsthaft diese Alternative diskutieren?«¹¹⁹

Solange die Sowjetunion nicht in ein Schlaraffenland verwandelt ist, wird die Elite – von Coser als Klasse bezeichnet – an der Macht festhalten wollen. Noch niemals hat eine herrschende Klasse ihre Vorrechte freiwillig aufgegeben, außer in Situationen tatsächlicher oder akut drohender revolutionärer Entwicklungen.

Henri Rabassiere griff von einem anderen Punkt aus an. Er bestritt nicht die Möglichkeit einer gewissen Demokratisierung, wohl aber deren potentiell strukturellen Charakter. Im Gegensatz zu Deutscher und seinen früheren Kritikern meinte Rabassiere, ein zyklisches Modell zu erkennen. Innerhalb der Elite bestünden verschiedene Sektoren, die alle mit bestimmten Bevölkerungsgruppen, industriellen Sektoren oder kulturellen Belangen verbunden seien. Stets wenn ein Teil der Bürokratie für bestimmte Vorrechte für eine Teilgruppe eintrete, würden die zentralen Planer prüfen, ob die betreffenden Maßnahmen der Gesamtplanung entsprechen. Ist dies der Fall, dann ist »Demokratisierung« das Resultat. Wenn nicht, dann wird dieser Teil der Bürokratie als »Verräter« gebrandmarkt. Phasen von »Entspannung« und »Spannung« folgen so ständig einander:

»[...] ein fortwährender Zyklus von Beruhigung und Spannung schafft Fraktionen und weist sie zurück, zieht neues Führungspersonal in den Strudel der Verwaltung und zerstört sie. [...] Es handelt sich hierbei weder um Demokratie noch um Bonapartismus – die einzige Alternative, die sich Deutscher für die Sowjetunion vorstellt, nach einem kurzen 'Rückfall' in den Stalinismus.«¹²⁰

Da sie nicht aus wesentlichen gesellschaftlichen Veränderungen entstehen, korrespondieren die verschiedenen Zyklen auch nicht mit bestimmten Inhalten der Außenpolitik.

Pierre Tresse akzentuierte in seiner Kritik die Frage nach den Kriterien, die Deutscher bei seiner Behauptung anlegte, das Sowjetsystem sei ausreichend flexibel für einen allmählichen Übergang zum demokratischen Sozialismus. Woraus folgert Deutscher, daß eine solche friedliche Transformation zwar in der Sowjetunion, nicht aber im Kapitalismus stattfinden könne?

»In beiden [Systemen – Anm. d. Übers.] existieren bestimmte gesellschaftliche Gruppen, die in unterschiedlichem Ausmaß in einem antagonistischen Verhältnis zueinander stehen und entsprechende Klassenkämpfe austragen. Können solche Kämpfe abge schafft und, wie es geschehen ist, im weiteren Verlauf überwunden werden? Sind die zu überwindenden Hindernisse in einem solchen Transformationsprozeß in Rußland größer

oder kleiner als im Westen? Welches System ist flexibler und welches rigider? Dies sind die Fragen, die Herr Deutscher beantworten muß, bevor er so fröhlich die Möglichkeit eines friedlichen Auftauchens aus dem Stalinismus behauptet.«¹²¹

Paul Willen schließlich meinte, daß Deutscher zu schnell generalisiere und dadurch einem Trugschluß erlegen sei. Natürlich ist es unrichtig, die bürokratische Elite als einen monolithischen Block aufzufassen; in Zeiten großer gesellschaftlicher Spannungen kann man nicht einmal ausschließen, daß einzelne Mitglieder der Elite zu den Massen überlaufen und für sie jene Führer stellen, welche die Situation verlangt. Aber was folgt eigentlich aus einer solchen Überlegung? Wenn man feststellt, daß sich nicht die *gesamte* Bürokratie stets gegen Reformen sperrt, dann kann man daraus doch nicht logisch folgern, daß die Bürokratie die Führung im Prozeß der Demokratisierung übernehmen wird. Deutscher schein sich zu sehr mit der als gutwillig interpretierten Elite und zu wenig mit den unterdrückten Massen zu identifizieren.¹²²

Deutscher beschloß die Debatte mit einem neuen systematischen Exposé seiner Gedanken,¹²³ in dem er jedoch nicht auf alle Argumente seiner Gegner einging. Ganz auf der trotzkistischen Linie charakterisierte er die Sowjetbürokratie als »giant amoeba« (Riesenamöbe), die ihre Vorrechte nicht dem Eigentum an Produktionsmitteln, sondern der Konsumtionssphäre entlehnt. Die Machtbasis der Elite ist daher besonders labil; und die Bedeutung der Privilegiertheit – sowie die Zähigkeit, in der sie von der Elite verteidigt wird – ist abhängig vom allgemeinen gesellschaftlichen Reichtum. Da die Sowjetunion sich jetzt im Übergang von der »ursprünglichen sozialistischen Akkumulation« (ein Begriff, den Deutscher offensichtlich von Preobraschenski entlehnte¹²⁴) zur normalen sozialistischen Akkumulation befindet und so der Konsumtionsmittelsektor kräftiger wachsen kann, kann auch der Unterschied des Konsumniveaus zwischen Elite und Massen abnehmen. Ohne à la Coser einen Zustand allgemeinen Überflusses zur Voraussetzung zu machen, muß man einsehen, so Deutscher, daß diese Entwicklung einen nivellierenden Effekt hat. Natürlich wird auch in Zukunft die Einkommensverteilung unausgeglichen bleiben, aber doch *weniger* unausgeglichen als während des Stalinismus. Der Kampf um das Nationalprodukt wird dadurch politisch weniger explosiv:

»[...] mit dem Wachstum des nationalen Produkts tendiert die Konkurrenz um ›Anteile‹ dazu, weniger brutal und zivilisierter zu werden; die Anteile können letztlich 'fair' werden.«¹²⁵

Dieser Faktor ermöglicht eine Verminderung der Repression und damit eine Demokratisierung. Natürlich gibt es keinen automatischen Zusammenhang zwischen Industrialisierung und Demokratie, aber mehr Wohlstand führt zu einer Milderung der sozialen Gegensätze und ermöglicht es den Mächtigen, im Rahmen eines gewissen Konsens zu herrschen und Freiheiten zuzugeste-

hen. Es ist, alles in allem, kein historischer Zufall, daß die dauerhaftesten bürgerlichen Demokratien in den USA und in Großbritannien bestehen, den Ländern, wo der Wohlstand relativ der größte ist. Ob die Sowjetbürokratie tatsächlich in den abnehmenden sozialen Gegensätzen schon einen ausreichenden Grund sehen würde, ihre Vorrechte aufzugeben, konnte Deutscher nicht mit Sicherheit sagen. Das Maß, in dem sie Reformen fördern würde, hat er absichtlich stets unbestimmt gelassen. Daß er sie jedoch für fähig hielt, bestimmte durchgreifende Reformen zu verwirklichen, könne nicht, wie Willen es ihm vorgeworfen hatte, als Kapitulation vor der Elite aufgefaßt werden. Im Gegenteil:

»meine primäre Verpflichtung – muß ich das sagen? – gilt nicht den Bürokraten [...], sondern den Unterdrückten, den Verfolgten und den irreführten Völkern der Welt.«¹²⁶

4.4.2 Reaktionen auf Burnham

Burnhams *The Managerial Revolution*, 1941 in New York publiziert, war nach dem Ende des Krieges auch auf dem europäischen Kontinent erhältlich. Das Buch erschien 1947 in einer französischen Übersetzung als *L'ère des organisateurs* und 1948 auf Deutsch als *Das Regime der Manager*. Die Reaktion war überwältigend und die Anzahl von Rezensionen beeindruckend. Ich muß es hier mit der Vorstellung nur einiger der Reaktionen bewenden lassen. Burnhams Werk enthielt faktisch zwei Behauptungen: 1. Nach dem Untergang des Kapitalismus ist in einigen Ländern eine neue Klassengesellschaft entstanden. 2. Dieser Vorgang wird sich in naher Zukunft unvermeidlich, oder jedenfalls mit großer Wahrscheinlichkeit, auf dem Rest der Welt wiederholen. Die Kritiker waren im allgemeinen darin einig, daß die erste Behauptung, wenn nicht ganz, so doch zum Teil richtig war. Ihre Einwände bezogen sich entweder auf den Gedanken, daß die Entwicklung in der Sowjetunion und andernorts einen Bruch mit dem Kapitalismus impliziere, oder auf die Annahme, daß die neue Klassengesellschaft sich rasch über den Rest der Welt verbreiten werde.¹²⁷

Die Zukunft, das Monatsblatt der österreichischen Sozialdemokratie, publizierte Ende 1947 einen Aufsatz von Jacques Hannak, in dem Burnham zum Teil unterstützt wird.¹²⁸ Gegen die Ausführungen des Amerikaners über die Entstehung einer neuen Klassengesellschaft in Rußland sei eigentlich wenig einzuwenden. Unhaltbar aber werde die Argumentation, wenn es um den Beweis gehe, daß die *managerial revolution* überall triumphieren werde. Hannak verwies darauf, daß die »neue Klasse« der Betriebsleiter und Technokraten sich gerade in einer verhältnismäßig rückständigen Gesellschaft zum Herrscher hat entwickeln können, während ihre Macht sich in dem Maße zu verringern scheint, in dem sich der Kapitalismus höher entwickelt hat. Der

Umstand, daß die Manager gerade in den Vereinigten Staaten nicht weiter als bis zum *New Deal* gekommen waren, sei in diesem Zusammenhang vielsagend. Hannak war daher der Meinung, daß Burnhams Fatalismus nicht berechtigt ist und daß er zu sehr von den gesellschaftlichen Bedingungen abstrahiert, unter denen die Manager ihre Macht aufbauen müßten.

Der deutsche Rätekommunist Willy Huhn widmete Burnhams Theorie einen umfangreichen Essay.¹²⁹ Seine These lief darauf hinaus, daß Burnham zu Recht auf die wachsende Macht der Manager aufmerksam gemacht, aber fälschlich daraus das Verschwinden des Kapitalismus abgeleitet habe. Huhn war der Auffassung, daß das Aufkommen der Manager nur ein Ausdruck dessen bilde, was Marx die »Aufhebung des Kapitals als Privateigentum innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise« genannt hatte: die zunehmende Trennung zwischen dem Kapital als *Eigentum* und dem Kapital als *faktische Betriebsführung*. Wenn der Staat die verselbständigte Eigentumsfunktion usurpiert (damit zum »reellen Gesamtkapitalisten« wird) und eine Verschmelzung der Betriebsleitungen auf höherem Niveau realisiert, dann bedeute das keinen *Bruch* mit dem Kapitalismus, sondern gerade dessen weitere Entwicklung.

Man könne, so Huhn, mit Burnham sagen, »daß auf die bürgerliche Klassenherrschaft nicht die proletarische, sondern die der Manager folge«, aber dann müsse man zugleich anerkennen, daß es hier nur um ein neues Stadium der kapitalistischen Entwicklung gehe. Da Burnham dies nicht erkennt, ist er genötigt, die marxistische Theorie auf den Kopf zu stellen. Es geht bei der Charakterisierung einer Produktionsweise schließlich um die Bestimmung der ökonomischen Struktur, die von dem Verhältnis zwischen Produzenten und Produktionsmitteln abhängig ist. Dieses Verhältnis ist in der Sowjetunion genauso entfremdet wie im Westen. Burnham gibt dies zu, behauptet aber, daß die *differentia specifica* der Managersgesellschaft das Staatseigentum an den Produktionsmitteln ist. Hiermit wird ein Überbauphänomen zum ausschlaggebenden Faktor erklärt: Das juristische Verhältnis zwischen Staat und Produktionsmitteln wird für wesentlicher gehalten als die Basis, die ökonomische Struktur. Huhns Urteil steht damit fest:

»Burnham, der sicher auf viele einen 'marxistischen' Eindruck machen wird, übernimmt gerade den entscheidenden Gesichtspunkt von Marx nicht.«

Léon Blum, der bekannte französische Sozialist, veröffentlichte seine Position zu Burnham in der Zeitschrift der Section Française de l'Internationale Ouvrière, *La Revue Socialiste*. Auch Blum meinte, daß die Managersgesellschaft nicht mehr als eine spezifische Form des Kapitalismus sei: Der Arbeiter ist nicht befreit, die Gesetze der Lohnarbeit fesseln ihn noch immer, nur die Herren sind andere. Von einer Vernichtung des Kapitalismus kann erst die Rede sein, wenn dessen sämtliche Aspekte eliminiert sind, und zwar auch die

mit dem Privateigentum verbundenen »moralischen Verhältnisse«, die sich in »einer *Ungleichheit* in allen Formen menschlichen Verhaltens« äußern. Der Stalinismus hat keinen neuen Gesellschaftstyp hervorgebracht, sondern nur gezeigt:

»Es ist möglich, das kapitalistische Privateigentum zu vernichten, ohne den Kapitalismus vernichtet zu haben.«¹³⁰

Blums Beitrag wurde in Amerika in der *Modern Review* publiziert.¹³¹ Peter Meyer (Guttman) ergriff in seiner Antwort die Gelegenheit, alle Theorien des Staatskapitalismus zu kritisieren. Könne man noch sinnvoll von Kapitalismus sprechen, wenn der Staat der Eigentümer der Produktionsmittel sei? Nein, lautete seine Antwort. Sobald durch absolute Konzentration des Kapitals jede Konkurrenz verschwunden ist, besteht auch das Wertgesetz nicht mehr: Warenpreise stehen nicht mehr im Zusammenhang mit dem Wert; die Verteilung von Produktionsmitteln auf die Sektoren der Wirtschaft wird nicht mehr durch den Gewinn reguliert; Betriebe können weiterbestehen, ohne Gewinn zu machen; die anarchische Produktion weicht dem Plan. Einen Arbeitsmarkt gibt es nicht mehr, denn die Arbeiter können ihre Arbeitskraft nur *einem* Unternehmen, dem Staat, verkaufen. Die Folge: Obwohl – wie Blum zu Recht ausführe – Ausbeutung und Ungleichheit bestehen bleiben, handle es sich nicht um (Staats)Kapitalismus:

»Verschiedene Klassengesellschaften unterscheiden sich stets in der *spezifischen Weise*, in der die herrschende Klasse die Produzenten zwingt, ihr ihr Mehrprodukt zu überlassen. Die spezifische Weise *kapitalistischer* Ausbeutung ist der *Kauf der Arbeitskraft eines Arbeiters zu ihrem Wert*; die spezifische Weise der neuen Klassengesellschaft ist die *Verklavung* der Arbeiter durch den Staat.«¹³²

Die umfangreichste Debatte entspann sich in *La Revue Internationale*, einer bemerkenswerten französischen Zeitschrift, in der während recht kurzer Zeit Vertreter verschiedener linker Strömungen zu Wort kamen. Die Redaktion eröffnete im Juni 1947 die Diskussion mit einer (von Pierre Naville verfaßten) Erklärung, in der Burnham als Plagiator qualifiziert wurde: Sein Werk sei nicht mehr als eine Kopie von Rizzis *La bureaucratisation du monde*.¹³³

Der Ökonom Charles Bettelheim – sein Name wird in dieser Studie noch wiederkehren – führte den ersten Angriff aus. Burnhams Analyse der abnehmenden Macht der Unternehmer und der zunehmenden Macht der Manager tat er als außergewöhnlich oberflächlich ab. Die von dem Ex-Trotzkisten erhobene Behauptung der Verwandtschaft zwischen Nazi-Deutschland und der Sowjetunion war Bettelheim zufolge vollkommen unhaltbar. Die Staatsbetriebe erfüllten unter Hitler eine bedeutend geringere Rolle, als Burnham suggeriere; und wie solle man nach der Theorie der *managerial revolution* erklären, daß die Deutschen in den besetzten russischen Gebieten die Kolcho-

sen auflösen und das Privateigentum an den Produktionsmitteln wieder herstellen?

Mehr im allgemeinen sah Bettelheim in Burnhams Theorie eine unzulässige Revision der marxistischen Geschichtsauffassung. Bei Burnham würden Klassen nicht auf Grund ihrer Rolle im Produktionsprozeß definiert, sondern als Gruppen, die einen unterschiedlichen Anteil der gesellschaftlichen Revenuen erhalten (ein Distributions-Kriterium). Der Umstand, daß in der Sowjetunion verschiedene soziale Schichten bestehen, die unterschiedlich entlohnt werden, ist für Burnham Grund genug, von »Klassen« zu sprechen. Bettelheim kann diese Auffassung keineswegs teilen; er sieht in den besser bezahlten Gruppen nur relativ gut honorierte Teile der Arbeiterklasse. Die rasche Industrialisierung der Sowjetunion und die daraus entstandene Komplexität der gesellschaftlichen Organisation haben unvermeidlich zu »beträchtlichen (Einkommens)Opfern« der Mehrheit der Arbeiter und zu »ökonomischen Anreizen« für Hochqualifizierte geführt. Auch die Privilegiertesten in der Sowjetunion sind nur Ausführende des Plans, die in jedem Moment ihrer Funktion enthoben werden können. Was Burnham als Äußerungen einer neuen Klassengesellschaft sieht, sind nur unvorhergesehene Aspekte der Entwicklung der »proletarischen Gesellschaft«: Während die Phase des Aufstands egalitäre Züge gezeigt hatte, lehrt die Geschichte, daß ein langwährender nicht-kapitalistischer Akkumulationsprozeß ein gewisses Maß von Ungleichheit erfordert.¹³⁴ Der Linksozialist Martinet schloß sich dieser Apologetik an.¹³⁵

Der ehemalige Trotzkiist Aimé Patri, der auch anderweitig seine Wertschätzung für Burnham geäußert hatte,¹³⁶ verteidigte die Theorie der neuen Klassengesellschaft. Er begann mit der Frage, ob eine herrschende Klasse von Managern nach der marxistischen Theorie im Prinzip bestehen kann (eine Frage, die Worrall und Dunayevskaya schon früher im Zusammenhang mit dem Staatskapitalismus gestellt hatten), was er bestätigte. In Situationen, in denen der Staat vom Produktionsapparat getrennt ist (wie im Privatkapitalismus), ist die Staatsbürokratie stets ein Überbau-Element und daher ungeeignet, eine Klasse in marxistischem Sinne zu bilden. Aber in einer Situation, in der der Staat völlig mit der Ökonomie verwachsen ist, wo Produktion und Tausch kollektiv organisierte Prozesse sind, ist das anders. Dort können sich die Beamten in eine politisch und ökonomisch herrschende Klasse wandeln.

In einem solchen »Regime ökonomischer Planung ohne politische Demokratie« herrscht eine andere Akkumulationsstruktur als im Privatkapitalismus oder im Sozialismus. Im Kapitalismus dreht sich alles um das Wachsen des Kapitals als solches und damit um die Entwicklung der Produktion. Der Wachstumsprozeß verläuft ineffizient durch die Konkurrenz untereinander, die Abhängigkeit vom Markt und den Widerstand der Arbeiterorganisationen. Im Sozialismus dagegen dreht sich alles um die Konsumtion, das A und O der Produktion. In einer Gesellschaft wie der Sowjetunion, wo Manager herrschen, steht genau wie im Kapitalismus das Wachsen des Produktionsappara-

tes im Mittelpunkt, aber ohne die Beschränkungen, die im Kapitalismus gegeben sind. In diesem Sinne ist die Managerökonomie »ein ›befreiter‹ Kapitalismus«. ¹³⁷

Der Umstand, daß hochgestellte Funktionäre in der UdSSR von heute auf morgen ihre Stellung verlieren können, ist nicht, wie Bettelheim behauptete, ein Argument gegen den Klassencharakter der neuen Elite. Auch im Kapitalismus gibt es fortwährend große Gegensätze der Unternehmer untereinander. So wie ein Kapitalist bankrott gehen kann, so ist es möglich, daß ein Manager von seinen Klassengenossen zu Fall gebracht wird.

Pierre Bessaignet richtete seine Kritik sowohl gegen Bettelheim wie gegen Martinet. Bei beiden stieß er auf zwei wesentliche Gedanken, die der Widerlegung bedürften: daß es sich um Sozialismus handelt, sobald das Eigentum nationalisiert ist, und daß der Staatsapparat einer Fraktion des Proletariats in der Auseinandersetzung mit einer anderen dienen kann. Beide Behauptungen bilden Bessaignet zufolge »einen absoluten Bruch« mit der marxistischen Theorie.

Dem ersten Gedanken setzt Bessaignet – in einer Formulierung, die an Shachtman erinnert – den Unterschied zwischen *Produktionsverhältnissen* (»rappports de production«) und *Eigentumsverhältnissen* (»rappports de propriété«) entgegen. Der Umstand, daß die Produktionsmittel nationalisiert sind, sagt höchstens etwas über die Art aus, in der das gesellschaftliche Produkt (vom Staat) angeeignet wird, aber nichts über die Verhältnisse zwischen den Menschen in der Gesellschaft. Sozialismus bedeutet: frei assoziierte Produzenten, die bewußt und zielgerichtet den gesellschaftlichen Prozeß beherrschen, und nichts weniger als das.

Gegen den zweiten Gedanken bringt Bessaignet die folgende, seiner Meinung nach orthodoxe Argumentation vor: In der sozialistischen Revolution braucht die Arbeiterklasse den Staatsapparat, um ihre Diktatur über die alte herrschende Klasse zu konsolidieren. Mit diesem Konsolidierungsprozeß werden sozialistische Produktionsverhältnisse etabliert, die in dem Maße, in dem sie allgemeiner werden, die Notwendigkeit eines besonderen Staates mehr und mehr überflüssig machen.

»Die klassenlose Gesellschaft, der Sozialismus, kann nicht entstehen, wenn der Staat – um noch genauer zu sein: wenn der Arbeiterstaat – noch besteht. Er muß verschwinden.« ¹³⁸

Es sei undenkbar, daß unter sozialistischen Verhältnissen der Staat noch verstärkt wird, um einen Teil der Arbeiterklasse zu beherrschen. Und wenn Bettelheim sagt, daß der Sowjetstaat Privilegien eines Teils der Arbeiterklasse verteidigt, dann ist der Staat damit das Instrument der Privilegierten gegenüber den Nichtprivilegierten. Alles in allem versuchten Bettelheim und Martinet

die bürokratische Ökonomie der UdSSR zu rechtfertigen, indem sie die herrschende Elite als soziale Schicht innerhalb des Proletariats darstellten.

In einer gemeinsamen Antwort an ihre Kritiker¹³⁹ betonten Bettelheim und Martinet den Unterschied zwischen einer *sozialistischen Gesellschaft* und einer *Übergangsgesellschaft zum Sozialismus*. In einer Übergangsgesellschaft besteht unvermeidlich die Arbeitsteilung zwischen Kopf- und Handarbeit, zwischen anleitender und ausführender Arbeit weiter. Aber diese Arbeitsteilung erfolgt nun völlig *innerhalb* des Proletariats und steht nicht mehr im Zusammenhang mit Klassengegensätzen. Auch wird in einer Übergangsgesellschaft die Produktion nicht unmittelbar rein auf die Konsumtion ausgerichtet sein können; zuerst ist – selbst wenn eine solche Gesellschaft nicht mit Aggressionen aus dem Ausland rechnen muß – ein weiterer Ausbau des Produktionsapparates erforderlich. Es ist also unrichtig, hierin, wie Patri, einen »Beweis« für eine neue Klassengesellschaft zu sehen.

Mit dem Akkumulationsdruck und der Arbeitsteilung hängt zusammen, daß innerhalb der Arbeiterklasse der Übergangsgesellschaft verschiedene Lohnniveaus bestehen. Bestimmte seltene Qualifikationen müssen nun einmal besser bezahlt werden. Natürlich wird damit die Möglichkeit des Mißbrauchs und der Korruption geschaffen, aber wenn diese Erscheinungen auftreten, dann handelt es sich um gesellschaftlichen Parasitismus und nicht um systematische Ausbeutung.

Bessaignets These, daß es bei der Charakterisierung einer Gesellschaft um die Produktions- und nicht um die Eigentumsverhältnisse geht, wird von Bettelheim und Martinet als »utopisch« kritisiert. Es ist unmöglich, unmittelbar nach einer sozialistischen Revolution eine Gesellschaft frei assoziierter Produzenten zu errichten. *Zuerst* müssen die Eigentumsverhältnisse geändert werden, und erst wenn der Arbeiterstaat die Ökonomie im Griff hat, kann an der Veränderung der Produktionsverhältnisse gearbeitet werden.

Auch Bessaignets zweitem Einwurf (der Staat als Instrument eines Teils der Arbeiterklasse) wird widersprochen. Natürlich ist der Staat nach der marxistischen Theorie insbesondere ein Repressionsmittel. Aber dieselbe Theorie besagt auch, daß der Staat noch eine zweite Aufgabe hat: die Regelung der Beziehungen zwischen herrschenden Klassen und Fraktionen der herrschenden Klassen untereinander. Eine Gesellschaft ohne Klassenunterdrückung kann also sehr wohl eines Staatsapparats bedürfen.

Bettelheim und Martinet beschließen ihre Anti-Kritik mit dem Aufruf, die marxistische Theorie zu erneuern, damit »die gegenwärtige Krise des kommunistischen Denkens« überwunden werden kann. Sie halten es für sehr bemerkenswert, daß sowohl die Stalinisten wie auch die Trotzisten in ihre Analyse der Sowjetunion nur *einen* historischen Aspekt einbeziehen: die internationale Isolierung der nachrevolutionären Gesellschaft. Stalin sieht hierin eine Rechtfertigung für seinen hypertrophen Staat; Trotzki meint hierin die Ursache der Degeneration zu sehen. Natürlich kann die Bedeutung der

Isolierung nicht bestritten werden. Aber von größerem Gewicht sind die *inneren* Gesetzmäßigkeiten einer Übergangsgesellschaft. Es geht darum, Trotzismus und Stalinismus als theoretische Orientierungen zu überwinden. Die Widersprüche der Sowjetgesellschaft, die vom Stalinismus verschwiegen werden, müssen offengelegt werden; aber einer Analyse dieser Gesellschaft genügt auch nicht das »erstarrte System« der Trotzisten. Eine positive Haltung ist erforderlich:

»Unter den aktuellen Umständen erscheint es uns unmöglich, zu einer kritischen Analyse des russischen Systems überzugehen, ohne die Bedeutung der sowjetischen Verdienste und der in ihnen enthaltenen Entwicklungsmöglichkeiten hervorzuheben.«¹⁴⁰

4.4.3 Mandels Kritik an den Theorien des Staatskapitalismus und des bürokratischen Kollektivismus

Ernest Mandel (geb. 1923) – der bekannte belgische Marxist, der sich schon früh als der wichtigste trotzkistische Theoretiker der Nachkriegszeit erwies¹⁴¹ – entwickelte in den Jahren 1946-1951 eine Reihe von Argumenten gegen die Theorien des Staatskapitalismus und des bürokratischen Kollektivismus, die er später bei vielen Gelegenheiten wiederholte und weiter ausführte.

Sein erster wichtiger Beitrag auf diesem Gebiet war die von ihm konzipierte Resolution des Internationalen Sekretariats der Vierten Internationale, »The Russian Question Today« (1947)¹⁴². Aus diesem Text wird deutlich, wie Mandel Argumente von Gegnern gegen wieder andere Gegner übernimmt, wenn sie für die Theorie des degenerierten Arbeiterstaats brauchbar erscheinen. So stoßen wir, um ein einziges Beispiel zu geben, auf das Argument von Bettelheim – hier charakterisiert als der Vertreter der »vollendetsten ›prostatinistischen« Äußerung« des heutigen »Revisionismus« –, daß sich Nazi-Deutschland und die Sowjetunion in ihrer Struktur unterscheiden, da das Hitlerregime sich genötigt sah, in den besetzten russischen Gebieten die Eigentums- und Produktionsverhältnisse zu ändern.¹⁴³

Gegen die Theorie des Staatskapitalismus wendet Mandel in der Hauptsache ein, daß die Argumentation aprioristisch sei: Erst wird angenommen, daß Rußland kapitalistisch ist, und dann werden Analogien zwischen Kapitalismus und Arbeiterstaat verwendet, um die Richtigkeit dieser Behauptung zu stützen. Mandel gibt zu, daß es einige wichtige Entwicklungen im Kapitalismus gibt, die an die Sowjetgesellschaft denken lassen (insbesondere: die zunehmende Verstaatlichung der Produktionsmittel, die Autarkiebestrebungen der nationalen Ökonomien, die Planungstendenzen und die »Produktion um der Produktion willen«), behauptet aber, daß davon keine Beweiskraft ausgeht. Denn es handelt sich hier um Analogien zwischen einer kapitalistischen Gesellschaft und einer

»Übergangsökonomie, wie sie in jedem Arbeiterstaat bis zum vollständigen Verschwinden von Klassen und der endgültigen Verwirklichung des Kommunismus bestehen wird.«¹⁴⁴

In jeder Übergangsgesellschaft wirkt das Wertgesetz weiterhin, weil noch Waren produziert werden. Es wirkt nur auf andere Weise: Preise werden nicht mehr durch die durchschnittliche Profitrate bestimmt, und Geld kann nicht mehr in Kapital umgewandelt werden. Die Richtigkeit dieser These ist auch aus der Inkonsistenz der Theorien des Staatskapitalismus ersichtlich. Denn diese Theorien sind nicht in der Lage zu erklären, wie die Bürokratie einerseits eine »staatskapitalistische« Klasse sein kann, während sie doch andererseits die Eigentumsverhältnisse fortbestehen läßt, die aus der Vernichtung des Kapitalismus entstanden sind, und darüber hinaus die neu aufgekommene Landbourgeoisie entmachtet hat. Diese Theorie ist auch nicht imstande zu erklären, wie die Eigentumsverhältnisse ohne soziale Revolution umgewälzt werden können. Aber das wichtigste Problem für die »Staatskapitalisten« stellen die stalinistischen Parteien außerhalb der Sowjetunion dar, die sich dieser Theorie zufolge auf einen Schlag von Arbeiterparteien in bürgerliche Parteien verändern müssen, sobald sie irgendwo die Macht ergreifen. »Diese Auffassung ist die schlagendste Widerlegung dieser Theorie.«¹⁴⁵

Gegen die Theorie des bürokratischen Kollektivismus wendet Mandel ein, daß sie »eine Reihe elementarer Grundlagen des historischen Materialismus im allgemeinen« zur Disposition stellt. Wenn die stalinistische Bürokratie eine »Klasse« ist, dann hat sie kein einziges charakteristisches Kennzeichen anderer Klassen der Geschichte:

a) Jede Klasse in der Geschichte ist durch eine unabhängige und grundlegende Funktion im Produktionsprozeß – während eines bestimmten Stadiums im historischen Prozeß – und durch ihre eigenen Wurzeln in der Wirtschaftsstruktur der Gesellschaft charakterisiert.

b) Jede Klasse in der Geschichte repräsentiert ein bestimmtes Stadium historischen Fortschritts, was die Klassen einschließt, die in Perioden historischer Rezession entstehen und deren Aufgabe es ist, die technischen Errungenschaften zu schützen usw. Jede repräsentiert ein bestimmtes Stadium in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, ein bestimmtes Stadium in der Herausbildung von Eigentum an den Produktionsmitteln.

c) Jede Klasse in der Geschichte ist ein historisch notwendiges Werkzeug, das vom Standpunkt der Entwicklung der Produktivkräfte eine notwendige Funktion erfüllt.

d) Jede Klasse in der Geschichte, die ihren Anspruch auf Macht geltend macht – und um so mehr jede herrschende Klasse! – ist sich ihrer Rolle bewußt, besitzt ihre eigene spezifische Ideologie und Eigenschaften; und sie erreicht ein Minimum an Stabilität in ihrer Zusammensetzung, eine Stabilität, die sie auf die nachfolgenden Generationen zu übertragen bemüht ist.

e) Laut Marx kann explizit keine gesellschaftliche Formation allein auf Grund ihres höheren Einkommens, ihrer politischen Privilegien oder ihrer Monopole (auf Bildung und so weiter) zur Klasse werden.«¹⁴⁶

Alle diese Eigenschaften gelten nicht für die Sowjetbürokratie. Sie ist nicht in der produktiven Sphäre verwurzelt, sondern ein parasitärer Auswuchs der Distributionsverhältnisse; sie verkörpert keinen historischen Fortschritt, sondern verzögert diesen gerade; sie vertritt keine neuen Eigentumsverhältnisse, sondern bewahrt die der Oktoberrevolution; sie hat keine eigene Ideologie und keine stabile Zusammensetzung. Am wichtigsten von allem ist jedoch dies: Anders als es in Klassengesellschaften die Regel ist, steht das Eigeninteresse der »herrschenden Klasse«, das sich in Privilegien ausdrückt, im Widerstreit mit der Solidität der Ökonomie.

Die »bürokratischen Kollektivist« – die noch niemals auch nur irgendetwas über die Bewegungsgesetze der von ihnen postulierten Gesellschaft gesagt hätten – drohen nicht nur theoretisch, sondern auch politisch den Marxismus völlig zu untergraben. Wenn ihre Auffassung richtig sein sollte, dann impliziert dies, daß die sozialistische Revolution *nicht* auf der Tagesordnung steht und daß die Arbeiterklasse nicht in der Lage ist, selbst zu herrschen.

Die Kritik an der Theorie des bürokratischen Kollektivismus macht in diesem frühen Text von Mandel einen systematischeren Eindruck als die Kritik an der Theorie des Staatskapitalismus, deren ökonomische Argumentation noch recht wenig entwickelt war. Vier Jahre später trat eine Veränderung ein, als Mandel eine ausführliche Polemik gegen die Theorie des Staatskapitalismus erscheinen ließ.¹⁴⁷ Der Anlaß waren einige Publikationen von jugoslawischer Seite, in denen die vom ihm bekämpften Auffassungen verteidigt wurden.¹⁴⁸

In seinem Beitrag brachte Mandel die folgenden ökonomischen Gegenargumente vor:

1. Im Kapitalismus erfüllt das Geld gleichzeitig drei Funktionen: Es ist Zirkulationsmittel, Wertmesser und potentiell Kapital. In der Sowjetunion behält das Geld, ebenso wie in allen Übergangsgesellschaften, die beiden erstgenannten Eigenschaften, aber es verliert größtenteils seine zinsheckende Eigenschaft (diese lebt nur noch fort als illegaler Wucher oder in den durch den Plan festgelegten Konditionen für Staatsanleihen).¹⁴⁹
2. Im Kapitalismus pendeln die Preise unter dem Einfluß blind wirkender ökonomischer Gesetze (Marktgesetze, Monopolpreise usw.) um den Wert der Waren. In der Sowjetunion werden diese Pendelbewegungen durch den Plan bestimmt, und der Preis ist der wichtigste Regulator der Akkumulation.
3. Im Kapitalismus ist die Akkumulation vollständig auf die Vergrößerung des Gewinns gerichtet; diese Bewegung mündet im tendenziellen Fall der Profitrate. Dieser Fall sorgt dafür, daß sich das Kapital tendenziell zu den Sektoren der Ökonomie hinbewegt, wo die Profitrate relativ am höchsten ist; das Kapital bewegt sich daher historisch von den Grundindustrien zur Peripherie. In der Sowjetunion gilt genau das Umgekehrte. Dort bleibt die Konzentration auf die Grundindustrien bestehen.
4. Im Kapitalismus werden technische Innovationen regelmäßig nicht indu-

striell angewendet, weil diese Neuerungen große Kapitalmassen in monopolistischen Sektoren mit Entwertung bedrohen. In der Sowjetunion dagegen werden Innovationen so schnell wie möglich angewendet.

5. Im Kapitalismus wird aufgrund des tendenziellen Falls der Profitrate Kapital aus den industrialisierten Mutterländern exportiert. Die Sowjetunion exportiert kein Kapital; das bürokratische Regime importiert (öffentlich oder in Form des Raubs) im Gegenteil industrielles und agrarisches Kapital aus seinen Vasallenstaaten.
6. Im Kapitalismus gibt es zyklische Krisen als Ergebnis der aus dem Gewinnstreben entstehenden Disproportionalitäten zwischen der Produktion von Produktionsgütern und Konsumtionsgütern. In der Sowjetunion besteht eine solche Bewegungsform der Ökonomie nicht.

Alle diese Umstände zeigen Mandel zufolge, daß in der Sowjetunion keine einzige kapitalistische Gesetzmäßigkeit wirksam ist. Aber man könne dies auch noch von einem anderen Gesichtspunkt aus einsichtig machen:

»Allein schon die Tatsache, daß es Sowjetrußland möglich war, in den letzten 25 Jahren die zweitgrößte Industrie der Welt aufzubauen, müßte jedem Marxisten genügen, um den *nicht-kapitalistischen* Charakter der russischen Wirtschaft zu beweisen. Denn der Druck der im Weltmaßstab angesammelten Kapitalmasse macht eine solche Entwicklung für jedes kapitalistische Land unmöglich. Nur weil Rußland dank seines Außenhandelsmonopols aus dem kapitalistischen Weltmarkt herausgerissen wurde, konnte der ungeheure Aufschwung der russischen Industrie *außerhalb* des Einflusses der 'monopolkapitalistischen Gesetzmäßigkeit' stattfinden.«¹⁵⁰

4.5 Zusammenfassung

Die unvorhergesehene Stabilität der Sowjetunion und die strukturelle Assimilierung der Pufferstaaten zwangen die AnhängerInnen der Theorie des degenerierten Arbeiterstaats zu einer schwierigen Entscheidung: Entweder revidierten sie Trotzki's Standpunkt oder sie hielten daran fest, dann aber unter Ausschaltung des Faktors Zeit. Viele entschieden sich für die erste Möglichkeit.

Innerhalb der Strömung der AnhängerInnen der Theorie des Staatskapitalismus – in der »dissidente« Trotzki'stInnen jetzt einen führenden Platz einzunehmen beginnen – entsteht eine Vielfalt von Varianten. Die Unterschiede beziehen sich nicht allein auf die Gründe, warum von Kapitalismus gesprochen wird, sondern vor allem auch auf die Merkmale, die dem Kapitalismus zugeschrieben werden:

1. Während Cliff, James und Dunayevskaya die Sowjetunion als ein großes Kapital auffassen, sieht Bordiga eine große Anzahl kleinere Kapitale.

2. Während Bordiga, Grandizo und Péret meinen, daß es in der Sowjetunion keine herrschende Klasse gibt, sind Cliff, Castoriadis und Lefort entgegengesetzter Auffassung.
3. Während Cliff, Grandizo und Péret in der Sowjetunion eine Endphase kapitalistischer Entwicklung sehen, meint Bordiga, daß es um ein frühes Stadium geht.

Innerhalb der Theorie der neuen Produktionsweise sind schließlich zwei relevante Entwicklungen sichtbar. An erster Stelle der Versuch von Guttman, die inneren Widersprüche und die Dynamik der »neuen Klassengesellschaft« zu beschreiben. Und an zweiter Stelle die (auf das deutsche Sprachgebiet beschränkt gebliebenen) Versuche, die Sowjetunion »ohne Etikett« zu analysieren. Im Rahmen dieses Bemühens werden verschiedene Schwerpunkte gesetzt. Sowohl Sternberg wie auch Frölich versuchen einen tieferen Einblick durch Analogien mit der asiatischen Produktionsweise bzw. dem alten China zu erlangen; Cycon richtet seine Aufmerksamkeit vor allem auf die Intelligenz als neue herrschende Klasse *in statu nascendi*, während Kofler die bürokratische »Schicht« als Koordinatorin eines Prozesses ursprünglicher Akkumulation hervorhebt.

5. Vom XX. Parteikongreß der KPdSU zur Unterdrückung des »Prager Frühlings« (1956-1968)

Das Jahr 1956 war der Wendepunkt in der Welt des »real existierenden Sozialismus«. Das noch keine zehn Jahre alte Kommunistische Informationsbüro (Kominform) wurde wieder aufgelöst, und Chruschtschow hielt auf dem XX. Kongreß der KPdSU seine berühmte Rede, in der er Stalin und den Stalinismus heftig kritisierte. In Budapest stürzte eine rebellierende Menge das Standbild des drei Jahre zuvor verstorbenen Stalin, in Poznan brach ein Aufstand aus, in Polen und Ungarn wurden Arbeiterräte gebildet. Panzer stellten die »Ordnung« in der Donau-Republik wieder her.

Diese Entwicklung verursachte – was wenig erstaunlich ist – erhebliche Aufregung in den kommunistischen Kreisen des Westens. In vielen Ländern entwickelten sich Oppositionen. Die britische KP erlebte den Auszug einer großen Anzahl Intellektueller wie Edward P. Thompson und John Saville – eine Gruppe, aus der später indirekt die *New Left Review* entstand. In Dänemark spaltete sich die KP, als der ehemalige Parteiführer Axel Larsen mit einem umfangreichen Anhang die Organisation verließ und eine neue Partei gründete. In Frankreich trat der Abgeordnete Aimé Césaire zusammen mit Intellektuellen wie Roger Vailland, Claude Roy und Jacques Francis Rolland aus der Partei aus.

Dies war der Ausgangspunkt der »Neuen Linken« in internationalem Maßstab. Der Bruch zwischen Moskau und Peking 1962-64, Ernesto »Che« Guevaras Versuch, in Bolivien einen revolutionären *foco* zu bilden, der nationale Befreiungskrieg in Vietnam, die schwarze Massenbewegung gegen »Jim Crow« in den Vereinigten Staaten – dies alles bestimmte in wesentlichem Maße das Denken der jungen sozialistischen Intellektuellen, die auf dem Campus von Berkeley, an der Pariser Nanterre-Universität, an der London School of Economics und der Freien Universität Berlin rebellierten.

Die Anregungen, die von diesen Entwicklungen auf die Theoriebildung über die Sowjetunion ausgingen, blieben anfänglich beschränkt. Die Denker der »Neuen Linken« suchten ihre Zuflucht noch überwiegend bei den alten Erklärungsmustern.

5.1 Theorien des Staatskapitalismus

5.1.1 Die Strömung um Cliff

Cliff (Gluckstein) behauptete – wie schon im vorigen Kapitel ausgeführt –, daß die UdSSR als *ein* großes Kapital aufgefaßt werden müsse, das auf dem Weltmarkt operiere und dabei vor allem über den Rüstungswettlauf mit dem Westen konkurreiere.

Diese Theorie wurde in den fünfziger und sechziger Jahren durch die Theorie der »permanenten Rüstungsökonomie« ergänzt. Dieser Theorie zufolge war die Ursache des Nachkriegs-Aufschwungs im Westen dieselbe Rüstungsdynamik, die für die Sowjetunion so wichtig sei. Dieser ergänzende Theorieteil – insbesondere entwickelt von Michael Kidron¹ – führte dazu, daß in den sechziger Jahren, stärker als zuvor von Cliff u.a., die Interdependenz der Entwicklungen inner- und außerhalb der Sowjetunion betont wurde. Eine prinzipielle Änderung der Theorie implizierte dies allerdings nicht.

5.2 Die Theorie des degenerierten Arbeiterstaats

Die Weigerung, auch nur einen wesentlichen Aspekt von Trotzki's Theorie des »degenerierten Arbeiterstaats« zu überprüfen, ist für die Publikationen seiner *AnhängerInnen über den »real existierenden Sozialismus«* kennzeichnend. Nachdem – wie in Kapitel 4 ausgeführt – die Vierte Internationale kurz nach dem Zweiten Weltkrieg den Faktor Zeit, den Trotzki in seine Theorie einbezogen hatte (Kurzlebigkeit des stalinistischen Phänomens) aus der Theorie entfernt hatte, sahen die Trotzkiisten ihre vornehmste Aufgabe darin, in allen neuen Entwicklungen eine Bestätigung der alten Theorie zu entdecken. Auf dem fünften Weltkongreß der Vierten Internationale (1957), also kurz nach den polnischen und ungarischen Aufständen und dem XX. Kongreß der KPdSU, hieß es entsprechend, daß die dramatischen Ereignisse in der UdSSR, den Pufferstaaten und den westlichen kommunistischen Parteien die Richtigkeit der eigenen Analyse bestätigt hätten. Selbstzufrieden wurde vermerkt, daß die Vierte Internationale die einzige Strömung in der Arbeiterbewegung gewesen sei, welche die Entwicklung des Stalinismus vorhergesehen und korrekt interpretiert hatte.²

Interessant war die Begründung, mit der Mandel die betreffende Resolution präsentierte. Trotzki's alte Alternative von 1939 – »entweder Restauration des Kapitalismus oder Wiedererrichtung der Räterepublik« – gelte seines Ermessens jetzt, 1957, in dieser Weise nicht mehr.

»Die zwei Seiten dieser Alternative waren in engem Zusammenhang mit der Entwicklung des Kräfteverhältnisses im Weltmaßstab gedacht [...] Zwei Seiten einer Alternative bedeuten nicht zwei Möglichkeiten *gleichzeitiger* Lösungen. Als Trotzki diese Perspektive erstmals präzise formulierte, und zwar nach Hitlers Sieg 1933, war er gezwungen, ein Fragezeichen hinter die künftige Dynamik des Kräfteverhältnisses im Weltmaßstab zu setzen. Würde die Revolution wieder voranschreiten oder würde sie weiterhin überall in der Welt geschlagen werden? Keiner konnte 1935 diese Frage ernsthaft beantworten. Aber gegen Ende des Zweiten Weltkriegs, mit dem Sieg der jugoslawischen Revolution, dem Sieg der chinesischen Revolution und der Ausbreitung der kolonialen Revolution, mit dem enormen Fortschritt der Sowjetökonomie wurde deutlich, daß sich das Kräfteverhältnis im Weltmaßstab zugunsten der Revolution wendet.«

Der internationale Kapitalismus ist durch diese Entwicklung ernsthaft geschwächt, so daß die eine der von Trotzki benannten Möglichkeiten (Konterrevolution) nicht sehr realistisch zu sein scheint. Die andere Möglichkeit ist naheliegender:

»Die revolutionäre Öffnung ist im Osten zustande gekommen [...] Die Arbeiterklasse hat ihre passive Haltung aufgegeben. Sie »toleriert« nicht länger den betrügerischen Wächter [die Bürokratie – Mvdl.]. Im Gegenteil, sie hetzt ihn mehr und mehr, führt Krieg auf der Ebene der Fabriken und der Prinzipien, sie zwingt ihn, seine Anmaßung aufzugeben, und bereitet sich vor, seine Macht zu stürzen.«³

Diese Einschätzung erwies sich als falsch. Der Anspruch der Vierten Internationale, die einzige Organisation zu sein, welche die Krise des Stalinismus völlig durchschaut, schien doch nicht gerechtfertigt zu sein. Wahrscheinlich aus diesem Grunde haben die trotzkistischen TheoretikerInnen danach Trotzki's Alternative lange Zeit nicht mehr erwähnt. Ernest Mandel, der sich anfangs vor allem als Kritiker anderer Theorien profiliert hatte, trat seit etwa 1960 als der wichtigste »Modernisierer« der Theorie des degenerierten Arbeiterstaates hervor. Von den zahlreichen Schriften, in denen Mandel sich mit der Analyse der Sowjetgesellschaft befaßt, will ich nur eine vorstellen: das monumentale 1962 erschienene Werk *Traité d'Economie Marxiste*, in dem der »orthodoxen« Verteidigung der Theorie des degenerierten Arbeiterstaates ein wichtiges Kapitel gewidmet ist.⁵ Mandel führt hier Trotzki's Theorie weiter: Neben dem Widerspruch zwischen der nichtkapitalistischen Produktionsweise und den bürgerlichen Verteilungsnormen benennt er weitere Widersprüche. Das gespannte Verhältnis zwischen Produktion und Distribution sei für alle Gesellschaften, die sich in der Übergangsphase zwischen Kapitalismus und Sozialismus befinden, bestimmend. In der Sowjetunion gebe es daneben jedoch noch zusätzliche Widersprüche, die aus dem bürokratischen Zugriff auf Staat und Ökonomie entstehen. Es handle sich um drei verschiedene Gruppen von Widersprüchen.

1. Widersprüche, die mit dem Mißverhältnis zwischen der Entwicklung der

Industrie und dem Rückgang oder der Stagnation in der Landwirtschaft im Zusammenhang stehen. Sie sind daraus entstanden, daß die Kollektivierung der Landwirtschaft zu früh, die Industrialisierung aber verspätet erfolgt ist, so daß die technische und gesellschaftliche Grundlage für eine solche Umwälzung im Agrarsektor noch unzureichend war.

2. Widersprüche im Zusammenhang damit, daß das materielle Interesse der Bürokratie die wesentliche Antriebskraft für die Wirtschaft bildet.

»Die sozialistische Planung und Akkumulation wird getragen von der schöpferischen Initiative der industriellen Produzenten und von deren Bewußtsein, ihre eigenen Interessen zu verteidigen. Aber die Theorie bedarf der Bestätigung durch die Praxis; jede Erhöhung der produktiven Anstrengungen muß sich unmittelbar in eine Erhöhung des Massenkonsums umsetzen. Wenn diese Triebkraft weitgehend fehlt, weil eine überhöhte Akkumulationsrate den Erzeugern übermäßige Opfer abverlangt, dann geht die Steuerung und die Verwaltung in erster Linie in die Hand der Bürokratie über. Die Bürokratie eignet sich dann bedeutende Konsumprivilegien an (Geld, Wohnungen, Luxusgüter und andere knappe Konsumgüter).«⁶

Die Bürokraten werden durch ihre Furcht vor Säuberungen und die enge Verknüpfung ihrer Position mit dem Betriebsergebnis getrieben, die Produktion ständig zu erhöhen.

3. Widersprüche im Zusammenhang mit der bürokratischen Führung als solcher.

»Der Hauptwiderspruch der sowjetischen Wirtschaft ist ein Produkt des spezifisch bürokratischen Verwaltungssystems: der Widerspruch zwischen dem geplanten Charakter der Wirtschaft und dem privaten Interesse der Bürokraten, das die entscheidende Triebfeder zur Durchführung des Plans darstellt. Dazu gesellen sich zwei andere Widersprüche, die ebenfalls ihre Wurzel in dieser bürokratischen Verwaltung haben: der Widerspruch zwischen dem hohen Entwicklungsgrad der Produktivkräfte und der Knappheit der Konsumgüter einerseits; der Widerspruch zwischen den Erfordernissen einer durchgehenden Planung und den Übeln bürokratischer Zentralisierung andererseits.«⁷

5.3 Theorien der neuen Produktionsweise

5.3.1 Djilas

Milovan Djilas (geb. 1911) wurde einige Zeit als der wichtigste Ideologe der jugoslawischen kommunistischen Partei eingeschätzt.⁸ Nach dem Bruch zwischen Belgrad und Moskau entwickelte er sich zu einem scharfen Kritiker der Sowjetunion. U.a. durch die Lektüre von Trozki's einschlägigen Schriften

gelangte er zu der Überzeugung, daß die Arbeiterklasse in der UdSSR nicht mehr über die politische Macht verfüge. In der 1950 erschienenen Broschüre *On New Roads of Socialism* befand er:

»In der Sowjetunion gibt es keine ökonomische Grundlagen für die Schaffung einer neuen Klasse. Der Prozeß, der sich dort abspielt und dessen äußere Symptome wir sehen, bedeutet keine Rückkehr zum Kapitalismus und kann sie nicht bedeuten; es handelt sich tatsächlich um neue Erscheinungen, die auf der Basis und innerhalb des Rahmens des Sozialismus selbst entstanden sind.«⁹

Erinnert diese Passage noch sehr an Trotzki's *Verratene Revolution*, ändert sich dies, wenn Djilas im weiteren Verlauf der Flugschrift der Sowjetunion bürokratischen Imperialismus vorwirft: Die herrschende Schicht – durch den wachsenden Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen in die Enge getrieben – sucht durch externe Expansion, durch Ausbeutung und Unterwerfung anderer Länder eine Lösung für ihre internen Probleme.¹⁰

In seiner Broschüre zog Djilas eine klare analytische Trennlinie zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien. Obwohl er auch in seinem eigenen Land bürokratische Tendenzen sah, war er der Auffassung, daß sie nicht die Vorherrschaft erringen würden, da die historischen Bedingungen und das Kräfteverhältnis eher in die Richtung eines Abbaus der Bürokratie gingen.¹¹ Diese Einschätzung blieb jedoch nicht unverändert. 1953 begann Djilas, auch grundsätzliche Kritik an Jugoslawien zu äußern. In einer Artikelreihe, die zu seinem Ausschluß aus der Partei führte, verwies er auf ernste Mängel des jugoslawischen Systems und die Gefahr einer Despotie wie in der Sowjetunion. Parallel zu dieser Entwicklung führte er seine Revision der trotzkistischen Theorie fort. Nach dem ungarischen Volksaufstand publizierte er einen Artikel, in dem er sowohl bezogen auf die Sowjetunion wie auf Jugoslawien von einer neuen Klasse, der »kommunistischen Bürokratie«, spricht.¹²

In seinem 1957 erschienenen Buch *The New Class* arbeitete Djilas seine Theorie, daß ein neuer Typ herrschender Klasse entstanden sei, weiter aus. In Djilas' Analyse, die an Rizzi, Burnham, Shachtman u.a. erinnert und auch keine Originalität anstrebt (»Fast alles, was in diesem Buch steht, ist schon einmal irgendwo gesagt worden [...]«¹³), steht die sogenannte politische Bürokratie im Mittelpunkt. Es handelt sich hier nicht um die »in einer besonderen Schicht« organisierte Bürokratie im allgemeinen – eine genauere Untersuchung wird zeigen, daß

»von den Bürokraten wieder nur eine besondere Schicht – nämlich die, die nichts mit der reinen Verwaltungsarbeit zu tun hat – den Kern der herrschenden Bürokratie oder, in meiner Terminologie, der neuen Klasse bildet. Und zwar ist dies die politische, die Partei-Bürokratie. Die anderen Funktionäre bilden nur den Apparat, der von der neuen Klasse kontrolliert wird [...]«¹⁴

Während die politische Bürokratie einerseits eine Fraktion des gesamten Staatsapparats ist, ist sie andererseits nur ein Teil des Parteiapparats. Die Partei bildet das Herz der Klasse, aber nicht alle Parteimitglieder sind Teil der politischen Bürokratie. Nur die Bürokraten, die infolge ihres Verwaltungsmonopols über besondere Privilegien verfügen, gehören zu der neuen Klasse.

Die herrschende »politische Bürokratie« unterscheidet sich nach Džilas' Auffassung von früheren herrschenden Klassen. Drei wesentliche Unterschiede zum traditionellen Muster führt er an.

1. Während früher Teile der Gesellschaft über eine Revolution zur herrschenden Klasse wurden, nachdem es bereits innerhalb der alten gesellschaftlichen Verhältnisse zu ökonomischen Veränderungen gekommen war, schuf die Bürokratie ihr eigenes ökonomisches System erst, nachdem die Revolution gesiegt hatte.

»Sie kam nicht zur Macht, um eine neue Wirtschaftsordnung zu vollenden, sondern um ihre eigene zu errichten und damit auch ihre Macht über die Gesellschaft.«¹⁵

2. Während frühere herrschende Klassen schon vor der Revolution als Klassen

bestanden, war dies in Rußland nicht der Fall. Dort wurde die neue Klasse erst endgültig gebildet, nachdem sie die Macht ergriffen hatte. Das Bewußtsein der Avantgarde der neuen Klasse lief demzufolge den Geschnehnissen voraus: Sie verfügte bereits über die Idee ihrer Klassenmacht bevor sie wirklich diese Macht besaß.¹⁶

3. Aus diesem vorwegnehmenden Bewußtsein folgt ein weiterer Unterschied: Im Gegensatz zu früheren Klassen konnte die neue Klasse nur in einer Organisation eines besonderen Typs, der bolschewistischen Partei, zustande kommen.¹⁷

Mit diesen »angeborenen Unterschieden« der politischen Bürokratie hängen weitere Unterschiede zu anderen herrschenden Klassen zusammen. Erstens verfügt die neue Klasse nur über ein außergewöhnlich geringes Bewußtsein ihrer eigenen Existenz. Der durchschnittliche politische Bürokrat begreift nicht, daß er Teil einer neuen besitzenden Klasse ist. Er ist allerdings der Auffassung, zu einer Gruppe mit bestimmten Ideen, Zielen und Haltungen zu gehören. Zweitens ist die politische Bürokratie geschlossener und straffer organisiert als irgendeine andere herrschende Klasse, ihre Macht ist historisch ohne Vorbild:

»Der moderne Kommunismus ist diejenige Form des Totalitarismus, die aus drei Hauptfaktoren zur Kontrolle über das Volk besteht: der erste ist die Macht; der zweite der Besitz; der dritte die Ideologie. [...] Keinem totalitären System der Geschichte, nicht einmal einem totalitären System der Gegenwart außer dem Kommunismus ist es gelungen, gleichzeitig all diese Faktoren zur Herrschaft über das Volk bis zu diesem Grad zu vereinigen.«¹⁸

Die Geschichte der UdSSR kann nach Djilas in drei Perioden eingeteilt werden: der revolutionäre Kommunismus von Lenin, der dogmatische Kommunismus von Stalin und der undogmatische Kommunismus seit Mitte der fünfziger Jahre mit einer sogenannten kollektiven Führung. Schematisch sind die Unterschiede zwischen den drei Perioden wie folgt zusammenzufassen:

Periode	Führung	Beziehung zur Macht
„revolutionäre“ Periode	Lenin	Die Macht wird ergriffen; die Grundlagen für die Herrschaft der neuen Klasse werden geschaffen
„dogmatische“ Periode	Stalin	Unter dem Schlagwort „Sozialismus“ wird ein massiver Industrialisierungsprozeß in Gang gebracht. Die Macht der neuen Klasse wird hierbei konsolidiert
„undogmatische“ Periode	kollektive Führung	Unter dem Schlagwort „Legalität“ wird an einem „besonnenen“ Umgang mit der Klassengesellschaft, ohne großangelegte Säuberungen usw., gearbeitet

Djilas will diese Dreiteilung als ein grobes und abstraktes Schema aufgefaßt wissen. Deutlich voneinander abgegrenzte Perioden bestehen seiner Meinung nach nicht, da die Merkmale der einen Periode ebenfalls in einer anderen vorzufinden sind. Auch unter Lenin gab es schon Dogmatismus, Stalin war kein Konterrevolutionär und die undogmatische Haltung der kollektiven Führung ist sehr relativ. Im Laufe der Geschichte ist es jedoch zu klaren Verschiebungen gekommen. Die Macht, anfänglich nur als Mittel aufgefaßt, ist immer mehr zum Selbstzweck geworden.¹⁹ In gewissem Sinne hat das Sowjetsystem seine Funktion erfüllt – durch die Industrialisierung hat die neue Klasse ihre Macht stabilisiert und damit ihr Ziel erreicht. Historisch kann es jetzt nur noch Mittelmaß und Stillstand geben.

Es ist deutlich, daß Djilas der Theorie des bürokratischen Kollektivismus neue Elemente hinzufügt. Im Gegensatz zu Rizzi charakterisiert er die werktätige Bevölkerung nicht als Sklaven. Im Gegensatz zu Rizzi und Burnham glaubt er, daß die bürokratische Klasse ein rein osteuropäisches und Sowjetphänomen ist. Schließlich verwendet Djilas, im Gegensatz zu Rizzi, Burnham und Shachtman, viel Aufmerksamkeit auf die Unterschiede zwischen den alten herrschenden Klassen und der politischen Bürokratie. Gerade durch die größere Nuanciertheit der Darlegungen von Djilas wird auch ersichtlich, daß die Theorie der neuen herrschenden Klasse letztendlich nur schwer in das marxi-

stische Geschichtsbild einzufügen ist. Denn wenn die Partei der Keim der herrschenden Klasse ist, wird dann nicht der historische Materialismus – der Parteien als Folge und nicht als Ursprung von Klassen beschreibt – auf den Kopf gestellt? Djilas erkennt diese Problematik, spricht von einem »ungeöhnlichen« Phänomen und bescheidet sich dann mit der These:

»In der Geschichte ist es nicht wichtig, wer einen Prozeß auslöst, es ist nur wichtig, daß der Prozeß ausgelöst wird.«²⁰

5.3.2 Kuroń/Modzelewski

Während bei den früheren Theoretikern der neuen Klassengesellschaft die Bewegungsgesetze der als bürokratisch-kollektivistisch behaupteten Gesellschaft meist im Dunkel bleiben, unternahmen die polnischen Dissidenten Jacek Kuroń (geb. 1935) und Karol Modzelewski (geb. 1937) 1964 einen Versuch, gerade dieses schwierige Problem in das Zentrum der Analyse zu rücken.²² In ihrem *List otwarty do partii* (Offener Brief an die Partei) entwickelten sie eine Theorie der Dynamik der, wie sie es bezeichneten, »Monopolbürokratie«.²³

Kuroń und Modzelewski beschreiben die Industrialisierung in der Sowjetunion und in ihrem eigenen Land als Industrialisierung unter Umgehung des kapitalistischen Weltmarktes. Sowohl Rußland wie Polen waren zu dem Zeitpunkt, an dem dort die kapitalistische Gesellschaft zusammenbrach, unterentwickelte Länder. Sie hatten nur eine gering entwickelte Industrie, aber gleichzeitig einen großen Überschuß an Arbeitskräften in Gestalt von Arbeitslosen in den Städten und Überbevölkerung auf dem Land. Die Ökonomie beider Länder wurde vom Kapital der industriell höher entwickelten imperialistischen Staaten beherrscht. Unter diesen Umständen lag der Industrialisierungsprozeß im Interesse der ganzen Gesellschaft, und die neuen Machthaber machten sich die Förderung dieses Prozesses zur Hauptaufgabe. Auf die Hilfe höher entwickelter kapitalistischer Staaten konnte nicht gerechnet werden. Man mußte sich im Gegenteil, wollte man die Industrialisierung erfolgreich betreiben, von den Mechanismen lösen, die im Kapitalismus herrschen.²⁴ Wegen der großen Reserve nicht verwendeter Arbeitskräfte bekam die Industrialisierung einen extensiven Charakter. Die schnell wachsenden Arbeitsmöglichkeiten in der Industrie konnten jedoch – angesichts des geringen anfänglichen Akkumulationsniveaus – nicht mit einem gleichermaßen steigenden Konsum einhergehen, so daß das Konsumniveau sank. Produktion als Selbstzweck stand im Mittelpunkt.

»Für die neuen Machthaber war die Industrialisierung die *raison d'être*, sie machten sie zu ihrer Hauptaufgabe. Die Verwirklichung dieser Aufgabe mußte gegen die Sonderinteressen aller übrigen gesellschaftlichen Klassen und Schichten durchgesetzt werden,

also im gewissen Sinne fast gegen die gesamte Gesellschaft: gegen die Bauernschaft, deren Überschüsse mit Gewalt eingezogen wurden und die selbst von Kollektivierung ihres Eigentums bedroht war; gegen die Arbeiterklasse, deren Löhne so niedrig wie nur möglich gehalten und teilweise sogar reduziert wurden; gegen die Intelligenz und die Technokratie. Die erfolgreiche Durchführung der Industrialisierung erforderte unter diesen Umständen, daß alle gesellschaftlichen Klassen und Schichten der Möglichkeit beraubt wurden, ihre Sonderinteressen zu formulieren, für deren Verwirklichung einzutreten geschweige denn zu verteidigen.«²⁵

So mußte alle Macht an der Spitze, bei der Monopolbürokratie, konzentriert werden. Das Resultat: ein Einparteiensystem, Gleichschaltung aller gesellschaftlichen Organisationen (insbesondere der Organisationen der Arbeiterklasse), Monopolisierung der Massenmedien und Propaganda, Liquidation der bürgerlichen Freiheiten, eine zentral geführte Ökonomie. Diese Maßnahmen gingen einher mit immer neuen Wellen des Massenterrors. Die Bildung einer Monopolbürokratie war unter den gegebenen Voraussetzungen eine historische Notwendigkeit.

Das gesellschaftliche Mehrprodukt wurde in den Gesellschaften des Sojettyps in drei Segmente eingeteilt:

1. Ein großer Teil des Mehrprodukts wird für die Akkumulation verwendet, d.h. für die Ausdehnung der Produktion.
2. Ein anderer Teil dient der Erhaltung der Staatsmacht: dem Militär, der politischen Polizei, den Gerichten, den Gefängnissen.
3. Schließlich wird ein Teil für Bereiche aufgewendet, die nicht direkt mit dem Bestehen einer Klassengesellschaft verbunden zu sein scheinen, wie die Wissenschaften, die Schulen, die Krankenversorgung, die Kultur usw. Der Teil des Mehrprodukts, der für die Luxuskonsumtion der Elite vergeudet wird, ist quantitativ unbedeutend.

Sobald der Industrialisierungsprozeß in etwa vollendet war (am Ende der fünfziger Jahre), entstand ein grundlegendes Ungleichgewicht. Denn die Monopolbürokratie wollte – obwohl dies historisch nicht mehr notwendig war – den Produktionsmittelsektor (die »Schwerindustrie«) zum Nachteil des Konsumniveaus noch weiter ausdehnen.

Hieraus entstand ein Gegensatz zwischen dem geringen Konsumniveau und dem Produktionspotential, der zu einer andauernden Krise wurde. Die Problematik kommt u.a. dadurch zum Ausdruck, daß sich das Wirtschaftswachstum vermindert, obwohl die Investitionen im Sektor I (Produktionsmittel) erhöht wurden. Denn der Sektor II (Konsumgüter) wächst viel langsamer als I, was eine stetig zunehmende strukturelle Disproportionalität zur Folge hat.

»Die Produktionsverhältnisse, die auf monopolbürokratischem Eigentum beruhen, haben sich in Fesseln der Produktivkräfte verwandelt; jeder Tag, den sie weiterbestehen, vertieft die Krise. Die einzige und unumgängliche Lösung der ökonomischen Krise

besteht daher in der Abschaffung eben dieser Produktionsverhältnisse, im Sturz der monopolbürokratischen Klassenherrschaft.«²⁶

5.3.3 Theorien »ohne Etikett«

5.3.3.1 Wittfogel und seine Kritiker

1957 publizierte der Sinologe Karl A. Wittfogel (1896-1988)²⁷ sein großes Werk *Oriental Despotism*, in dem er die – zum Teil auf Marx gründende – Theorie entwickelte, daß in Ländern mit großen Bewässerungssystemen (z.B. China) *notwendig sehr kräftige, despotische Staaten entstehen. Diese Theorie wandte Wittfogel auch auf Rußland bzw. die Sowjetunion an, indem er zu belegen versuchte, daß der »orientalische Despotismus« auch in Gebiete ohne zentral gelenkte Bewässerungssysteme exportiert werden könne.*²⁸ Eine solche Übertragung sei im Falle Rußlands während der mongolischen Invasionen erfolgt.²⁹ Von dieser Zeit an hatte sich der orientalische Despotismus konsolidiert. Die Periode von Iwan III. bis zur Februarrevolution war durch ein sich fortwährend den neuen Umständen anpassendes autokratisches Regime gekennzeichnet.³⁰ *Unter dem Einfluß von Industrialisierung und Modernisierung waren jedoch oppositionelle Kräfte erstarkt. In den ersten Monaten des Jahres 1917, als das zaristische Militär in Folge des Weltkriegs geschwächt war, schienen sie endlich stark genug zu sein, um eine anti-absolutistische und demokratische Regierung zu bilden. So entstand für eine sehr kurze Zeit »eine wirklich offene geschichtliche Situation«³¹. Die neuen demokratischen Führer machten jedoch wesentliche Fehler: Sie setzten den Krieg fort, obwohl es ihnen dazu an Kraft gebrach, und sie verschoben die Landreform auf einen Zeitpunkt nach der Eröffnung der Konstituante, die niemals zusammenkam.*³² Diese Versäumnisse in der demokratischen Politik gaben den Bolschewiki ihre Chance. So kam die Sowjetunion zustande als eine Gesellschaft, die den orientalischen Despotismus auf ein höheres Niveau hob und ein System allgemeiner (Staats)Sklaverei auf industrieller Grundlage einführte.³³

Mehrere Fachleute haben auf die wissenschaftliche Unhaltbarkeit dieser Interpretation hingewiesen. In einer Debatte mit Wittfogel in der Zeitschrift *Slavic Review* 1963 bestritt Riasanovsky, daß in Rußland jemals ein orientalischer Despotismus bestanden habe. Diese Gesellschaftsform sei vielmehr durch einen schwach entwickelten und fragmentarischen Privatbesitz gekennzeichnet. In Rußland bestünden jedoch seit langer Zeit verschiedene Formen privaten Eigentums, die nicht nur ein bemerkenswertes Wachstum, sondern auch eine große Differenzierung aufwiesen. Und es seien gerade die Mongolen gewesen, die versucht hätten, den Prozeß der Zersplitterung des Besitzes umzukehren. Grundsätzlich warf Riasanovsky Wittfogel vor, daß er die Ge-

schichte in Schemata fasse, diese Geschichte selbst aber nicht studiert habe. Seine Darlegung sei daher »durchweg unwesentlich« geblieben. Nach Riasanovskys Einschätzung war der Einfluß der mongolischen Besatzer recht gering. Zwar hätten sie bestimmte neue Institutionen eingeführt, man dürfe aber deren Einfluß nicht überschätzen:

»Die mongolische Finanzpolitik zum Beispiel scheiterte oft in Rußland. So ersetzten die Invasoren die alten ›Rauch-‹ und ›Pflug-‹-Steuern durch die gröbere und einfachere Kopfsteuer, welche die Zahlungsfähigkeit des einzelnen überhaupt nicht berücksichtigte. Aber diese Neuerung verschwand, als russische Fürsten als Mittelsmänner die Steuereintreibung von den Mongolen übernahmen, und sogar das Postsystem stammt aus den Zeiten Kiews, obwohl die Mongolen es ausdehnten und verbesserten.«

Mehr allgemein warf Riasanovsky die Frage auf, wie eine Stammesgesellschaft gleich der mongolischen eine hochentwickelte Gesellschaft wie die von Kiew überhaupt dauerhaft habe beeinflussen können.³⁴

Auch Dittrich hielt es für unglaublich, daß die Mongolen den chinesischen Despotismus nach Rußland gebracht haben sollten. Seiner Meinung nach warf Wittfogels Theorie mehr Fragen auf, als sie beantwortete; er sah den Grund hierfür in deren Einseitigkeit, den Vereinfachungen und den faktischen Fehlern, die aus einer rigiden, deterministischen Denkweise entstanden seien.³⁵

Ungeachtet dieser Kritiken sollte Wittfogels Interpretation der russischen Geschichte auch noch um 1980 einen gewissen Einfluß haben (siehe Kapitel 6).

5.3.3.2 Marcuse

Die Haltung des Philosophen Herbert Marcuse (1898-1979) gegenüber der Sowjetunion war von einer Ambivalenz gekennzeichnet, die seine Umgebung regelmäßig in die Irre führte. Charakteristisch war, was Karl Korsch Ende der dreißiger Jahre über die Mitglieder des (ehemals: Frankfurter) Instituts für Sozialforschung notierte: »Innerlich sind alle ausnahmslos, in verschiedenen Graden, Anti-Stalinisten. *Marcuse* ist eine Art orthodoxer Marxist, könnte ebenso gut noch Stalinist sein.«³⁶ Die Reaktionen der KritikerInnen auf Marcuses wichtigste Veröffentlichung über die Sowjetunion, *Soviet Marxism* (1958)³⁷, machen diese Verwirrung deutlich: Während die einen Marcuse als Apologeten bezeichneten, war er anderen ein »Kalter Krieger.«³⁸

Marcuse geht davon aus, daß die gesellschaftlichen Voraussetzungen für den Sozialismus in Rußland 1917 noch nicht vorhanden waren, und analysiert die Sowjetunion als eine bürokratisch beherrschte Gesellschaft, die über eine »Erziehungsdiktatur« die Fundamente für eine sozialistische Gesellschaft

legt.³⁹ In der UdSSR hat sich eine bürokratische Schicht entwickelt, die einerseits keine Klasse ist, »wenn ›Klasse‹ im Hinblick auf das Verhältnis zu den grundlegenden Produktionsmitteln definiert wird, und diese im Hinblick auf den Besitz«, andererseits aber dann eine Klasse ist, wenn »Kontrolle über die Produktionsmittel zum Kriterium gemacht wird.«⁴⁰

Die bürokratische »Klasse« sei »keine separate homogene Gruppe«, denn die herrschende Gruppe an der Spitze »ändert sich selbst und umfaßt ›Vertreter‹ der verschiedenen Bürokratien und Branchen der Bürokratie, ökonomische wie politische: Management, Armee, Partei. Eine jede hiervon hat ein Sonderinteresse und strebt nach sozialer Kontrolle.«⁴¹ Zwei Kräfte wirken der Monopolisierung der Macht entgegen:

»[Auf] der einen Seite verdrängt und integriert der zentrale Plan trotz seiner Launen, Lücken und Korrekturen letztlich die Sonderinteressen; auf der anderen Seite ist die gesamte Bürokratie bis hinauf zu den Kommandohöhen dem Terror des Wettbewerbs unterworfen oder doch – nach dem Nachlassen des Terrors – der höchst unberechenbaren Anwendung politischer Strafmaßnahmen unterworfen, die zum Verlust der Macht führt.«⁴²

Die gesamte Sowjetgesellschaft ist einschließlich der Bürokratie dem Diktat der beschleunigten Entwicklung der Produktivkräfte als »Vorbedingung für das Überleben und die Wettbewerbsstärke des Sowjetstaates unter den Bedingungen der ›Koexistenz‹« unterworfen.⁴³ Darum auch besitzt die Bürokratie, der die »traditionellen Quellen ökonomischer Macht« nicht zugänglich sind,⁴⁴ keine Basis »für die wirksame Perpetuierung von Sonderinteressen gegenüber den umfassenden, allgemeinen Erfordernissen des Gesellschaftssystems, von dem sie lebt.«⁴⁵ Aus dem Diktat der Produktivkraftentwicklung ergeben sich nämlich »zur inneren Struktur der Gesellschaft« gehörende »Prinzipien«, die »sich im Widerstreit der konkurrierenden Mächte und hergebrachten Interessen durchsetzen«, wozu der Vorrang der Schwerindustrie, die Herstellung vollständig sozialistischen Eigentums auf dem Lande und das Streben nach einer »Atempause« durch die Koexistenz mit der kapitalistischen Welt gehören.⁴⁶

Insgesamt vertritt die sowjetische Bürokratie das gesellschaftliche Interesse in einer hypostasierten Form:

»Der Staat ist die Manifestation des wirklichen (gesellschaftlichen) Interesses, aber als solcher ist der Staat ›noch nicht‹ mit den Interessen des Volkes identisch, das er regiert. Das Volk wünscht beispielsweise weniger Arbeit, mehr Freiheit, mehr Konsumgüter – aber nach der offiziellen Theorie erzwingen die noch herrschende Rückständigkeit und der Mangel die fortwährende Unterordnung dieser Interessen unter das gesellschaftliche Interesse der Aufrüstung und Industrialisierung. Dies ist die alte Diskrepanz zwischen Individuum und Gesellschaft, wie sie im Staat sich darstellt; in der sowjetischen Theorie erscheint sie jedoch auf einer neuen Stufe des geschichtlichen Prozesses.«⁴⁷

5.3.3.3 Rosdolsky

Der aus Galizien stammende trotzkistische Ökonom und Historiker Roman Rosdolsky (1898-1967)⁴⁸ gelangte im Lauf der fünfziger Jahre zu einem heterodoxen Verständnis der Sowjetunion. In seinem *In memoriam* schrieb Ernest Mandel:

»Seine Meinungsunterschiede mit der Vierten Internationale bezogen sich vor allem auf die Einschätzung von Ereignissen wie den Korea-Krieg oder die ungarische Revolution 1956. Aber in den letzten Jahren konzentrierten sich diese Divergenzen auf die korrekte Definition der Staaten, in denen der Kapitalismus gestürzt worden war, aber das Proletariat die Macht nicht direkt ausübt. Er war der Meinung, daß die Formel vom degenerierten Arbeitsstaat nicht mehr mit der Wirklichkeit übereinstimmt und daß man die Möglichkeit nicht ausschließen kann, daß die Bürokratie zu einer Klasse wird, wenn die sozialistische Revolution in den hochentwickelten imperialistischen Ländern noch länger auf sich warten läßt. Gelegentlich benutzte er die Formel »Staatssozialismus«, um diese Staaten zu charakterisieren, aber unter vielen Vorbehalten und Umschweifen.«⁴⁹

1959 hatte Rosdolsky über die Frage der »Arbeiterstaaten« einen Essay geschrieben, der erst nach seinem Tod, 1978, publiziert wurde.⁵⁰ Wie schon aus Mandels Nachruf deutlich wird, war dieser Aufsatz dennoch einigen bekannt. Dies ist auch deshalb nicht verwunderlich, weil Rosdolsky auch mit vielen anderen Marxisten korrespondierte, ob sie nun Trotzlisten waren oder nicht.

In seinem Beitrag im Jahr 1959 ging Rosdolsky davon aus, daß die letztendlichen Resultate der russischen Revolution kaum den Absichten entsprechen, welche die Träger der Revolution hatten. Das bedeute, konstatierte er im Anschluß an Engels, daß im Hintergrund historische Gesetzmäßigkeiten wirkten, die von den damaligen Akteuren nicht als solche erkannt worden seien.

»Da die russische Revolution so sehr einem über den Köpfen der Beteiligten dahinrollenden Elementarereignis glich, da so viele der Handlungen ihrer Wortführer letzten Endes ganz andere als die gewollten Resultate hervorbrachten, müssen wir post festum den historischen Sinn dieser Revolution erforschen, ihrem verborgenen inneren Bewegungsgesetz auf die Spur kommen.«⁵¹

Impliziert wird hier, daß die nachrevolutionären Entwicklungen unvermeidlich waren. Diese Unvermeidlichkeit hängt Rosdolsky zufolge mit der geringen Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte zusammen. Das vorrevolutionäre Rußland stand vor der Wahl,

»entweder durch eine rapide Entwicklung seiner Produktivkräfte seine jahrhundertlange Rückständigkeit zu überwinden oder aber für lange Zeit auf die Stufe einer Halbkolonie ausländischen (vor allem: des amerikanischen) Imperialismus herabzusinken.«⁵²

Als nun die russische Arbeiterklasse in der Revolution siegte, stellte sich heraus, daß sie nicht in der Lage war, die beschleunigte Industrialisierung zustande zu bringen. Deshalb mußte diese dringende Aufgabe von einer anderen gesellschaftlichen Kraft ausgeführt werden: der Bürokratie. Deren »Machtantritt« vollzog sich mit eiserner Logik, weil die Revolution international isoliert blieb. So entstand in den zwanziger Jahren ein Gesellschaftssystem, in dem eine autokratische Bürokratie über die Produktionsmittel, das Produktionstempo, die Distributionsverhältnisse usw. bestimmt. Die Bürokratie ist Rosdolsky zufolge »noch keine Gesellschaftsklasse im historischen Sinne«. Insgesamt ist die UdSSR ein recht unbestimmtes »transitorisches Gebilde« zwischen Kapitalismus und Sozialismus:

»Es wäre offenbar unsinnig, dieses neue Gesellschaftsgebilde als ›Kapitalismus‹ (oder ›Staatskapitalismus‹) zu bezeichnen, da bekanntlich nicht jede Klassenschichtung kapitalistisch sein muß und da andererseits das entscheidende Kennzeichen der Kapitalistenklasse – das Profitmotiv – fehlt. Ebenso wenig aber kann man dieses Gebilde immer noch einen ›Arbeiterstaat‹ oder einen ›degenerierten Arbeiterstaat‹ nennen, weil in der Sowjetunion die Werktätigen selbst am wenigsten zu sagen haben und weil die herrschende Bürokratie alles daran setzt und setzen muß, die Verwandlung des Staatseigentums in wahres Volkseigentum zu *verhindern!*«⁵³

In einer Fußnote verweist Rosdolsky darauf, daß ihm bewußt ist, sich mit dieser Auffassung von der trotzkistischen Tradition zu distanzieren.

5.3.3.4 Boeuvre

In der Mitte der sechziger Jahre kam es zu einer Annäherung zwischen den französischen Sozialisten und Kommunisten. Im Zusammenhang mit dieser Entwicklung wurde innerhalb der sozialistischen Partei, der S.F.I.O. – zu dieser Zeit in etwa die letzte der der Sozialistischen Internationale angeschlossenen Parteien, die formal noch marxistische Standpunkte vertrat –, eine Debatte (mit allerdings sehr wenigen Teilnehmern) über den Charakter der Sowjetunion geführt, die erste Debatte von Bedeutung seit den dreißiger Jahren.

Der bemerkenswerteste Standpunkt wurde dabei von dem französisch-rumänischen Sozialisten Gaston Boeuvre (1894-1969) alias Serban Voinea bezogen.⁵⁴ Zu Recht wies dieser Autor darauf hin, daß

»der demokratische Sozialismus sich kaum die Mühe gemacht hat, den Charakter durch kommunistische Diktaturen beherrschter Gesellschaften zu analysieren.«⁵⁵

Boeuvre war der Auffassung, die UdSSR sei weder sozialistisch (weil Ausbeutung und Unterdrückung fortbestehen) noch kapitalistisch (insbesondere weil

der Staat alle Produktionsmittel besitzt und sich so den Marktgesetzen entziehen kann). Er bezeichnete die Sowjetunion und ihre Pufferstaaten deshalb als »spezifische Gesellschaften« mit Nationalisierung, Planung und Mehrwertproduktion.

Aufgrund der Kritik eines »Staatskapitalisten«⁵⁶ spezifizierte Boeue seine Auffassung. Den Begriff »Mehrwert« verwandte er in einer sehr weiten (und offensichtlich nicht-marxistischen) Bedeutung, nämlich als »materialisiertes Mehrprodukt«. Aber, was wesentlicher ist, Boeue behauptete:

1. daß die Produktionsmittel keine Waren mehr sind;
2. daß die Bürokratie keine herrschende Klasse ist, weil sie kein Klassenbewußtsein besitzt;⁵⁷
3. daß es sich dennoch um Ausbeutung handelt, weil die arbeitende Bevölkerung Mehrwert (lies: Mehrprodukt) erzeugt, über dessen Verwendung sie nicht bestimmen kann.⁵⁸

Boeue verzichtete darauf, dieser neuen Gesellschaftsform einen Namen zu geben, und stellte sich, was dies angeht, nachdrücklich in die Tradition von Sternberg und Hilferding.

5.4 Zusammenfassung

Die Theoriebildung der Periode 1956-1968 über die Sowjetunion kann als wenig fruchtbar bezeichnet werden. Die Anhänger der Theorie des »degenerierten Arbeiterstaats« und des »Staatskapitalismus« wiederholten sich vor allem, so daß die relativ wichtigsten Entwicklungen im Rahmen der Theorie der neuen Produktionsweise stattfanden. Auffallend ist dabei, daß fast alle Ansätze, sowohl von Theoretikern der neuen Klasse (Djilas, Kuroń/Modzelewski) wie denen einer Gesellschaft »ohne Etikett« (Rosdolsky und Boeue) aus osteuropäischen Staaten stammen. Die einzigen bedeutenden Ausnahmen waren Karl August Wittfogel und Herbert Marcuse. So gesehen könnte man sagen, daß die Periode 1956-1968 durch eine fast völlige Stagnation auf der Seite des westlichen Marxismus gekennzeichnet ist – eine Stagnation, die sich jedoch schon bald als Stille vor dem Sturm erweisen sollte.

6. Von der Unterdrückung des »Prager Frühlings« zur Perestroika (1968-1985)

Die Unterdrückung des »Prager Frühlings« verursachte einen Schock in der Linken. Der amerikanische Marxist Paul Sweezy mutmaßte, der Moskauorientierte Kommunismus habe seinem eigenen Einfluß einen tödlichen Schlag versetzt:

»Die tschechische Krise markiert den Anfang vom Ende von Moskaus politischem und ideologischem Einfluß in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern.«¹

Dem massenhaften Aufleben der Studentenbewegung, die schon früher begonnen hatte und in Paris im Mai 1968 ihren Höhepunkt erreichte, entsprang eine Radikalisierung von breiten Schichten der (künftigen) Intellektuellen, die sich selbst oft als SozialistInnenen oder KommunistInnen begriffen, aber überwiegend eine unabhängige Position gegenüber dem »real existierenden Sozialismus« in der Sowjetunion und ihren Pufferstaaten einnahmen. Nach einigen Jahren entstand hieraus eine Debatte über den Charakter der UdSSR, die in ihrem Umfang unvergleichlich war. Ebenso wie schon am Anfang der sechziger Jahre wurde auch jetzt in erster Linie auf ältere Theorien zurückgegriffen, aber bald kam eine Anzahl neuer Varianten hinzu. Während die Theorien des »Staatskapitalismus«, des »degenerierten Arbeiterstaats« und des »bürokratischen Kollektivismus« relativ gesehen stagnierten, nahm die Anzahl innovativer Beiträge zur Theorie der »neuen Produktionsweise ohne Etikett« bemerkenswert zu.

6.1 Theorien des Staatskapitalismus

6.1.1 Die Strömung um Cliff

Cliffs (Glucksteins) Theorie, die schon in der Periode 1956-1968 wenig weiterentwickelt worden war, blieb im wesentlichen in Wiederholungen stecken. Die Diskussion unter Cliffs Anhängern konzentrierte sich auf einen Aspekt: die gesellschaftliche Position des Sowjetarbeiters.

1948 hatte Cliff behauptet, daß sich der Arbeiter in der Sowjetunion von einem Arbeiter unter konkurrenzkapitalistischen Verhältnissen unterscheidet,

weil sich der erstere im Gegensatz zum zweiten seinen Arbeitgeber nicht aussuchen könne, denn er kenne nur einen Unternehmer, den Staat:

»[...] so ist ein ›Wechsel des Lohnherrn‹ unmöglich, und der ›periodische Verkauf der Arbeitskraft‹ wird zur bloßen Formalität.«²

In den siebziger Jahren revidierten die Cliff-Anhänger Peter Binns und Duncan Hallas diese Auffassung stillschweigend. Ihrer Meinung nach war der Sowjetarbeiter angesichts der vielen Betriebe, wo er seine Arbeitskraft verkaufen kann, sehr wohl ein »gewöhnlicher« Lohnarbeiter. Er befindet sich in derselben Situation wie ein britischer Arbeitnehmer beim National Coal Board oder bei der Eisenbahn:

»Kurzum, die herrschende Produktionsweise schließt als wesentliches Merkmal Lohnarbeit ein, ein Lohnsystem in der strikten Marxschen Definition dieses Begriffs [...]. Und Lohnarbeit bedeutet Kapital wie Sklaverei Sklavenhaltung bedeutet.«³

In einem späteren Beitrag von Peter Binns, jetzt zusammen mit Mike Haynes verfaßt, wurde dieser Gedanke widerrufen. Jetzt lautete die Behauptung übereinstimmend mit Cliff, daß die Arbeitskraft in der UdSSR keine Ware sein könne, da ein echter Arbeitsmarkt fehle und es sich somit auch nicht um »Lohnarbeit in Marx' Verständnis dieses Wortes« handle. Dies sei jedoch kein ernsthaftes theoretisches Problem, da auch andere Arbeitsverhältnisse mit dem Kapitalismus zu vereinbaren seien, wie die frühere Plantagen-Sklaverei im Süden der Vereinigten Staaten.⁴

Diese Auffassung stieß auf kräftigen Widerspruch. Duncan Hallas meinte, daß die ganze Staatskapitalismus-Theorie hierdurch untergraben werde:

»Was hier zur Rede steht, ist nichts weniger als die Frage, ob es in der UdSSR ein Proletariat (im Sinn von Marx) gibt oder nicht. [...] Wenn Arbeit in der UdSSR keine Ware ist, dann gibt es dort kein Proletariat. Mehr noch, wenn Arbeitskraft keine Ware ist, dann kann es dort kein Lohnarbeit-Kapital-Verhältnis geben und deshalb auch kein Kapital. Deshalb kann es dort keinen Kapitalismus, in welcher Gestalt oder Form auch, geben [...]. Kein Tausch, kein Kapital. Tausch erfordert Löhne und deshalb Geld (die verallgemeinerte Ware) und die Produktion von Waren – Güter, die für den Verkauf produziert werden.«⁵

Um die Theorie des Staatskapitalismus anwenden zu können, war es also Hallas zufolge notwendig, die Arbeit in der Sowjetunion als Lohnarbeit zu charakterisieren (ein gutes Beispiel übrigens für eine Beweisführung, bei der das Ergebnis für wichtiger gehalten wird als die Art und Weise, in der es erzielt worden ist).⁶ Auch Alex Callinicos kam zu einem ähnlichen Schluß.⁷

Die Erörterung der theoretischen Beziehung zwischen Lohnarbeit und Staatskapitalismus hatte auf jeden Fall deutlich gemacht, daß es sich hier um ein äußerst umstrittenes Problem handelt.

6.1.2 Mattick

Der deutsch-amerikanische Rätekommunist Paul Mattick (1904-1981)⁸ erweiterte im Lauf der sechziger Jahre die Theorie in der Tradition von Rühle, Wagner, Huhn u.a. und kam so, jedenfalls soweit es die Beurteilung der Sowjetunion betrifft, der Auffassung von Tony Cliff und dessen AnhängerInnen sehr nahe. In seinem 1969 erschienenen Buch *Marx and Keynes – eine erweiterte Fassung des sieben Jahre zuvor publizierten Essays mit demselben Titel*⁹ – versuchte Mattick eine Analyse des gesamten gegenwärtigen Kapitalismus in all seinen Erscheinungsformen zu entwickeln. Der Staatskapitalismus unterscheidet sich zwar grundlegend vom gemischten Kapitalismus, da kein Markt mehr bestehe, doch gleichzeitig gebe es wesentliche Übereinstimmungen:

»Alle staatskapitalistischen Systeme ähneln der kapitalistischen Marktwirtschaft dadurch, daß das Verhältnis von Kapital und Arbeit aufrechterhalten und kapitalistische Geschäftsmethoden angewandt werden. Der Staat, der die Kontrolle über die Produktionsmittel hat, setzt einen bestimmten Wert (in Form von Geld) für produktive Ressourcen ein und erwartet, daß ein größerer Wert (in Form von Geld) aus dem Produktionsprozeß folgt. Der von den Arbeitern geschaffene Mehrwert wird gemäß den Entscheidungen der Regierung verteilt. Er unterhält die nicht-arbeitende Bevölkerung, sichert die nationale Verteidigung, befriedigt öffentliche Bedürfnisse und wird in zusätzliches Kapital investiert. Alle wirtschaftlichen Transaktionen sind zugleich Tauschvorgänge oder erscheinen als solche. Arbeitskraft wird an das Management eines Unternehmens verkauft, und mit den Löhnen werden Waren vom Management anderer Unternehmen gekauft. Es gibt gleichsam einen »Handel« zwischen dem Management eines Unternehmens und dem der anderen – wie der »Handel« zwischen den verschiedenen Betrieben eines Konzerns in allen kapitalistischen Ländern. Dieser Quasi-Handel erreicht seine vollendete Form im vollständig zentralisierten staatskapitalistischen System. Es gibt, *formal gesehen, keinen sehr großen Unterschied zwischen Privatwirtschaft und staatlich kontrollierter Wirtschaft, außer daß in letzterer zentrale Instanzen über das Mehrprodukt verfügen.*«¹¹

Die Verwandtschaft zwischen gemischtem und Staatskapitalismus darf nicht übersehen lassen, daß sie in der Realität durch eine tiefe Kluft getrennt sind: das eine System kann höchstwahrscheinlich nicht friedlich in das andere übergehen.

»Der Kapitalismus verwandelt sich nicht von alleine in den Staatskapitalismus; eine staatskapitalistische Revolution wäre aber genauso schwierig zu machen wie eine sozialistische. Da eine bewußte Organisierung der gesellschaftlichen Produktion die Enteignung des privaten Kapitals voraussetzt, kann die Umwandlung des gemischten Wirtschaftssystems in den Staatskapitalismus nur auf revolutionärem Wege vonstatten gehen.«¹²

Mattick erweitert den Marxismus also um den Gedanken, daß nicht allein beim

Übergang von der einen Produktionsweise zur anderen, sondern auch bei einer internen Transformation innerhalb *einer* Produktionsweise eine tiefgreifende sozialökonomische Revolution erforderlich sein könne.

Mattick betont – anders als Cliff – den Umstand, daß der Staatskapitalismus vor allem in kapitalarmen Ländern, wo die Kapitalbildung Voraussetzung einer Vergesellschaftung von Produktion und Distribution ist, Chancen habe. Das Staatseigentum an den Produktionsmitteln sei die kapitalistische Form der Vergesellschaftung, die der sozialistischen Vergesellschaftung, d.h. dem Arbeitereigentum an den Produktionsmitteln, vorgehe. Für Gesellschaften wie die Sowjetunion gelte, daß Produktionsmittel noch immer Kapital seien, »weil sie vom Staat kontrolliert werden, statt der gesamten Gesellschaft zur Verfügung zu stehen«¹³. Die sehr beschränkte Kapitalismusdefinition von Mattick (Lohnarbeit und fehlende Arbeiterselbstbestimmung) kommt hier prägnant zum Ausdruck. Während beispielsweise Cliff noch einsichtig zu machen versucht, daß die UdSSR allen von Marx formulierten Bewegungsgesetzen des Kapitals (tendenzieller Fall der Profitrate, Profitmaximierung usw.) unterworfen sei, hält Mattick dies nicht für nötig. Deshalb auch zögert er nicht zu behaupten, daß das Mehrprodukt in der Sowjetunion nicht als Profit realisiert zu werden brauche.¹⁴

6.1.3 Maoistische Varianten

Im Oktober 1961 fand in Moskau der XXII. Kongreß der KPdSU statt, bei dem der Konflikt zwischen der Sowjetunion und der Volksrepublik China offenbar wurde. Dieser Gegensatz verschärfte sich in den folgenden Jahren und führte dazu, daß die chinesische Führung von 1967 an den Standpunkt vertrat, in der Sowjetunion sei der Kapitalismus wiederhergestellt. Nicht unberechtigt scheint die Annahme, daß diese »Theorie« – die von den chinesischen Kommunisten nie fundiert wurde – vor allem die Funktion hatte, die geänderte Außenpolitik zu legitimieren.¹⁵

Bei den Kommunisten im Westen verursachten die Spannungen zwischen Moskau und Beijing einige Verwirrung. Typisch war in dieser Situation wohl das Agieren der Redakteure der berühmten amerikanischen Zeitschrift *Monthly Review*. In dem von Leo Huberman und Paul Sweezy verfaßten Leitartikel vom Dezember 1961 hieß es, daß sowohl der chinesische als auch der russische Standpunkt marxistisch begründet sei, die Russen aber doch recht hätten:

»Die chinesische Position erscheint uns als typisches Beispiel einer Art linken Dogmatismus, der immer wieder in der Geschichte der internationalen sozialistischen Bewegung aufgetreten ist. Zwei der charakteristischen Kennzeichen, an denen [dieser Dogmatismus] erkannt werden kann, sind die Unterschätzung des Nationalismus und das Zusammenwerfen aller oppositionellen Strömungen zu einer gleichförmig reaktionären Masse. Er gibt sich immer supermilitant und predigt Kompromißlosigkeit. Soweit dies

in Politik umgesetzt wird, sind die Resultate größtenteils das Gegenteil des Beabsichtigten.«¹⁶

Anderthalb Jahre später fiel die Beurteilung entschieden anders aus. Der wiederum von Huberman und Sweezy verfaßte Leitartikel vom Mai 1963 enthielt die Mitteilung, daß sich die frühere Positionsbestimmung als unhaltbar erwiesen habe. Jetzt wurde ausgeführt, daß die Chinesen in der Hauptsache Recht hätten. Dennoch wurden die Vorwürfe der Chinesen an die russische Adresse, in der Sowjetunion bestünden Unterdrückung und Ausbeutung, zurückgewiesen.¹⁷

Auch dieser Standpunkt wurde später revidiert. Nach einigen Jahren teilte die *Monthly Review* große Bereiche der chinesischen Kritik an der UdSSR.¹⁸ Es dauerte jedoch noch recht lange, bis sich die pro-chinesischen Intellektuellen die theoretischen Konsequenzen der chinesischen Kritik an der Sowjetunion vergegenwärtigten. Al Szymanski, ein amerikanischer Ex-Maoist, schrieb darüber:

»Obwohl die Chinesen die Sowjetunion seit 1967 kapitalistisch nannten, haben dies nur wenige von uns zu dieser Zeit wörtlich genommen. Wir akzeptierten noch nicht mechanisch alles, was die chinesische (oder albanische) Führung sagte, als buchstäbliche Wahrheit. Erst Anfang der Siebziger, 1973 war der Wendepunkt, erörterten die marxistisch-leninistischen Reste der Neuen Linken ernsthaft die wirkliche chinesische Position, daß der Kapitalismus in der Sowjetunion buchstäblich wiederhergestellt worden sei.«¹⁹

6.1.3.1 Holmberg

In Westeuropa spielte bei den ersten Diskussionen in maoistischen Kreisen das Buch von Nils Holmberg (geb. 1902), *Fredlig Kontrarevolution*, das 1974/75 erschien und auch ins Deutsche und Niederländische übersetzt wurde, eine große Rolle.²⁰ In den Vereinigten Staaten erfüllte das Buch des Grundrisse-Übersetzers Martin Nicolaus, *Restoration of Capitalism in the U.S.S.R.* (1975), dieselbe Funktion.²¹ Holmbergs Beitrag erhellt treffend die maoistische Denkweise. Sein Ausgangspunkt ist, daß die Sowjetunion unter Stalin noch sozialistisch gewesen sei. Aber doch habe sich schon in jener Zeit eine bürokratische Clique in der Partei einnisten können, die immer mächtiger geworden und eigentlich nur noch von Stalin selbst an der Eroberung der Macht gehindert worden sei. Als Stalin 1953 starb, sei auch diese letzte Hürde für die Bürokraten gefallen. Sie hätten den Staatsapparat benutzt, um den Kapitalismus eilends wiederherzustellen. Den Arbeitern sei die Verfügungsmacht über die Produktionsmittel genommen worden. Fortan hätten sie ihre Arbeitskraft dem Staat verkaufen müssen, und die Gewerkschaften seien Instrumente der neuen Kapitalisten geworden. Die Folge sei, daß die Sowjet-

union in keinem bedeutenden Aspekt mehr der Gesellschaft unter Stalin gleiche:

»Die Arbeiterklasse wurde von den Produktionsmitteln getrennt, hörte auf, die herrschende und führende Klasse zu sein und wurde wieder zur bloßen Lohnarbeiterklasse. Die bürokratische Elite riß mit der Staatsmacht das Bestimmungs- und Verfügungsrecht des Eigentümers über die Produktionsmittel und die ganze Wertmenge, die in der Produktion hergestellt wird, an sich. Seitdem hat sie dieses Recht ausgenutzt, um die Arbeiter auszubeuten und sich den Mehrwert, den die Arbeiter schaffen, anzueignen.«²²

Eine kapitalistische Gesellschaft wird Holmberg zufolge durch zwei Eigenschaften gekennzeichnet:

1. Die Produktionsmittel werden eingesetzt, um Arbeiter auszubeuten.
2. Die Arbeiter müssen ihre Arbeitskraft im Tausch für Lohn verkaufen.

Da diese beiden Eigenschaften auf die Sowjetunion zuträfen, spricht Holmberg von einem restaurierten Kapitalismus.²³ Etwas zugespitzt besagt Holmbergs Konstruktion, daß Stalin unwissentlich bürgerliche Bürokraten in seiner nächsten Umgebung duldet, die nach seinem Tod die Macht ergriffen, um den Kapitalismus wiederherzustellen. Dieser »Putsch«-Gedanke ist eine recht vulgäre Variante des Maoismus.²⁴

6.1.3.2 Bettelheim und seine Kritiker

6.1.3.2.1 Bettelheim

Intelligenter ist die Theorie des französischen Ökonomen Charles Bettelheim (geb. 1913). Die Grundlagen seiner Auffassung sind in der 1969 erschienenen kleinen aber kompakten Studie *Calcul économique, catégories marchandes, et formes de propriété* enthalten.²⁵ Das monumentale mehrbändige und noch unvollendete Werk *Luttes de classes en URSS* ist eigentlich nur eine Erweiterung dieser Studie.²⁶ Ebenso wie Holmberg geht Bettelheim von einer friedlichen Konterrevolution (oder genauer: einem Staatsstreich) aus, aber er versucht, diese Entwicklung in einen größeren Zusammenhang zu stellen, und distanziert sich daher von dem simplen Putsch-Gedanken:

»Die zentrale Frage ist der Gegensatz zwischen einer wissenschaftlichen und einer nichtwissenschaftlichen Vorgehensweise. Die zweite behauptet, eine gesellschaftliche Formation auf der Basis einiger vereinzelter Merkmale erfassen zu können oder einen historischen Prozeß zu »erklären« auf Grund einiger Entscheidungen oder Manipulationen, die an der Spitze des Staatsapparates getroffen werden. Der extreme Fall, der besonders charakteristisch ist, ist die Theorie vom »Staatsstreich«: es wird unterstellt, ein Manöver, an der Spitze von einer kleinen Gruppe von Menschen durchgeführt, wäre

in der Lage, den Charakter einer gesellschaftlichen Formation total zu verändern. In Wirklichkeit lehrt uns der Marxismus, daß ein Staatsstreich die letzte Phase ist, die sich auf dem Vordergrund der politischen Szene eines Umwälzungsprozesses in den Klassenverhältnissen abspielt, eines Prozesses, der sich vorher vollzogen hat. Der Staatsstreich läßt also nur auf dem Vordergrund der politischen Szene jene Umwälzungen erscheinen, die schon vorher stattgefunden haben. Der Versuch, die sozialen Veränderungen durch einen Staatsstreich zu »erklären«, entspricht einer idealistischen Sicht der Geschichte und nicht einer materialistischen.«²⁷

Es geht Bettelheim also nicht darum, subjektivistisch bösertige bürgerliche Demokraten zu entlarven, sondern er will die objektiven Grundlagen der Restauration der bürgerlichen Macht in der Sowjetunion enthüllen. Hierzu sei es zuallererst erforderlich, den wesentlichen Unterschied zwischen einer sozialistischen und einer kapitalistischen Gesellschaft zu erkennen. Bettelheim distanziert sich vom »Ökonomismus« (worunter er die einseitige Unterwerfung der Umformung der sozialen Verhältnisse unter die Entwicklung der Produktivkräfte versteht) und benennt – unter dem Eindruck der chinesischen Kulturrevolution – als erste Bedingung für das Entstehen einer sozialistischen Gesellschaft nicht die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, sondern den Klassenkampf unter Führung einer bewußten sozialistischen Vorhut. In *Luttes des classes en URSS* (Band 1) folgert Bettelheim daraus, daß das wichtigste Kennzeichen des Kapitalismus nicht darin besteht, daß die Produktionsmittel Privateigentum sind, sondern daß die Bourgeoisie als Klasse sowohl das Monopol an den Produktionsmitteln (ungeachtet dessen juristischer Form) wie die politische und ideologische Hegemonie hat. In diesem und nur in diesem Sinne ist der Kapitalismus die Diktatur der Bourgeoisie über die Arbeiterklasse. Der Sozialismus dagegen ist die Diktatur des Proletariats, die nur dadurch errichtet werden kann, daß die Arbeiterklasse auf revolutionärem Wege die Staatsmacht erobert. Der Sozialismus muß also primär *politisch* und nicht *ökonomisch* definiert werden. Wenn die Arbeiterklasse erst einmal die Staatsmacht besitzt, kann sie die bürgerliche Kultur und Erziehung untergraben. Wird dieser Kampf nicht zu Ende geführt oder endet er in einer Niederlage, wird eine neue Bourgeoisie entstehen, die die Staatsmacht zurückerobern will.

Teil der neuen Bourgeoisie können sehr wohl auch kommunistische Kader und Funktionäre sein, denn all jene, die im System der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion eine Position einnehmen, die mit einer Position der Bourgeoisie übereinstimmt, bilden ungeachtet des Bestehens der Diktatur des Proletariats eine Bourgeoisie. Wenn zum Beispiel in einem Betrieb, dessen alter kapitalistischer Besitzer gestorben oder emigriert ist, die hierarchische Struktur des Produktionsprozesses erhalten bleibt und die Personen in den höheren Rängen der Hierarchie Anweisungen erteilen können und eine privilegierte Stellung einnehmen, dann sind die leitenden Personen in diesem Betrieb Teil der bürgerlichen Klasse. Derartige Prozesse führten dazu, daß in

der Sowjetunion die Führung der Kommunistischen Partei (ursprünglich das Sprachrohr des Proletariats) immer mehr von einer Gruppe von Funktionären, die der Diktatur des Proletariats grundsätzlich feindlich gesonnen waren, paralysiert wurde. Ermöglicht wurde dies durch den Platz, den diese Funktionäre im Wirtschaftsleben und an der Spitze der Verwaltungsmaschine einnahmen, sowie durch die bürgerlichen Praktiken und Methoden, die sie propagierten.

Die Kommunisten erkannten diese Gefahr nur unzureichend. Sie verminderten daher ihr Bemühen, die Massen gegen diese Entwicklung zu mobilisieren (wie es die Chinesen später in der Kulturrevolution tun sollten). Allmählich nahm die Macht der neuen Bourgeoisie weiter zu, und mit den Wirtschaftsreformen Ende der fünfziger und Mitte der sechziger Jahre war die kapitalistische Restauration vollendet.²⁸ Der Beweis für diese Entwicklung lag letztendlich in der systematischen Abweichung der Sowjetführung von der richtigen leninistischen Linie.

Calcul économique, catégories marchandes et formes de propriété enthält die dieser Darlegung zugrundeliegende ökonomische Argumentation, die an Bordiga erinnert. Sie kann in drei Punkten zusammengefaßt werden:

1. Der Kern der kapitalistischen Produktionsverhältnisse wird Bettelheim zufolge von den Unternehmen gebildet:

»Der kapitalistische Charakter des ›Unternehmens‹ (das, vor allem in der Industrie, die konkrete ›Produktionseinheit‹ ist, an der in den Übergangsgesellschaften das Staatseigentum in der Regel seine Funktion ausübt) besteht darin, daß seine Struktur die Gestalt einer *doppelten Trennung* annimmt: *die Trennung der Arbeiter von ihren Produktionsmitteln* (deren Gegenstück der Besitz der Produktionsmittel durch die Unternehmen ist, d.h. faktisch durch ihre Leiter) und *die Trennung der einzelnen Unternehmen untereinander*. Diese doppelte Trennung macht die zentrale Gestalt der kapitalistischen Produktionsweise aus [...].«²⁹

2. Solange diese doppelte Trennung besteht, sind die Betriebe also kapitalistisch, setzen sie die Marktverhältnisse fort und bilden einen Gegenpol zum Plan. Für Bettelheim ist es klar, daß spätestens mit den Reformen vom September 1965 – als die Sowjetbetriebe größere Selbständigkeit erhielten – der Kampf zwischen Sozialismus und Kapitalismus zugunsten des letzteren entschieden war. 1965 war der Punkt erreicht, wo die Planorgane den Unternehmen die »Freiheit« gaben (ob formal oder tatsächlich, tut wenig zur Sache), die Schwerpunkte ihrer »Pläne« selbst zu setzen. Über Investitionen entschied nicht mehr der Plan, sondern die Direktion der Betriebe. Der Plan ist damit kein wirklicher Plan mehr, sondern »Begleiter« der Marktverhältnisse.
3. Da der Markt und nicht der Plan herrscht, ist das Wertgesetz in Ehren wiederhergestellt und die Macht nicht mehr im Besitz der Arbeiterklasse. Der Plan ist nur noch ein simples Trugbild (*simulacre*) tatsächlicher Pla-

nung. Gedeckt von diesem Trugbild besteht eine andere Herrschaft als die der direkten Produzenten. Während in den Betrieben die Funktion des Kapitalisten von Direktoren eingenommen wird, hat sich in den Organen der Planung eine Staatsbourgeoisie etabliert: Der wirkliche Gehalt des Staatseigentums hängt vom Verhältnis zwischen Arbeitermassen und Staatsapparat ab. Sofern der Apparat – anstatt sich über die Arbeiter zu erheben und sie zu beherrschen – wirklich und vollständig von den Arbeitern beherrscht wird, ist das Staatseigentum die juristische Form des gesellschaftlichen Eigentums der Arbeiter. Sofern hingegen die Arbeiter den Staatsapparat nicht beherrschen, dieser vielmehr von einer Körperschaft von Funktionären und Verwaltern beherrscht wird und sich der Kontrolle und der Führung durch die arbeitenden Massen entzieht, wird diese Körperschaft von Funktionären und Verwaltern faktisch der Besitzer (im Sinne eines Produktionsverhältnisses) der Produktionsmittel. Diese Körperschaft bildet dann eine gesellschaftliche Klasse (eine Staatsbourgeoisie) auf Grund des bestehenden Verhältnisses einerseits zu den Produktionsmitteln und andererseits zu den Arbeitern.³⁰

In späteren Publikationen ergänzte Bettelheim, seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre assistiert von Bernard Chavance (geb. 1947), diese Darstellung um weitere Argumente.³¹ Der Umstand, daß die Sowjetunion ein »Staatsmonopolkapitalismus neuen Typs« geworden sei, könne, bekundeten beide Ökonomen, aus den folgenden Merkmalen abgelesen werden:

1. Durch die ökonomischen Reformen von 1965 ist der Profit als wichtigstes Kriterium für industrielle Produktivität eingeführt worden.
2. Die wirtschaftlichen Tätigkeiten sind extrem konzentriert und in Staats-hand.
3. Gleichzeitig konkurrieren die Betriebe um Rohstoffe, Arbeitskräfte usw. Es handelt sich also um Konkurrenz.
4. Der Staat, der von der oben genannten Staatsbourgeoisie beherrscht wird, eignet sich den Mehrwert an.
5. Die wirtschaftliche Entwicklung weist zyklische Bewegungen und Akkumulationskrisen auf.
6. Es bestehen expansionistische Bestrebungen.
7. Die Arbeiterklasse kennt zwar keine Arbeitslosigkeit, ist ansonsten aber mindestens so rechtlos wie im westlichen Kapitalismus.
8. Die herrschende Ideologie ist revisionistisch; sie gebärdet sich marxistisch-leninistisch, ist aber tatsächlich bürgerlich.³²

6.1.3.2.2 Kritik

Das Werk Bettelheims hat viele Reaktionen hervorgerufen. Am bekanntesten sind die Essays von Paul Sweezy geworden, die Teil einer sehr langanhaltenden

den Debatte zwischen diesem amerikanischen Marxisten und dem französischen Sowjetkritiker waren.³³

Von mehreren Seiten wurde Bettelheims »Anti-Ökonomismus« angegriffen;³⁴ und zwar nicht, weil die Kritiker sich selbst als Anhänger des Ökonomismus verstanden, sondern weil Bettelheim den Begriff »soziale Verhältnisse« auf den Überbau und insbesondere die Ideologie verenge.³⁵ Hieran anschließend wurde konstatiert, daß Bettelheim als letztendliches Kriterium für die Restauration des Kapitalismus die Abweichung von der leninistischen Linie verwende und so den Klassenkampf aus einem Kampf zwischen Ideologien herleite:

»[...] Bettelheim bietet kein anderes Kriterium zur Beurteilung dessen, ob das Proletariat an der Macht ist oder nicht, als die von Regierung und Partei verfolgte Politik. Ist es für den Erklärungswert der Theorie nicht wesentlich, daß es eine *unabhängige* Methode der Feststellung der Identität einer an der Macht befindlichen Klasse geben sollte? Oder [...] was sind die Modalitäten und Stadien beim Wachstum der neuen Staatsbourgeoisie? Vielleicht am wichtigsten von allem: Unter welchen Bedingungen kann man einen Sieg des Proletariats erwarten und unter welchen Bedingungen einen Sieg der neuen Staatsbourgeoisie?«³⁶

Bettelheims Herleitung des kapitalistischen Charakters der Sowjetunion aus der Existenz voneinander getrennter Unternehmen, in denen Lohnarbeit verrichtet wird, wurde methodologisch kritisiert. Mit dieser Argumentation würden die Tatsachen auf den Kopf gestellt, meinte der französische Trotzist Dallemaigne: Nur wenn das Kapital dominiert, sind Unternehmen die »Matrix« kapitalistischer Verhältnisse. Unter anderen Umständen seien sie das nicht. Die reine Existenz von Unternehmen sei nicht beweiskräftig.³⁷

Zudem wurde die These von der doppelten Trennung (Lohnarbeit von Produktionsmitteln und Unternehmen untereinander) angezweifelt. Erstens, schrieb Ticktin, könne gar keine Rede davon sein, daß die Unternehmen in der UdSSR selbständig sind:

»[...] die Unternehmen [können] Preise, Löhne, ihre Zulieferungen und Abnehmer nicht selbst bestimmen. Aus diesem Grund können sie auch nicht selbständig festlegen, was zu produzieren ist.«³⁸

Und zweitens sei die Arbeitskraft in der Sowjetunion ungeachtet des Bestehens der Lohnform keine Ware. Dafür gebe es mehrere Gründe: 1. Es gibt keinen echten Arbeitsmarkt; 2. die Löhne stehen nicht im Verhältnis zu den erbrachten Arbeitsleistungen; und 3. ist das mit Arbeit verdiente Geld nur *eines* der Mittel, um an Konsumgüter zu gelangen.³⁹

In der Literatur wurde teils die *faktische Richtigkeit*, teils die *Relevanz* der von Bettelheim und Chavance angeführten acht Merkmale des Sowjet-Staatskapitalismus bestritten. Als faktisch unrichtig zum Beispiel bezeichnete Swee-

zy, daß es bei der Einführung des Profits auf Betriebsebene nach 1965 um etwas völlig anderes gehe als die Formulierung des wichtigsten objektiven Kriteriums für industrielle Produktivität. Wenn der Profit tatsächlich die wichtigste Variable wäre, dann würden nicht nur die Produktionskosten, sondern auch die Investitionen, die Preise usw. dadurch bestimmt werden. Dies aber sei nicht der Fall:

»[...] unter dem Sowjetsystem [...] werden die Grundsatzentscheidungen oberhalb der Betriebsebene von einem administrativen Planungssystem, in dem Maximierung des Profits höchstens eine sekundäre und geringe Rolle spielt, getroffen.«⁴⁰

Auch über den vermeintlichen Wettbewerb zwischen Betrieben wurde angemerkt, daß dieser sich nicht auf kapitalistische Weise vollziehe, sondern in Form der Konkurrenz um Gebrauchswerte.⁴¹

Zweitens wurde von bestimmten Merkmalen gesagt, daß sie für die Definition einer Gesellschaft als kapitalistisch irrelevant seien. Das erst noch zu Beweisende werde vorausgesetzt. Die Konzentration der wirtschaftlichen Aktivitäten in Staatshänden belege zum Beispiel nicht, daß es sich um Kapitalismus handelt.⁴² Dasselbe gelte für die Konkurrenz zwischen Betrieben oder die Existenz von Expansionismus und zyklischen Krisen.⁴³

Sowohl Bettelheims (und Chavances) Methode als auch ihre Kapitalismus-Definition und ihre empirischen Argumente waren der Kritik ausgesetzt.

6.1.4 Die operaistische Variante

Maoistische Einflüsse sind auch in den Arbeiten der operaistischen Strömung zu spüren. Der Operaismus entstand am Ende der fünfziger Jahre in Italien, als MarxistInnen aus sozialistischen und kommunistischen Kreisen strategische Probleme vom »Arbeiterstandpunkt«, d.h. durch eine Betrachtung vom Arbeitsplatz in den Fabriken, klären wollten.⁴⁴ Die Operaisten gruppierten sich anfänglich um die Zeitschrift *Quaderni Rossi*, von der nur sechs Ausgaben (1961-1965) erschienen, die aber dennoch in Italien, und später auch in Westdeutschland, Einfluß hatte. Nach der Einstellung von *Quaderni Rossi* blieb die operaistische Strömung bestehen. Insbesondere die Ökonomin Rita di Leo (geb. 1940) war bestrebt, die operaistische Herangehensweise – den Versuch, die Gesellschaft »von unten her« zu analysieren – auf die Sowjetunion anzuwenden. Auch sie kam dabei zu der Folgerung, daß es sich dort um (Staats-)Kapitalismus handle, und zwar weil Arbeiter und Produktionsmittel voneinander getrennt seien (eines der beiden Kriterien, die auch Bettelheim verwendete). In ihrem Buch *Operai e sistema Sovietico* (1970) äußert Di Leo entsprechend, daß ebenso wie im Westen – wenn auch in anderer Form – in

der Sowjetunion Mehrwert erzeugt werde und daß man dort dieselbe Beziehung zwischen lebendiger Arbeit, Maschinen und Rohstoffen antreffe.⁴⁵

6.2 Die Theorie des degenerierten Arbeiterstaats

6.2.1 Änderungen

Ebenso wie die Theorie von Cliff stagnierte auch die trotzkistische Theorie. In der Periode von 1968 an sind zwei relevante Erweiterungen auszumachen, die als Korrektur früherer Auffassungen interpretiert werden könnten. Erstens wurde der Begriff »degenerierter Arbeiterstaat« zunehmend durch den Begriff »Übergangsgesellschaft« ersetzt. Dabei wurde – nach dem trotzkistischen Philosophen George Novack, der diesen Gedanken 1968 eingeführt hatte – davon ausgegangen, daß es in der Geschichte der menschlichen Gesellschaft viele »Übergangsformationen« gegeben habe, die gewisse abstrakte Eigenschaften gemeinsam haben: den Übergang vom Nahrungssammeln zur Nahrungsproduktion, vom Dorf zur Stadt, vom gemeinsamen zum Privateigentum, von der römischen Sklavenhaltergesellschaft zum Feudalismus, vom Feudalismus zum Kapitalismus und schließlich vom Kapitalismus zum Sozialismus.⁴⁶

Zweitens wurde die Übergangsgesellschaft in der Sowjetunion allmählich immer weitergehend als eine eigenständige Gesellschaftsformation interpretiert – eine verständliche Konsequenz aus der mehr als ein halbes Jahrhundert währenden Existenz dieser »zeitlichen Entartung«. Charakteristisch hierfür ist Mandel, der noch 1968 von der UdSSR und ähnlichen Gesellschaften als »Ländern mit einer sozialistischen ökonomischen Basis«⁴⁷ gesprochen hatte, 1973 aber anmerkte:

»Die Übergangsgesellschaft ist charakterisiert durch spezifische Produktionsverhältnisse; diese sind *nicht einfach eine Kombination* der zu überwindenden und der sich allmählich entfaltenden großen historischen Produktionsweise.«⁴⁸

Einige Jahre später spitzte er diese Aussage noch etwas zu:

»[...] eine Gesellschaft im Übergang zwischen Kapitalismus und Sozialismus repräsentiert *nicht* irgendeine Form des Sozialismus oder irgendeine »Kombination« von Kapitalismus und Sozialismus. Sie ist eine Gesellschaft mit Produktionsverhältnissen, die spezifisch für sie sind, und die weder jene des Kapitalismus noch jene des Sozialismus sind.«⁴⁹

Es ist deutlich, daß diese Änderungen der Theorie kaum tiefgreifend genannt werden können. Den größten Teil ihrer Energie verwandten die AnhängerInnen Trotzki's auf oft geistreiche Kritiken an VertreterInnen anderer politisch-theoretischer Strömungen.

6.2.2 Kritik

Nachdem Mandel sich früher als scharfsinniger Kritiker der Theorie des Staatskapitalismus und der neuen herrschenden Klasse profiliert hatte, begannen seine GegnerInnen von 1968 an eine gelegentlich nicht minder scharfsinnige Kritik der Theorie des degenerierten Arbeiterstaats zu entwickeln. Selbstverständlich waren schon zuvor etliche Einwände gegen Trotzki's Auffassung von der Sowjetunion erhoben worden, die sich aber im allgemeinen auf zwei (nicht unwichtige) Problematisierungen beschränkten: 1. Wie kann etwas ein Arbeiterstaat heißen, wenn die Arbeiter nichts zu sagen haben? Und wie können 2. in den »Pufferländern« Arbeiterstaaten errichtet worden sein ohne die führende Rolle der Arbeiterklasse?

Seit 1968 wurden die Argumente der KritikerInnen zahlreicher, obwohl die oben genannten Einwände weiterhin eine Rolle spielten und in der Debatte immer wiederkehrten. Die Diskussionsbeiträge bezogen sich auf Mandels Interpretation der Theorie Trotzki's. Wie wir sahen, hatte der belgische Marxist den Faktor Zeit aus Trotzki's Theorie entfernt und die Sowjetunion als eine Mischbildung interpretiert, in der drei Elemente miteinander verbunden seien: »nichtkapitalistische« Produktion (Planung), bürgerliche Distribution in der Sphäre der Konsumgüter und parasitäre Bürokratie. Der Widerspruch zwischen Produktion und Distribution sei dabei der Hauptwiderspruch in der Gesellschaft.

Die Kritik nahm auf alle Bestandteile der Theorie Bezug. Sweezy wandte sich dem *Faktor Zeit* zu:

»Je länger die Herrschaft der Bürokratie anhält, desto weniger überzeugend ist die trotzkistische Theorie von deren Wesen. Die Vorstellung von einer herrschenden Klasse, die niemals an die Herrschaft kommt, sondern sich immer der schlechten Behandlung und den übermäßigen Anforderungen eines Stellvertreterregimes von Bürokraten unterwerfen muß, macht wenig Sinn. Entweder die zweite Revolution kommt und erweist die Richtigkeit der Theorie; oder sie kommt nicht, dann muß die Theorie aufgegeben und eine andere an ihre Stelle gesetzt werden. [...] wir sollten feststellen und wirklich betonen, daß diese Schlußfolgerung mit der Theorie Trotzki's, der auch nicht einen Moment glaubte, daß das bürokratische Regime in der Sowjetunion etwas anderes sei als eine strikt befristete Erscheinung, vollständig übereinstimmt.«⁵⁰

Der *parasitäre* Charakter der Bürokratie wurde von vielen Autoren angezweifelt. Arthur meinte, daß

»diese Methapher impliziert, daß mit einem sonst heilen und gesunden Körper ein separater Organismus verbunden ist, der Tribut fordert. Es ist jedoch klar, daß keine solche eindeutige Trennung in der Sowjetunion vorgenommen werden kann. Die Bürokratie ist ebenso konstitutiv für die Gestalt der Sowjetgesellschaft wie es die Arbeiterklasse ist. Sie erhebt nicht einfach eine Gebühr für das Wirtschaftsergebnis – sie organisiert die Produktion selbst, sie alleine plant den Wirtschaftskurs. Natürlich gibt es Bereiche der Bürokratie, die ausschließlich mit für die allgemeine Herrschaft der Schicht notwendigen nicht-ökonomischen Funktionen beschäftigt sind [...] dies stellt eine enorme Vergeudung von Ressourcen dar [...]. Nichtsdestotrotz ist nicht zu bestreiten, daß die Bürokratie nicht einfach mit eiserner Faust Tribut fordert, sondern in der Produktion selbst bis hinunter auf die Betriebsebene eine Basis hat.«⁵¹

Parallel hierzu vertrat Harman, daß man die Dynamik der Sowjetgesellschaft nicht begreifen könne, wenn man die Bürokratie als Parasit auffasse. Denn wenn die Bürokratie nur von parasitären und damit konsumptiven Absichten bewegt sei, dann bleibe die fortwährende Bevorzugung des Sektors I (Produktion von Produktionsmitteln) gegenüber Sektor II (Produktion von Konsumgütern) unerklärlich.

»Sicher steckt etwas anderes als die »Konsumbedürfnisse der Bürokratie« hinter der forcierten Entwicklung der Ökonomie. Es waren offensichtlich nicht die Privilegien der Bürokratie, die den Bedarf an Hunderten von Millionen Tonnen Eisen und Stahl in den Dreißigern und Vierzigern bestimmten, noch waren es diese [Privilegien], die die Kollektivierung der Landwirtschaft und die annähernde Stagnation der Konsumgüterproduktion nach 1929 herbeiführten.«⁵²

Die Frage nach dem genauen Charakter des »nicht-kapitalistischen« Elements in der UdSSR war der dritte Punkt der Kritik. Die Theorie des degenerierten Arbeiterstaats besagt ja, daß die Sowjetgesellschaft nicht sozialistisch sei (das heißt: demokratisch geplant von assoziierten Produzenten), sondern eine nachkapitalistische Übergangsgesellschaft mit unvollständiger Planung, die dem Sozialismus vorangehe. Diese Auffassung bringe jedoch zwei Probleme mit sich. Erstens widerspreche sie dem Marxismus als solchem:

»Wir haben eine Gesellschaft, deren Ökonomie von einer Form von Planung reguliert wird, aber deren Produktionsverhältnisse keine Form von assoziierter Produktion oder Sozialismus darstellen. Dies ist nichts weniger als ein unmöglicher Widerspruch in marxistischen Begriffen.«⁵³

Zweitens führe diese Auffassung zu einem logischen Widerspruch. Sofern nämlich die Produktionssphäre tatsächlich nicht-sozialistisch sei, aber zugleich nicht-kapitalistisch, müsse sie also eine Bastardform sein. Jedoch:

»Wenn die Produktion eine Bastardform ist, dann hat er [Mandel] nicht die Elemente angegeben, die in der Produktion vorhanden sind. Des weiteren, wenn sie eine solche Bastardform ist, dann muß es einen Konflikt innerhalb der Produktion selbst zwischen

der Logik des Werts und der Logik der Planung geben. Wenn dieser Konflikt existiert, dann kann der Konflikt zwischen den Produktionsverhältnissen und den bürgerlichen Distributionsverhältnissen nicht der fundamentale Widerspruch sein. Wenn der Konflikt in der Produktion nicht besteht, dann muß Mandel sagen, daß die Produktionsverhältnisse sozialistisch sind. Er ist hier in einem unauflösbaren Widerspruch gefangen – und was schlimmer ist, in einem einfachen logischen Widerspruch.«⁵⁴

Schließlich wurde auch an dem Bestehen bürgerlicher Verteilungsnormen gezweifelt. Geld sei in der Sowjetunion nur eines der Mittel, womit Konsumenten an Gebrauchsgüter gelangen:

»Zunächst einmal erfolgt die Distribution, die sich nach Auffassung einiger Leute über das Wertgesetz vollzieht, in sehr hohem Maße auf direktem Wege. Wohnungen werden über den lokalen Betrieb oder den Stadtsowjet zugeteilt, wobei die Mieten so niedrig liegen, daß Unterschiede nicht ins Gewicht fallen. Die Wohnungsfrage liegt also effektiv, von bestimmten Ausnahmen abgesehen, außerhalb des Geltungsbereiches des Wertgesetzes. Was die Nahrungsmittel anbelangt, so gehören diejenigen zu den Glücklichen, die über Geld verfügen und es auch wirklich benutzen können. Für den Großteil der Bevölkerung, die außerhalb der großen Städte lebt, sind zwei Dinge wichtiger als Geld: Zeit (um sich in Schlangen anzustellen), und die richtigen Beziehungen, um Nahrungsmittel zu erhalten. [...] Zum zweiten: Da die staatlichen Fixpreise in keinem Verhältnis zu den Kosten stehen und im Falle vieler langlebiger Konsumgüter, selbst wenn es sie gibt, die Preise so hoch sind, daß die Mehrheit der Bevölkerung vom Kauf dieser Güter ausgeschlossen ist, hat Geld eine geringe Bedeutung. [...] Ferner entstehen die wirklichen Distributionsunterschiede zwischen den gesellschaftlichen Schichten auf direktem Wege und in natürlicher Form. [...] Anders ausgedrückt: Die Distribution bezieht sich auf die jeweilige gesellschaftliche Schicht und vollzieht sich auf direktem Wege durch staatliche Zuteilung oder direkten Kontakt.«⁵⁵

6.3 Theorien der neuen Produktionsweise

6.3.1 Theorien des bürokratischen Kollektivismus

6.3.1.1 Stojanović

Nach Djilas trat in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre ein weiterer Theoretiker der neuen Klassengesellschaft in Jugoslawien auf: Svetozar Stojanović (geb. 1931)⁵⁶, ein Philosoph, der als wichtiger Inspirator der kritischen Zeitschrift *Praxis international* bekannt geworden ist. Nach einigen Artikeln über die neue Klassengesellschaft⁵⁷ publizierte Stojanović 1969 sein Buch *Ismedju Ideala i Stvarnosti*⁵⁸, das zum großen Teil ethische Probleme des Sozialismus behandelt, aber auch einige Kapitel über die osteuropäischen Gesellschaften

enthält. Im Gegensatz zu denjenigen, die wie Kurof und Modzelewski der Meinung waren, daß die Etablierung der bürokratischen Herrschaft unvermeidlich sei, besteht Stojanović auf der Existenz von Entscheidungsmöglichkeiten in der Geschichte. Seiner Auffassung nach gibt es kein »eisernes Gesetz«, das besagt, daß Revolutionen degenerieren. Die Etablierung einer neuen herrschenden Klasse könne durch den hartnäckigen Kampf konsequenter revolutionärer Kräfte verhindert werden.⁵⁹ Stets gelte:

»Aus der Krise des Kapitalismus eröffnen sich zwei Möglichkeiten: Etatismus [d. h. neue Klassengesellschaft] und Sozialismus.«⁶⁰

Im Etatismus – eine Kategorie, die Stojanović zwar auf die Gesellschaften sowjetischen Typs, nicht aber auf Jugoslawien anwendet – ist der Staatsapparat der kollektive Eigentümer der Produktionsmittel (anders als Djilas differenziert Stojanović die Bürokratie nicht), der die Arbeiterklasse ausbeutet. Dies kann an sich nicht mehr als neue Auffassung gelten. Die Originalität von Stojanović besteht vor allem in einigen Erwägungen, die er bezüglich der »etatistischen Klasse« anstellt.

Erstens verweist Stojanović darauf, daß sich die »etatistische Klasse« in einem wesentlichen Aspekt von traditionellen herrschenden Klassen unterscheidet, weil ihre ökonomische Macht aus der politischen Macht entstehe, während bei der Bourgeoisie das Umgekehrte gelte. Diese These ist eine Vertiefung von Djilas' Feststellung, die herrschende »Klasse« sei historisch als politische Klasse entstanden.

Zweitens versucht Stojanović klarer als viele frühere »bürokratische Kollektivist« seine Entscheidung für den Begriff »Klasse« zur Definition der Elite zu begründen. Der Begriff »herrschende Kaste«, der zum Beispiel noch gelegentlich von Trotzki verwendet wurde, erscheint ihm als unrichtig, denn eine Kaste sei eine exklusive, sich durch Vererbung reproduzierende soziale Gruppe – und das gelte für die Sowjetbürokratie nicht. Auch der Begriff »gesellschaftliche Schicht« sei ungeeignet, da er eine ideologische Mystifikation sei. Der einzige Begriff, der geeignet sei, die Verhältnisse der Realität entsprechend zu beschreiben, sei der Begriff »Klasse«, denn dies basiere auf einer kategorialen Symmetrie: »etatistische Klasse – Arbeiterklasse«.⁶¹ Die Prämisse von Stojanović ist offensichtlich, daß eine unterdrückte Klasse nur von einer herrschenden Klasse unterdrückt werden könne. Um dieser Prämisse zu genügen, ist er sogar bereit, eine Gruppe als Klasse zu bezeichnen, die nach seiner eigenen Darstellung politisch und nicht ökonomisch bestimmt ist.

6.3.1.2 Kritische Rizzi-Anhänger

Nach der Wiederentdeckung von Bruno Rizzi⁶² und der Veröffentlichung der Studien von Djilas und Kuroń/Modzelewski war es naheliegend, daß jedenfalls der auf die Sowjetunion bezogene Teil von Rizzis *La bureaucratisation du monde* wieder aufgelegt werden würde. Dies geschah 1967 in Form einer italienischen Übersetzung.⁶³ Ungefähr von derselben Zeit an entwickelten die Italiener Antonio Carlo (geb. 1941) und Umberto Melotti (geb. 1940) Theorien, die sich Rizzis Gedankengang kritisch anschlossen.

6.3.1.2.1 Carlo

Der Soziologe Carlo ist im Gegensatz zu Rizzi nicht der Meinung, daß die Bürokratie einen homogenen und monolithischen Block bilde. Ebenso wenig sieht er im bürokratischen Kollektivismus eine universelle historische Tendenz. In seiner Abhandlung *La natura socio-economica dell'URSS* (1971) schließt Carlo, übrigens ohne das sonderlich klar anzugeben, an Kuroń und Modzelewski an. Ebenso wie diese sieht er einen Zusammenhang zwischen dem Industrialisierungsprozeß unter Umgehung des kapitalistischen Weltmarkts und der Entstehung einer »herrschenden Klasse«. Im Mittelpunkt steht dabei der Gedanke, daß ein bürokratischer Kollektivismus nur in Ländern entstehen könne, wo die Produktivkräfte erst ein recht geringes Niveau erreicht haben. Zwar könne das System auch in höher entwickelten Ländern aufkommen (wie in der DDR und der Tschechoslowakei nach dem Zweiten Weltkrieg), dies aber führe binnen kurzer Zeit unvermeidlich zu ernststen Krisen. Denn nur in einem unterentwickelten Land sei bürokratische Planung effektiv möglich. Sobald die Produktivkräfte sich höher entwickelten und ein Niveau erreichten, das mit dem heutigen entwickelten Kapitalismus vergleichbar ist, sei bürokratische Planung nicht mehr effektiv. In der Sowjetunion ist das Carlo zufolge deutlich geworden. In der Anfangsperiode der bürokratischen Planung (der erste Fünfjahresplan) sei die Anzahl von Faktoren, die berücksichtigt werden mußten, noch recht klein gewesen. Aber schon beim zweiten Fünfjahresplan hätten die Planer Schwierigkeiten bekommen, weil der durch den ersten Fünfjahresplan realisierte Aufschwung der Produktivkräfte zu einer enormen Ausdehnung zu berücksichtigender Bedingungen geführt habe.

»Die ökonomische Struktur eines armen Landes mit überwiegend agrarischer Produktion kann gewiß nicht mit der eines industriell entwickelten Landes verglichen werden. Auch wenn man die ökonomische Struktur auf eine recht beschränkte Reihe von Produkten beziehen will, führt die Ausdehnung der Produktion als solche doch im Bereich von Transport, Wartung, Lagerung, Verteilung zu einer Serie von Problemen

des Anschlusses, der Artikulation und der ›Komplexifikation‹ der vorangegangenen Entscheidungen.«⁶⁴

In dem Maße, in dem weitere Planziele realisiert werden, wird die gesamte Struktur der Ökonomie komplizierter.

»An diesem Punkt wird deutlich, daß der Planer es mit einer Reihe enormer Probleme der Kalkulation und der ökonomischen Vorausschau, die im heutigen Entwicklungsstadium der Produktivkräfte der UdSSR auch nicht mit elektronischen ›Computern‹ gelöst werden können, zu tun bekommt.«⁶⁵

Carlos zentrale These ist, daß gesellschaftliche Komplexität und bürokratische Plankalkulation unvereinbar sind. Selbst wenn die UdSSR über Millionen hochentwickelter Computer verfügen würde (was nicht der Fall ist), so daß jede Tätigkeit jedes einzelnen Arbeiters geplant werden könnte, wäre die Ausführung eines so extrem detaillierten Plans praktisch unmöglich.

»Es ist daher deutlich, daß, sofern ein solcher Mechanismus bisher unbekannter Komplexität zustandekommt, er unbedingt funktionieren muß, da man ein so kompliziertes mathematisches Modell nicht jeden Tag wieder diskutieren und anpassen kann. Deshalb die Notwendigkeit, die Kontrolle, den Umfang und die Kraft des bürokratischen Apparats, der dem Arbeiter in jedem Moment seines Lebens folgen muß, auszudehnen; das impliziert naturgemäß eine Vermehrung der unproduktiven Kosten, das heißt der Vergeudung. Der wichtigste Fehler, den man mit der Hilfe von ›Computern‹ ausschalten will, kehrt auf einem anderen Weg wieder zurück.«⁶⁶

In einem bestimmten Moment wird der Plan also unvermeidlich ein Hindernis der Entwicklung der Produktivkräfte. Sobald das System an diesem Punkt angelangt ist, bleiben theoretisch noch zwei Möglichkeiten: entweder die Rückkehr zu einer auf den Markt orientierten Produktion – welche die Kalkulationsprobleme »automatisch« lösen würde – oder eine wirklich sozialistische ökonomische Planung.

Die Krise der bürokratischen Planung ist die wichtigste Erscheinungsform des Gegensatzes zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen im bürokratischen Kollektivismus. Andere Erscheinungsformen sind die Disproportionalität der Sektoren I und II (wie schon von Kuroŕ/Modzelewski und anderen aufgezeigt) und die geringe Arbeitsproduktivität sowie die qualitativ schlechten Produkte, da die Arbeiter in der Sowjetunion kein direktes Interesse an der Herstellung hochwertiger Güter haben.

»Der Sowjetarbeiter merkt nämlich, daß die Fabrik nicht ›seine eigene‹ Angelegenheit ist, daß die Planziele nicht die seinen sind, so daß seine Haltung von völliger Gleichgültigkeit ist. [...] Objektiv gesehen verbindet sich diese Verweigerung der Arbeiter mit dem desintegrierenden Auftreten der ›Manager‹; so sind die Sowjettraktoren von sehr schlechter Qualität, weil der Plan die Zielsetzung in Begriffen von Gewicht festlegt und

die ›Manager‹ von sehr schweren Konstruktionen profitieren, aber auch weil das Proletariat in diesem System keinerlei Interesse an der Produktion von Gütern guter Qualität zugunsten des Glücks von Bürokraten hat. [...] Der Arbeiter weiß sehr gut, daß er angesichts des Mangels an Arbeitskräften in einem System, wo es keine ›Reservearmee‹ gibt, nicht entlassen werden kann. Wenn man also dem Arbeiter keine Macht zugesteht, keine Freiheit und kein akzeptables Lebensniveau, dann reagiert er mit einem äußerst trägen Arbeitsrhythmus und einer sehr geringen Arbeitsqualität.«⁶⁷

Ebenso wie unter anderen Stojanović meint Carlo, daß Länder, die sich außerhalb kapitalistischer Verhältnisse industrialisieren wollen, eine historische Entscheidungsmöglichkeit haben: Sozialismus oder bürokratischer Kollektivismus. Insbesondere die Entwicklung in der chinesischen Volksrepublik hat seiner Auffassung nach deutlich gemacht, daß der bürokratische Kollektivismus nicht der einzige Ausweg für nicht-industrialisierte Länder ist.

Die Voraussetzung für das Entstehen einer bürokratisch-kollektivistischen Struktur sei primär, daß der bürokratische Apparat in der Lage sei, sich gegenüber allen gesellschaftlichen Klassen zu verselbständigen. Am Beispiel der Sowjetunion sei ersichtlich, wie dies vor sich gehe. Nachdem die sozialistische Revolution von 1917 stagnierte (Bürgerkrieg usw.), habe einerseits die nationale Bourgeoisie zu wenig Kraft gehabt, um ihre Herrschaft wiederherzustellen, und die ausgebeuteten Klassen seien andererseits noch nicht stark genug gewesen, eine sozialistische Entwicklung zu gestalten. (Auch in Ägypten ist es Carlo zufolge zu einem solchen Prozeß bürokratischer Verselbständigung gekommen.)⁶⁸

Die Möglichkeit, daß sich der bürokratische Kollektivismus in vielen Ländern etablieren werde, ist nach Carlos Auffassung gering. Erstens sei der Imperialismus immer weniger geneigt, es soweit kommen zu lassen, und zweitens würden die revolutionären Bewegungen in der Dritten Welt immer kräftiger und bewußter, so daß es auch an Gegenkräften von unten nicht mangle. Carlo behauptet hier also eigentlich – obwohl er es nicht ausdrücklich sagt –, daß der bürokratische Kollektivismus nur in Perioden national und international gering entwickelten Klassenkampfes eine Chance habe. (Die Ähnlichkeit mit Trotzki's Auffassung von der bürokratischen Macht als historisch kurzlebiger Übergangserscheinung ist in dieser Hinsicht bemerkenswert.)

6.3.1.2.2 Melottis Kritik an Carlo

Der Politologe Umberto Melotti teilt Carlos Analyse des bürokratischen Kollektivismus. Nur bezüglich der Entstehungsbedingungen ist er anderer Meinung. Melotti kritisiert die von Carlo vorgenommene Unterscheidung von entwickelten und unterentwickelten, reichen und armen Ländern als unmarxi-

stisch, da sie nicht auf die herrschende Produktionsweise bezogen werde. Als alternative Hypothese schlägt Melotti vor:

»In Wirklichkeit etabliert sich der bürokratische Kollektivismus – wie die Geschichte lehrt – nicht in Entwicklungsländern als solchen [...], sondern in Ländern, die bereits auf der asiatischen Produktionsweise basieren.«⁶⁹

Damit ist allerdings nicht gesagt, daß »asiatische« Länder sich nur noch in die Richtung des bürokratischen Kollektivismus entwickeln können. Der indische Fall zeigt, daß auch ein Übergang zu einem (unterentwickelten) Kapitalismus möglich ist.

»Zur Präzisierung unserer Begründung würden wir deshalb sagen können, daß der Übergang zum bürokratischen Kollektivismus die typische Entwicklung der Länder ist, die auf der asiatischen oder halb-asiatischen (!) Produktionsweise basieren und keinen längeren und tieferen äußeren Einfluß der kapitalistischen Produktionsweise gekannt haben.«⁷⁰

Carlo widersprach dieser Kritik, indem er behauptete, daß Rußland 1917 kapitalistisch gewesen sei und die Obschtschina des neunzehnten Jahrhunderts nicht überlebt habe, während in China um 1925-1927 die »asiatischen« Verhältnisse nur noch ein »Residuum« gewesen seien und das Land schon in die imperialistische Konkurrenz einbezogen gewesen sei.⁷¹

6.3.1.3 Fantham/Machover

In den siebziger Jahren entstand zuerst in Liverpool und danach auch in anderen britischen Städten eine kleine politische Gruppe namens »Big Flame«, die von italienischen, zum Spontaneismus neigenden Organisationen wie »Lotta Continua« inspiriert worden war.⁷² »Big Flame« distanzierte sich nachdrücklich vom Trotzismus⁷³ und begann gegen Ende der siebziger Jahre eine eigene Analyse der Sowjetunion zu entwickeln.

Der wichtige Beitrag zu dieser Debatte war die Broschüre *The Century of the Unexpected* des Mathematikers Moshe Machover (geb. 1936), eines bekannten linkssozialistischen Publizisten, und seines Mitkämpfers John Fantham.⁷⁴ In diesem Werk stellen die Autoren Gedanken vor, die eine Verwandtschaft mit den Schriften Carlos und Melottis aufweisen. Ihr Ausgangspunkt ist die Auffassung, daß sich das bürokratische Regime – von ihnen als »Staatskollektivismus« bezeichnet – nicht über die ganze Welt verbreitet habe, sondern auf einen bestimmten Teil der Welt beschränkt geblieben sei:

»Während im unterentwickelten Teil der Welt in einem Land nach dem anderen der Staatskollektivismus dominiert, ist die entwickelte kapitalistische Welt demgegenüber

praktisch immun geblieben. [...] Die Geschichte deutet darauf hin, daß Stalins Rußland tatsächlich eine neue Form der Gesellschaft repräsentiert, die sich aber nur im unterentwickelten Teil der Welt verbreitet.«⁷⁵

Von dieser Auffassung ausgehend gelangen sie zu der Annahme, daß der Staatskapitalismus in den Gebieten auftritt, in denen eine »normale« kapitalistische Entwicklung ausgeschlossen ist und auch die sozialistische Weltrevolution (welche die Probleme dieser Länder durch Planung und internationale Zusammenarbeit lösen könnte) nicht auf der Tagesordnung steht. Der Staatskollektivismus ist eine Produktionsweise, die *parallel* zum Kapitalismus besteht und deren Aufgabe es ist, die Produktivkräfte in den Ländern zu entwickeln, wo der Kapitalismus dazu nicht mehr in der Lage ist.⁷⁶

Ebenso wie Kuroń und Modzelewski begreifen Fantham und Machover die Akkumulation von Produktionsmitteln in Gebrauchswertform als »Motor« des Staatskollektivismus. Sie gehen jedoch einen Schritt weiter als die polnischen Autoren, weil sie ebenfalls zu erklären versuchen, warum es einen direkten Zusammenhang zwischen der Entwicklung des Sektors I (Produktionsmittel) und dem Eigeninteresse der Bürokratie gibt. Nach Fantham und Machover gibt es drei Gründe, weshalb die Bürokratie die Produktion von Produktionsmitteln für wesentlich hält:

1. Die Industrialisierung als solche rechtfertigt das System und die führende Rolle der Bürokratie in diesem System.
2. Bei dem Versuch, die eigene Macht zu reproduzieren, benutzt die Bürokratie ihr zentrales Machtinstrument, nämlich den Teil des gesellschaftlichen Produkts, der dem Akkumulationsfonds zugeschlagen wird. Je größer der Akkumulationsfonds, desto mächtiger und erfolgreicher ist die Bürokratie.
3. Der Druck, der von der kapitalistischen Umwelt ausgeht, nötigt zur forcierten Erweiterung des militärischen Teils des Staatsapparates und damit auch zur Expansion der industriellen Produktionsmittel.⁷⁷

Auch Fantham und Machover sehen, ebenso wie Carlo, Grenzen der bürokratischen »Planung«, da diese nicht in der Lage sei, eine komplexe industrielle Gesellschaft zu lenken.⁷⁸

Interessant ist die Begründung Fanthams und Machovers für ihren Gebrauch des Begriffs »Klasse« zur Definition der Bürokratie. Neben der kategorialen Symmetrie, die schon Stojanović zur Begründung anführte (»Klassen existieren nur in Beziehungen zueinander«), nennen sie den Umstand, daß die Elite stabil sei und sich selbst reproduziere. Weiter meinen sie, daß man den Begriff »Klasse« weit fassen müsse:

»Klasse ist keine überhistorische Kategorie. Es ist nicht nur so, daß jede Produktionsweise ihre eigenen für sie spezifischen Klassen hat. Auch das Konzept, [das beschreibt] was eine Klasse überhaupt ausmacht, unterscheidet zwischen Produktionsweisen. Mit anderen Worten: Nicht nur die Klassen selbst, sondern auch der Klassenbegriff an sich sind verschieden in verschiedenen Produktionsweisen. Folglich kann die Bürokratie,

während sie keine Klasse in dem Sinn sein mag, in dem wir diesen Begriff für den Kapitalismus verwenden, dennoch eine Klasse in einem dem Staatskollektivismus angemessenen Sinn sein.«⁷⁹

6.3.1.4 Sweezy

Paul Sweezy (geb. 1910), der amerikanische Marxist,⁸⁰ hatte, wie wir bereits sahen, in den sechziger Jahre die chinesische Kritik an der Sowjetunion mit Sympathie aufgenommen. Verglichen mit zum Beispiel Bettelheim verhielt sich Sweezy jedoch reservierter.⁸¹ Als die chinesische Parteiführung 1963 behauptete, in Jugoslawien sei über eine friedliche Konterrevolution der Sozialismus durch den Kapitalismus ersetzt worden, war Sweezy mit dieser Einschätzung nicht einverstanden (Jugoslawien war in seinen Augen immer noch sozialistisch),⁸² aber er teilte *im Prinzip* die Auffassung, daß »eine Umkehr [vom Sozialismus zum Kapitalismus] ohne gewaltsame Konterrevolution oder fremde Invasion stattfinden kann«⁸³.

1968 – nach der Invasion in die Tschechoslowakei – versuchte Sweezy aufzuzeigen, daß sich sowohl Jugoslawien und die Tschechoslowakei Dubčéks als auch die Sowjetunion und ihre Bundesgenossen, wenn auch in unterschiedlichem Tempo, zum Kapitalismus zurückentwickelten.⁸⁴

1970 schrieb Sweezy, die Keime der Konterrevolution seien Anfang der zwanziger Jahre entstanden, als die Arbeiterklasse durch Bürgerkrieg und ausländische Invasionen größtenteils vernichtet war. Die bolschewistische Partei habe damals ihre organische Klassenbasis verloren und stellvertretend für die Arbeiterklasse weiterarbeiten müssen:

»Die Partei etablierte eine Diktatur, die heroische Leistungen der Industrialisierung und der Vorbereitung auf den unvermeidlichen Angriff der imperialistischen Mächte vollbrachte, aber der Preis war die Ausbreitung einer politischen und ökonomischen Bürokratie, welche die neue sowjetische Arbeiterklasse eher unterdrückte als repräsentierte und die sich allmählich selbst als eine neue herrschende Klasse festsetzte.«⁸⁵

Über den Charakter dieser herrschenden Klasse äußerte Sweezy sich jedoch nicht. In mehreren Beiträgen machte er deutlich, daß er die Theorie des Staatskapitalismus ablehnt.⁸⁶ 1976 schrieb er:

»Ich dachte, ich hätte mit einiger Sorgfalt klargemacht, daß ich Bettelheims bequeme Identifikation der UdSSR als »kapitalistisch« nicht akzeptieren kann, da ich es im gegenwärtigen Stadium unseres Wissens bevorzuge, die Frage nach der genauen Natur der ausbeuterischen Klassengesellschaft, die sich in der UdSSR entwickelt hat, offen zu lassen.«⁸⁷

Diese agnostische Klassentheorie – die sich mit der Formel »eine herrschende Klasse [...] eines neuen Typs«⁸⁸ begnügte – wich später einer etwas weiter

ausgearbeiteten Konzeption. Dieser Auffassung zufolge war die Sowjetunion eine Gesellschaft ohne ökonomische Bewegungsgesetze, wie es sie im Kapitalismus gibt:

»daraus folgt, daß es der herrschenden Klasse an einem Strukturrahmen mangelt, innerhalb dessen sie ihre selbstauferlegte Verantwortung, das gesamte gesellschaftliche Kapital zu verwalten, tragen kann. Sie muß ihre eigenen Ziele hervorbringen, da sie nicht einfach solche [Ziele] einer zugrundeliegenden autonom funktionierenden Ökonomie in sich aufnehmen und von ihnen geführt werden kann.«⁸⁹

Das einzige Motiv, von dem die Bürokratie getrieben werde, sei der Erhalt und die Verstärkung ihrer privilegierten Klassenposition. Dafür müsse sie 1. das Verhältnis Kapital-Arbeit, d.h. das Ausbeutungsverhältnis, aufrechterhalten, was sowohl Unterdrückung bedeute wie Versuche, den Lebensstandard allmählich anzuheben; 2. der andauernden Bedrohung durch die Umzingelung durch den Kapitalismus widerstehen, was zu forcierter Akkumulation, opportunistischer Diplomatie (Deutsch-Sowjetischer Nichtangriffsvertrag zum Beispiel) usw. führe. Diese beiden Zwänge stünden miteinander im Widerstreit, denn hohe Akkumulationsraten, die für die »friedliche Koexistenz« notwendig seien, untergrüben die Politik, die erforderlich sei, das Verhältnis Kapital-Arbeit aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig werde hieraus deutlich, daß in der Sowjetgesellschaft nicht der inwendige Drang zum Expansionismus bestehe, der für den Kapitalismus so charakteristisch sei.⁹⁰

6.3.2 Theorien einer neuen Produktionsweise ohne (konsolidierte) herrschende Klasse

In dem Maße, in dem die Mängel der drei traditionellen Betrachtungsweisen (Staatskapitalismus, degenerierter Arbeiterstaat, bürokratischer Kollektivismus) deutlicher hervortraten, nahm bei den kritischen Marxisten das Bedürfnis nach einer neuen Sichtweise zu. Die Ansätze aus der Vergangenheit waren fast vergessen; die Suchenden standen also theoretisch gleichsam mit leeren Händen da. Da das unilineare Schema inzwischen allenthalben zur Diskussion gestellt wurde,⁹¹ wähten viele sich frei, über die Existenz von »Seitenwegen« und unvorhergesehenen Gesellschaftsformationen zu spekulieren. Zugleich konnte man sich, zumindest tendenziell, von der engen Interpretation des historischen Materialismus lösen, derzufolge die Dynamik des historischen Prozesses »in letzter Instanz« von der Entwicklung der Produktivkräfte bestimmt wird.

6.3.2.1 Pioniere: Arthur, Naville, Altvater/Neusüss

Die ersten Versuche um 1970, eine neue Betrachtungsweise zu entwickeln, waren noch unsicher und recht vage. Frühe Ansätze zu einer neuen Konzeptualisierung stammten von dem jungen britischen Philosophen Chris Arthur, dem bejahrten französischen Soziologen Pierre Naville und den westdeutschen Ökonomen Elmar Altvater und Christel Neusüss.

Arthur (geb. 1940) blieb dabei der trotzkistischen Auffassung verhältnismäßig nahe. Seiner Meinung nach war in einer nationalisierten Ökonomie die strenge Trennung zwischen einer politischen und einer ökonomischen Ebene nicht mehr möglich, die bürokratische Elite besitze daher nicht nur politische Macht (wie Trotzki behauptete), sondern auch ökonomische. Die Bürokratie organisiere sowohl die Produktion wie die Distribution und sie tue dies als eine unabhängige Macht, die nur sich selbst diene. Ob die Bürokratie dann vielleicht auch selbst als Klasse aufgefaßt werden müsse, ist für Arthur eine schwer zu beantwortende Frage, weiß er doch nicht, »wie eine Klasse definiert ist«⁹². Er äußert sich dazu nicht, sondern gibt eine Beschreibung der historisch-gesellschaftlichen Position der Bürokratie:

»Die Bürokratie (insbesondere, wenn sie in der Gesellschaft einmal an der Macht ist) ist eine soziale Schicht, die sich auf der Basis funktionaler Differenzierung in den Arbeiterorganisationen und nachrevolutionären Institutionen entwickelt hat; eine Schicht, die bald ihre eigenen Interessen entwickelt und zu einer konservativen Macht wird, die eine weitere revolutionäre Entwicklung abwürgt. Der Unterschied zwischen dem Proletariat und der Bürokratie ist jedoch, eben wegen seiner Entstehung im Prozeß der proletarischen Revolution selbst, weniger klar und variabler als der scharfe Unterschied zwischen kapitalistischen Eigentümern und dem Proletariat. Das bedeutet, daß der »Raum« zwischen Kapitalismus und reinem Sozialismus von einer fast unendlichen Vielfalt von Übergangsformen gefüllt werden kann, deren Einschätzung sich auf mehr als eine Dimension beziehen muß: Einkommensungleichheiten, Machtverteilung, sogar ideologische Kriterien, die bei der Bestimmung der Richtungsänderung hilfreich sein können, usw.«⁹³

Aus dieser Charakterisierung wird bereits deutlich, daß Arthur die Sowjetgesellschaft als nachkapitalistisch auffaßt und sie daher dem Sozialismus näher als dem Kapitalismus sieht.⁹⁴

Pierre Naville (geb. 1904)⁹⁵ äußert sich beträchtlich weniger positiv über die Sowjetgesellschaft. In seinem Buch *Le salaire socialiste*, das in bestimmten Aspekten an Laurat erinnert, macht er deutlich, daß es nicht um eine nachkapitalistische Gesellschaft gehe, sondern um eine kapitalistische Formation in Form eines Staatssozialismus. Faktisch laufe es darauf hinaus, daß die Arbeiterklasse *sich selbst* ausbeute.

»Tatsächlich ist der Staatssozialismus eine Art Gruppierung von Kooperativen, die gemäß einer Reihe vom Kapitalismus ererbter Gesetze funktioniert und von der Büro-

kratie gewaltsam zentral koordiniert wird. Die Arbeiter sind in gewissem Sinne ›ihr eigener Kapitalist‹ und beuten ›ihre eigene Arbeit‹ aus. Sie reproduzieren so den Typus von Ungleichheit, der für die vom Wertgesetz dominierten Verhältnisse charakteristisch ist, obwohl es keine Privateigentümer zur Sicherung dieser Reproduktion mehr gibt.«⁹⁶

Dies ist es, was Naville »die gegenseitige Ausbeutung« nennt, wobei die Arbeiter ihre Arbeitskraft der eigenen Klasse verkaufen. Wegen der »Warenfunktion der Arbeitskapazität«⁹⁷ bleibt das System kapitalistisch, obwohl es keine Kapitalistenklasse mehr gibt. Naville befindet sich mit dieser These, schrieb Mandel, »auf halbem Wege zwischen der trotzkistischen Theorie und der Theorie des ›Staatskapitalismus‹«⁹⁸.

Unter dem Eindruck der Ereignisse in der Tschechoslowakei 1968 publizierten Elmar Altvater (geb. 1938) und Christel Neusüss (1937-1987) im darauffolgenden Jahr im Organ des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) *Neue Kritik* eine Analyse, mit der sie bezweckten, »die Widersprüche in sozialistischen Gesellschaften, wie sie sich bis zur militärischen Intervention zugespitzt haben, zu erfassen«⁹⁹. Auf Grund des Anlasses ihres Beitrags verwendeten sie für die Fundierung ihrer Erörterung vor allem die tschechoslowakische Gesellschaft betreffende Daten. Die Absicht, die sie mit ihrem Essay verfolgten, war indes umfassender. Die Tschechoslowakei sei, behaupteten sie, »exemplarisch« für den gesamten Ostblock.

Altvater und Neusüss interpretieren die Ostblockländer als »Übergangsgesellschaften«, in denen die Bürokratie gesellschaftlich völlig verselbständigt und keiner Klasse rechenschaftspflichtig sei. Die Bürokratie sei daher in der Lage, selbst, nach eigenem Gutdünken, den ökonomischen Prozeß zu dirigieren. Diese dominante Elite habe es jedoch nicht verstanden, die gesellschaftliche Legitimität zu erwerben, die »gewöhnliche herrschende Klassen« haben. Dies mache ihre Machtbasis unsicher; die Bürokratie fühle sich fortwährend genötigt, ihre Existenz und Machtentfaltung durch die forcierte Entwicklung der Produktivkräfte zu rechtfertigen:

»[...] Bürokratien im Sozialismus [sind] mehr als im Kapitalismus gezwungen, ihre gesellschaftliche Effizienz zu betonen: Ihre Erfolgsmeldungen beziehen sich auf hohe wirtschaftliche Wachstumsraten, schnelle Industrialisierung, Bildungsmöglichkeiten für alle Bevölkerungsschichten, Erfolge auf wissenschaftlich-technischem Gebiet usw. Die Gleichsetzung ökonomischer Effizienz mit dem Aufbau des Sozialismus, d.h. die Integration des revolutionären Ziels, für das die Massen den Kapitalismus gestürzt haben, ins bürokratisch verkürzte Effizienz kalkül, stellt den Versuch der Bürokratie dar, sich der aus ihrem revolutionären Ursprung ergebenden Gefährdung zu entziehen.«¹⁰⁰

Ökonomische Effizienz bedeutet: hohe ökonomische Wachstumsraten. Hohe ökonomische Wachstumsraten können aber nur durch die Entwicklung der Abteilung der Wirtschaft, die die Produktionsmittel herstellt, realisiert werden:

»Die wirtschaftliche Wachstumsrate ist abhängig von der Kapitalproduktivität der investierten Fonds, bzw. der Rückflußfrist der Investitionen. Sie ist umso höher, je geringer die Rückflußfrist; aber die Rückflußfrist bzw. der Kapitalkoeffizient (der lediglich Ausdruck für die Rückflußfrist ohne Zeitdimension ist) ist abhängig von der Struktur aller produktiven Fonds einer Volkswirtschaft. Daraus läßt sich ableiten, daß die Produktivität eines Einzelprojekts nicht ohne Rückgriff auf die Komplementärprojekte kalkuliert werden kann. Wenn Komplementarität der Produktionsstruktur nicht bereits aufgrund hohen Industrialisierungsgrades existiert, dann muß der Komplementaritätszusammenhang erst hergestellt werden. Das aber erfordert Entwicklung der Produktionsmittel erzeugenden Industrien.«¹⁰¹

So folgt der forcierte Ausbau der Schwerindustrie logisch aus der gesellschaftlichen Position der herrschenden Bürokratie.

In dem Maße, in dem nun die Industrialisierung fortschreitet, wird die Bürokratie jedoch selbst zu einem Hindernis für das weitere Wirtschaftswachstum. In den Übergangsgesellschaften sind es vor allem zwei spezifische Faktoren, die in diesem Zusammenhang negativ wirken:

1. Das Anwachsen der Produktivkräfte führt in einem System der zentralen Planung dazu, daß die bürokratisch verordneten Planziele unrealistischer werden. Zentralistische Planung ohne Produzentendemokratie (Arbeiterselbstverwaltung) impliziert die Festlegung eines Plansolls, das die Selbständigkeit der Betriebe weitgehend einschränkt. Aus der zunehmenden Ausdehnung und Komplexität der ökonomischen Struktur entsteht dabei ein abnehmender Realitätsgehalt der zentral festgelegten Planziffern; ökonomische Ressourcen werden demzufolge immer häufiger verkehrt eingesetzt, was wiederum den Wachstumsprozeß hemmt.¹⁰²
2. Die Vergeudung von Ressourcen nimmt zu. Versuche, die Vergeudung durch immer mehr Daten und Detailanordnungen aufzuhalten, bewirken das Gegenteil; die Kontrolle wird hierdurch schließlich nur noch erschwert, weil das System noch komplizierter wird.¹⁰³

Beide Tendenzen brächten die Bürokratie in Schwierigkeiten, da sie ihrem immanenten Legitimationskriterium, hoher Effizienz, nicht mehr genügen könne. Werde eine solche Situation offensichtlich widersprüchlich, dann werde die Bürokratie versuchen, sich zu reformieren. Dies sei der Hintergrund der Strukturanpassungen, die im Lauf der sechziger Jahre in einer Reihe osteuropäischer Länder durchgeführt wurden. Diese Reformen würden binnen kurzer Zeit scheitern, da die bürokratische Herrschaft bestehen bleibe. Versuche die Bürokratie, die ökonomischen Probleme dadurch zu lösen, daß sie den Werktätigen mehr Teilnahmemöglichkeiten einräumt (ein Zugeständnis in Richtung einer Produzentendemokratie), dann »können Konflikte entstehen, wie sie in der CSSR offenbar geworden sind«¹⁰⁴.

6.3.2.2 Die Debatte in *links*

Arthur (Großbritannien), Naville (Frankreich) und Altvater/Neusüss (Westdeutschland) entwickelten ihre Gedanken innerhalb der eigenen Landesgrenzen und ohne jede Verbindung zueinander. Dieses Nebeneinanderherarbeiten nahm zwar in den folgenden Jahren ab, wurde jedoch nicht völlig überwunden. Für die Bundesrepublik erfüllte die in den Jahren 1973-1977 in der Zeitschrift *links* geführte Debatte eine wesentliche Rolle beim Ingangbringen des Denkprozesses über die Sowjetunion.

Die Diskussion wurde mit einer Artikelserie von Johann Eggert aufgenommen. Eggert sprach von einem neuen Gesellschaftstyp, dessen Bewegungsgesetze noch fast unbekannt seien. Er schlug vor, die Gesellschaftsform als »etatistisch« zu bezeichnen, und meinte, daß das Wesen dieser Gesellschaft nicht mehr mit dem traditionellen Eigentumskriterium begriffen werden könne:

»Hält man das Eigentum an den Produktionsmitteln für das entscheidende Klassenkriterium, so ist die Sowjetgesellschaft heute schon eine klassenlose Gesellschaft, da das Privat- bzw. Genossenschaftseigentum der Kolchosbauern nicht der Kapitalakkumulation dient und die gesamte Bevölkerung de facto aus Lohnarbeitern besteht. Hält man jedoch die Verfügungsgewalt für den Kern der marxistischen Theorie, dann ist die Sowjetgesellschaft eine von Interessenwidersprüchen geprägte, eine antagonistische Gesellschaft.«

Eggert zufolge besteht ein fundamentaler Widerspruch zwischen dem juristischen Eigentum und den realen Interessen der führenden Elite. Der Widerspruch zwischen der Mehrheit der Bevölkerung und der Elite ist jedoch – da er nicht primär in Eigentumsverhältnissen gründet – kein traditioneller Klassenwiderspruch, sondern eine andere Form des gesellschaftlichen Antagonismus. Deshalb bezeichnet Eggert die Elite mit Begriffen wie »Quasi-Klasse«, »Klassensektion« und »soziale Hauptgruppe«. Die Macht dieser herrschenden »Quasi-Klasse« entstehe aus der Trennung zwischen Kopf- und Handarbeit, die bisher die Ursache der Bürokratisierung aller Arbeiterorganisationen und Arbeiterstaaten gewesen sei.¹⁰⁵

Auf Eggerts Artikelserie folgten viele Debattenbeiträge. Es würde zu weit führen, diese hier alle vorzustellen, da sie sehr unterschiedlich waren und die Diskussion oft nicht sonderlich voranbrachten. Es gab AutorInnen, die Eggert von einem eindeutig apologetischen Standpunkt¹⁰⁶ aus kritisierten, und andere, die, wenn auch weniger deutlich apologetisch, stärker als Eggert die deformierenden Einflüsse des Kapitalismus hervorhoben und davon ausgehend die Sowjetunion weiterhin als eine »Übergangsgesellschaft« bezeichneten.¹⁰⁷

Einen vorantreibenden Beitrag lieferte der Politologe Hansgeorg Conert

(geb. 1933), der auf die Widersprüche innerhalb der Sowjetunion relativ konkret einging. Von der marxistischen These ausgehend, daß innerhalb jeder Produktionsweise die Produktivkräfte in einem bestimmten Moment in Widerspruch zu den Produktionsverhältnissen geraten, versuchte Conert deutlich zu machen, daß die Bedingungen für eine Änderung der Produktionsverhältnisse in der UdSSR schnell reifen. Als Widersprüche, die aus der Spannung zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen entstünden, benannte er unter anderem das Unvermögen, »den Aufwand an vergegenständlichter und lebendiger Arbeit einzel- und gesamtwirtschaftlich zu ökonomisieren.« Weiter nannte er die daraus entstehende Schwierigkeit, die Gebrauchswert-Eigenschaften der industriellen Produkte zu verbessern, und den Widerspruch zwischen der zunehmenden Vergesellschaftung des Produktionsprozesses einerseits und der geringen Vergesellschaftung des Entscheidungsprozesses andererseits. Die fundamentale Dysfunktionalität der modernen Sowjetunion kommt für Conert insbesondere in zwei Aspekten zum Ausdruck: Ineffizienz und undemokratische Verwaltungsstrukturen (zwei Aspekte, die miteinander zusammenhängen).¹⁰⁸

Etwa zweieinhalb Jahre später wurde anlässlich der Ausbürgerung Wolf Biermanns aus der DDR die Debatte mit einem sehr kontroversen Beitrag von Manfred Scharrer¹⁰⁹ erneut aufgenommen. Es wurde nun zum Teil nuancierter argumentiert als in der ersten Runde. Ursula Schmiederer, die vier Jahre zuvor den kapitalistischen Einflüssen bei der Analyse des »real existierenden Sozialismus« noch viel Gewicht beigemessen hatte, äußerte nun bemerkenswert kritischer:

»Wir lassen uns immer noch blockieren von einer Tradition – der Dritten Internationale – die sagt, man dürfe die widrigen Umstände der russischen Revolution nicht vergessen; die Kapitalisten seien an allem Schuld; es brauche Zeit, Land und Leute zu verändern; diese Gesellschaft baue den Sozialismus auf.«

Völlig konsequent sprach Schmiederer jetzt auch nicht mehr von einer Übergangsgesellschaft, sondern von einer selbständigen Formation. In ihr entstehe der Zusammenhang (die Synthesis) weder – wie im Kapitalismus – durch ökonomische Gesetze, die von den Produzenten unerkannt wirken, noch über direkte sozialistische Vergesellschaftung. »Die Produzenten sind Objekt des gesellschaftlichen Prozesses. Damit gibt es auch Herrschaft.«¹¹⁰

Ebenso wie Schmiederer versuchte Conert die Sowjetgesellschaft als selbstständige Formation darzustellen. Er verwies auf das Bestehen ungelöster methodologischer Probleme, die daraus entstünden, daß die Kategorien, die für das Studium der bürgerlichen Gesellschaft verwendet werden, nicht ausreichten. Er plädierte daher dafür, erst die gesellschaftliche Wirklichkeit empirisch zu ergründen und dem überhasteten Etikettieren ein Ende zu machen.¹¹¹

Zwei Beiträge bezogen sich auf die die Debatte eröffnenden Essays von Eggert, in denen er die Problematik der Trennung zwischen Kopf- und Handarbeit aufgeworfen hatte. Ein sozialistischer Zirkel, das SZ Tübingen, war der Auffassung, daß die Herrschaft der Bürokratie letztendlich im Fortbestehen tayloristischer Arbeitsorganisation wurzele.

»Es wundert uns wenig, daß es zwischen den zu Anhängseln der Maschine gemachten Produzenten und den anleitenden und kontrollierenden Hierarchien nicht zu einer unmittelbaren Vergesellschaftung bzw. der vielzitierten »freien Assoziation« kommen konnte.«¹¹²

Der Politologe Hans Kaiser (1935-1979) und der Historiker Wolfgang Eichwede (geb. 1942) schlossen sich dieser Auffassung nachdrücklich an. Sie verwiesen darauf, daß die bolschewistische Revolutionsauffassung einen engen Zusammenhang zwischen einerseits einer hierarchischen und auf Arbeitsteilung basierenden Organisationsstruktur und andererseits den Idealen einer sozialistischen Gesellschaft impliziere. Darin genau liege auch die Kraft der leninistischen Theorie. Der Avantgardeanspruch der Partei korrespondiere doch vortrefflich mit der hierarchischen Struktur des Produktionsprozesses. Dadurch hätte auf gesamtgesellschaftlicher Ebene die Partei die Räte besiegt und die Gewerkschaften die Fabrikkomitees. Das historische Resultat sei eine bürokratische Elite mit einem Doppelcharakter: funktionaler Leiter der Arbeitsprozesse *und* relativ autonomer Beherrscher der politischen Sphäre.¹¹³

6.3.2.3 Dutschke und seine KritikerInnen

6.3.2.3.1 Dutschke

Unter dem Einfluß der seit dem Ende der fünfziger Jahre wiederaufgelebten Diskussion über Produktionsweisen versuchten einige AutorInnen, ihr Verständnis der Sowjetunion über Analogien mit »alten« Gesellschaften zu erweitern. Namentlich Wittfogel, der, wie oben aufgezeigt, in seinem Buch *Oriental Despotism* (1957) einen Zusammenhang Rußlands bzw. der Sowjetunion mit der asiatischen Produktionsweise hergestellt hatte, wirkte hier anregend.

Viel Aufsehen erregte einige Zeit die Theorie, die der ehemalige Studentenführer Rudi Dutschke (1940-1979)¹¹⁴ in seiner Dissertation 1974 und in einigen späteren Artikeln vorstellte.¹¹⁵ Dutschke sah in der asiatischen Produktionsweise das beste analytische Instrument, mit dem die Geschichte Rußlands und der Sowjetunion entschlüsselt werden könne. Im Anschluß an Wittfogel – den er in diesem Zusammenhang lobte¹¹⁶ – sah Dutschke den

Beginn der »Asiatisierung« Rußlands in der Eroberung durch die Tataren im dreizehnten Jahrhundert. Seit dieser Zeit habe sich das Land, das in agrarischer und geographischer Hinsicht ohnehin stark asiatisch beeinflusst sei, mehr und mehr von Europa entfernt. Das vorrevolutionäre Rußland charakterisierte Dutschke als eine »halb-asiatische Produktionsweise«¹¹⁷ – eine Bezeichnung, die unerläutert blieb –, die unter verschiedenen historischen Umständen feudale oder auch kapitalistische Züge aufweisen könne, sich dessen ungeachtet aber nicht wesentlich verändere. Dutschke war bewußt, daß er mit dieser Behauptung »in eine[n] gewissen Gegensatz zu Marx und Engels« geraten war¹¹⁸, aber er war ausreichend heterodox, um hierin kein Problem zu sehen.

Dutschke unterschied im alten Rußland zwei Entwicklungsperioden: die halbasiatische Feudalisierung, die unter Peter dem Ersten begonnen, und den halbasiatischen Staatskapitalismus, der sich während des neunzehnten Jahrhunderts entwickelt habe. Der halbasiatische Staatskapitalismus mußte unvermeidlich stagnieren, da die halbasiatische Grundlage bestimmend blieb und die kapitalistisch modellierte Industrie ein aufgepfropftes »Einsprengsel« bildete.¹¹⁹ Die Landwirtschaft blieb die Basis, die Industrie war ein Überbau.¹²⁰ Unter diesen Umständen wäre es die einzig realistische sozialistische Perspektive gewesen, den Bauernwiderstand gegen die Industrialisierung unter »proletarischer Führung« zum Ausgangspunkt eines Agrarkommunismus auf Basis der *Obschtschina* zu nehmen.¹²¹ Lenin und die Bolschewiki wählten jedoch einen anderen Weg: Sie nahmen die westeuropäische Entwicklung zum Vorbild und förderten die »aufgepfropfte« Industrialisierung mit voller Kraft. Diese Entscheidung war keine historische Unvermeidlichkeit. Die objektiv gegebene Anzahl von Entwicklungsmöglichkeiten war gering, aber es war nie von absoluter Notwendigkeit, den bolschewistischen Weg zu wählen.¹²² Zwar bedeutete die NÖP in den zwanziger Jahren einen beginnenden Bruch mit den alten Verhältnissen, aber um 1930 stellte sich der »asiatische Despotismus« auf neuem und höheren Niveau wieder her.¹²³ Mit allen »asiatischen Tricks« konsolidierte die herrschende Klasse ihre Machtposition. Der so entstandene asiatische Imperialismus war tendenziell aggressiv, weil er über Expansion seine inneren Schwächen teilweise aufheben konnte.¹²⁵

6.3.2.3.2 Kritik

Dutschkes Beiträge riefen viel Kritik hervor, die sich vor allem auf fünf Punkte konzentrierte:

1. Dutschke habe seine Begriffe nicht näher definiert, so daß insbesondere undeutlich bleibe, was der Begriff »halbasiatische Produktionsweise« enthalte. Nicht ganz zu Unrecht monierte Wolf-Dietrich Schmidt, daß Dutschke »eher als Erfinder denn als Forscher und Entdecker neuer Gesellschaftsformationen« angesehen werden müsse. Dutschkes Antwort, er habe mit

halb-asiatisch »die niedrigste Form der asiatischen Produktionsweise« gemeint, die Fusion »von agrikoler ›Kinderform‹ und asiatischem Despotismus«, war in diesem Zusammenhang keine sehr erhellende oder adäquate Replik.¹²⁶

2. Von verschiedenen Seiten wurde festgestellt, daß Dutschke nicht tatsächlich Rußland und die Sowjetunion analysiert, sondern sich vielmehr auf die Rezeption bestimmter Werke von Marx über Rußland beschränkt habe. Ihm wurde »Zitatenhascherei« vorgeworfen sowie eine »unhistorische« und »dogmatische« Arbeitsweise.¹²⁷
3. Weiter wurde festgestellt, daß die Konstruktion feudaler und staatskapitalistischer Formen einer halbasiatischen Produktionsweise (was dies auch sein möge) nicht allein methodisch, sondern auch inhaltlich äußerst dubios sei. Valić erinnerte daran, daß jeder »Kapitalismus« in jeder Formation anfänglich »aufgepfropft« und nicht organisch sei:

»Hungersnöte, Verelendung usw. sind nichts anderes als die Begleiterscheinungen der ursprünglichen Akkumulation, sie zeigten sich ebenso in England, Belgien, Schlesien wie heute in Brasilien, Chile, Indonesien. Indem Dutschke stattdessen davon redet, daß in Rußland der Kapitalismus nicht organisch entstanden war, mystifiziert er die ursprüngliche Akkumulation. *Nirgends* entstand der Kapitalismus ›organisch‹.«¹²⁸

4. Daneben bestand natürlich weiterhin die Frage, inwiefern innerhalb der halbasiatischen Produktionsweise, die doch durch Stagnation charakterisiert sei, ein schnelles Wachstum der Produktivkräfte sowohl vor wie nach 1917 möglich gewesen war.¹²⁹
5. Breuer urteilte schließlich, daß Dutschkes Alternative zur leninistisch-stalinistischen Entwicklung in der Sowjetunion – die Wiederbelebung der alten Bauerngemeinschaften – völlig ahistorisch und irrational sei. Er sprach von einem Romantizismus, der »die absolute Geschichtsmächtigkeit der Subjektivität einzig deshalb behaupten kann, weil er die wirkliche Geschichte beständig ausklammert«¹³⁰.

6.3.2.4 Simin

Wie Dutschke knüpft auch Aleksandr Simin, ein sowjetischer Dissident, an die wiederaufgelebte Debatte über die Produktionsweisen an. Der alte Bolschewik, in den zwanziger Jahren Teil der Vereinigten Opposition und später viele Jahre Gefangener in Stalins Lagern,¹³¹ publizierte im Lauf der siebziger Jahre in Samizdat-Schriften einige Essays, in denen er den Charakter der Sowjetgesellschaft genauer zu bestimmen trachtete.¹³²

Im Gegensatz zu Dutschke verwendet Simin die Kategorie der asiatischen Produktionsweise ausschließlich als heuristisches Instrument. Simin will

nicht so sehr auf »asiatische« Elemente in der Sowjetgesellschaft – auch wenn er deren Vorhandensein nicht bestreitet – aufmerksam machen, als vielmehr auf die seiner Meinung nach bestehende historische Parallele zwischen der asiatischen Produktionsweise und der osteuropäischen Formation.

Diese Parallele ergibt sich aus der von Simin vertretenen Variante einer unilinearen Auffassung der Geschichte. Er behauptet nämlich, daß *ein* »Hauptweg« in der menschlichen Entwicklung bestehe, und zwar die klassische Abfolge: Sklavenhaltergesellschaft – Feudalismus – Kapitalismus. Von diesem Hauptweg gebe es zwar Varianten, Abweichungen und Ausnahmen, aber die Entwicklung dieses Weges sei ein fließender Prozeß, worin das eine Stadium stets notwendig zu einem folgenden führe. Darum hält Simin an dem fest, was er »eine allgemeine Theorie der dreistufigen Entwicklung der Klassengesellschaft« nennt.¹³³

Die asiatische Produktionsweise passe grundsätzlich nicht in dieses Schema:

»Die Tatsache, daß eine Gesellschaft, in der die asiatische Produktionsweise herrscht, stagniert, zum Stillstand verurteilt ist, bedeutet, daß diese Gesellschaft nirgendwohin hineinwächst und nirgendwohin führt. Es gibt in einer solchen Gesellschaft keine Gesetzmäßigkeiten, keine sozialen Kräfte, die berufen und instande wären, sie über die ihre Entwicklung lähmenden Grenzen hinauszuführen, sie auf eine höhere Stufe des gesellschaftlichen Seins emporzuheben.«¹³⁴

Der stagnierende Charakter der asiatischen Produktionsweise ist Simin zufolge das Resultat eines gescheiterten Übergangs von einer Stammesgemeinschaft zu einer Sklavenhaltergesellschaft.

Aus der Existenz der asiatischen Produktionsweise leitet Simin die Feststellungen ab:

1. Unter bestimmten Umständen kann in bestimmten Ländern eine grundlegende Abweichung von der unilinearen Entwicklung entstehen.
2. Als Ergebnis einer solchen Abweichung kann sich eine spezifische Produktionsweise bilden, die mit keinem einzigen Stadium der unilinearen Abfolge korrespondiert und die auch keine Übergangsphase zwischen den Stadien der Abfolge bildet. Ungeachtet dessen ist eine solche Abweichung in der Lage, stabil und dauerhaft zu bestehen.
3. Einer solchen abweichenden Produktionsweise fehlen interne Kräfte, die eine Entwicklung zurück zum Hauptweg der historischen Entwicklung ermöglichen.
4. Die abweichende Produktionsweise kann sich während einiger Zeit auf einem großen Teil der Erde etablieren.
5. Die abweichende Produktionsweise entsteht unter historischen Umständen, in denen zum ersten Mal ein Übergang von einer klassenlosen zur Klassengesellschaft erfolgt. Es sind gleichsam noch keine Erfahrungen mit einem solchen Übergang gemacht worden, und demzufolge konnte die

Geschichte »einen Zwitter, ein monströses Gebilde« ohne Eigendynamik hervorbringen.

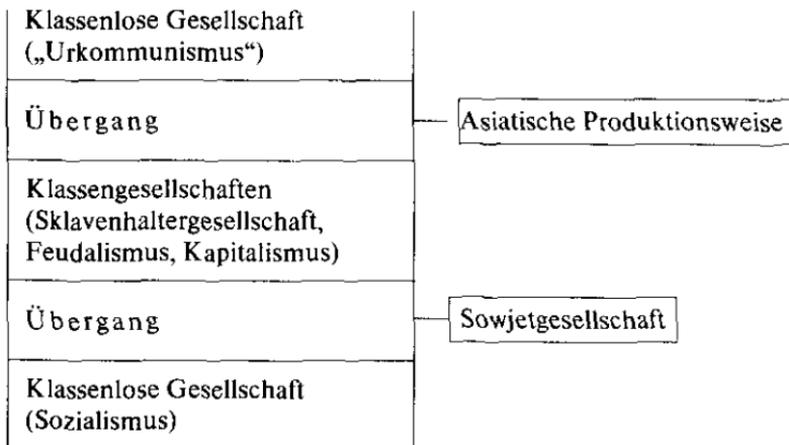
Diese Feststellungen bringen Simin zu seiner zentralen These, mit der er eine Brücke zur historischen Einordnung der Sowjetunion schlägt:

»Etwas Ähnliches wie beim ersten großen Umbruch in der Geschichte der Menschheit – beim Übergang von der klassenlosen Urgesellschaft zur Klassengesellschaft – hat auch beim zweiten großen Umbruch von der Klassengesellschaft zur klassenlosen Gesellschaft stattgefunden. An dieser großen Wende ist in den Ländern, in denen sie zuerst begann, der natürliche Gang des Heranreifens der neuen gesellschaftsökonomischen Formation, die vom historischen Fortschritt vorbereitet worden war, verletzt worden. Das hat zu einer tiefgehenden Deformierung dieser Formation und im weiteren dazu geführt, daß sich – an ihrer Stelle – eine andere, wohl stabile, doch im Bezug auf Wachstum und Entwicklung perspektivlose Gesellschaft etablierte. Dieses System hat die Gesellschaft in eine Sackgasse gedrängt und muß aufgehoben werden, um den Weg zu einem natürlichen, dem historischen Fortschritt entsprechenden Übergang zu einer gesellschaftlich-ökonomischen Formation freizumachen. Und die Position, die die asiatische Produktionsweise im ersten großen Umbruch einnahm, nehmen heute, in der Epoche des zweiten großen Umbruchs der Menschheitsgeschichte, die Gesellschaften des Stalinschen »vollendeten Sozialismus« ein, der ein Sechstel der Erde unter seine Herrschaft gebracht und, mit der einen oder anderen geringen Abweichung, verschiedene andere Länder erfaßt hat.«¹³⁵

Simins Auffassung kann schematisch so zusammengefaßt werden:

Hauptweg der Menschheit

Stagnierende Seitenwege



Die Sowjetgesellschaft ist weder kapitalistisch noch sozialistisch, und sie ist ebensowenig eine Übergangsphase zwischen beiden. Es handelt sich um eine historische »Sackgasse«, in der das ökonomische Wachstum beträchtlich

geringer ist als im gegenwärtigen Kapitalismus oder in »der ersten Phase des Kommunismus«, und in der keinerlei wesentliche interne Entwicklung, auf welchem Gebiet auch immer (sozialpsychologisch, intellektuell, moralisch usw.), stattfindet.

Simin bestreitet das Bestehen von Klassen im strikten Sinne für die asiatische Produktionsweise (er spricht von »funktionellen« Klassen), weil kein klar zu definierender Antagonismus zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten bestanden habe. Bezüglich der Sowjetunion spricht Simin von einer Elite, die er als »eine breite, klassenähnliche soziale Schicht von staatlichen und halbstaatlichen Funktionären«¹³⁶ bezeichnet.

Nachdem Simin auf die Parallelen von asiatischer Produktionsweise und Sowjetgesellschaft hingewiesen hat, geht er auch auf die verschiedenen historischen Zusammenhänge ein, in der die beiden »nirgendwohin führenden« Produktionsweisen operieren:

1. Während die asiatische Produktionsweise in einem Milieu zahlloser isolierter Dorfgemeinschaften entstand, ist die Sowjetunion in einem Zeitalter zur Blüte gekommen, in dem die menschliche Gesellschaft ein weltumfassendes Ganzes geworden ist. Dadurch wird die Entwicklung der Sowjet-Produktionsweise von Anbeginn stark von der Umgebung beeinflusst.
2. Als Folge der weltweiten Interdependenz verstärken sich Entwicklungen in verschiedenen Teilen der Welt gegenseitig. Auch dadurch wurden die Intervalle zwischen sozialen Veränderungen kürzer.

»Situationen, wie sie für die Epoche des Übergangs von der Urgesellschaft zur Klassengesellschaft durchaus normal waren – daß ein Land Jahrhunderte, ja Jahrtausende existieren konnte und die Grundlagen seiner Gesellschaftsordnung unangetastet blieben, weil es sich von den Wechselfällen in der übrigen Welt (selbst bei seinen Nachbarn) abseits zu halten verstand und keinen Einfluß Außenstehender auf seine Entwicklung zuließ –, solche Situationen sind heute völlig undenkbar. Zeitabschnitte, in denen eine solche Selbstisolierung möglich wäre, sind heute unvergleichlich kürzer geworden.«¹³⁷

3. Während die asiatische Produktionsweise nicht von innen, sondern nur von außen untergraben werden konnte, ist die Sowjetgesellschaft sehr wohl von innen in sozialistischer Richtung zu verändern, und zwar durch das revolutionäre Bewußtsein der Arbeiterklasse.¹³⁸

Simin sieht also in der derzeitigen Periode (den siebziger und achtziger Jahren) eine stark gestiegene Bedeutung des subjektiven Faktors. Er glaubt nicht an das Sachzwangenden, wie dies bei manchen AutorInnen vorzufinden ist:

»Die nirgendwohin führende und in diesem Sinne stagnierende Gesellschaft des Stalinischen »vollendeten Sozialismus«, deren Entstehung und Verbreitung die Kette der gesellschaftsökonomischen Formationen verletzte und deformierte, hat sich zwar als

möglich erwiesen, war aber selbst in dem Teil der Welt, in dem sie entstanden ist, nicht historisch unabwendbar, und ist es auch heute nicht.«¹³⁹

Simins Theorie hat in der marxistischen Debatte des Westens kaum Reaktionen hervorgerufen.

6.3.2.5 Exkurs: Sohn-Rethel, Damus und die »gesellschaftliche Synthesis«

In der neueren Debatte über die Sowjetunion spielt der Begriff »gesellschaftliche Synthesis« eine nicht unwesentliche Rolle. Dieser Begriff wurde von dem deutsch-britischen Ökonomen Alfred Sohn-Rethel (geb. 1899) entwickelt. In dessen Studie *Geistige und körperliche Arbeit* (1970, revidierte Ausgabe 1972) wird der Begriff wie folgt umschrieben:

»Jede Gesellschaft ist ein Daseinszusammenhang einer Vielzahl von Menschen, der sich in ihren Handlungen konstituiert. Was die Menschen tun, ist von primärer, was sie denken, von sekundärer Bedeutung für ihren Gesellschaftszusammenhang. Ihre Tätigkeiten müssen einen Bezug zueinander haben, um einen Teil der Gesellschaft zu bilden, und dieser Bezug muß ein Mindestmaß von Einheitlichkeit aufweisen, damit die Gesellschaft einen funktionsfähigen Daseinszusammenhang darstellen kann. Der Bezug der Handlungen aufeinander kann ein bewußter oder ein bewußtloser sein, er darf aber nicht fehlen, ohne daß die Gesellschaft funktionsunfähig wird und die Menschen an ihren gegenseitigen Abhängigkeiten zugrunde gehen. Dies ist, in allgemeinsten Weise formuliert, eine Bestandsbedingung jeder Art von Gesellschaft, ist das, was ich unter dem Namen der Gesellschaftlichen Synthesis begreife.«¹⁴⁰

Grundsätzlich unterscheidet Sohn-Rethel zwei Typen gesellschaftlicher Synthesis:

1. *Produktionsgesellschaften*, die zumindest potentiell klassenlos sind, bewirken eine Synthesis in der Produktionsphäre durch den Arbeitsprozeß;
2. *Aneignungsgesellschaften* bewirken dagegen eine Synthesis durch Aktivitäten, die anders geartet und zeitlich vom Arbeitsprozeß getrennt sind. In solchen Gesellschaften eignen Nicht-Arbeitende sich die Arbeitsprodukte an. Dies kann durch einseitige Appropriation (Raub, Diebstahl, Tribut, auf freiwilliger Basis) oder durch gegenseitige Appropriation (Warentausch) geschehen.¹⁴¹

Sohn-Rethel hat sich insbesondere mit dem Studium dieses letzten Typs befaßt. Kennzeichnend für die auf gegenseitige Aneignung gründenden Gesellschaften ist seiner Auffassung nach, daß das Geld als Verkörperung des abstrakten Tausches (das heißt, der Tausch, für den der Gegenstand des Tausches gleichgültig ist) die gesellschaftliche Synthesis trägt.¹⁴²

Die westdeutsche Politologin Renate Damus (geb. 1940) hat in einigen Publikationen Sohn-Rethels Synthesis-Begriff für die Analyse osteuropä-

ischer Gesellschaftsformationen verwendet. Sie bezieht sich auf die DDR, weist aber häufiger darauf hin, daß ihre Einschätzung auch auf andere osteuropäische Länder und die Sowjetunion zutreffe. Ihr Ausgangspunkt ist, daß die betreffenden Formationen nicht als kapitalistische aufgefaßt werden können.¹⁴³ Die Synthesis verlaufe nicht mehr über den Tausch. Zwei Möglichkeiten stünden dann noch offen:

– Abbau von Herrschaft und damit gleichzeitig konkrete Vergesellschaftung, oder

– neue Herrschaft, die durch direkte Unterdrückung charakterisiert sei.

In den osteuropäischen Formationen sei die letztere Möglichkeit realisiert. Das Vorhandensein eines zentralen Plans, der ökonomische Aktivitäten anregt, verbietet, bestimmt usw., zeige einerseits, daß keine kapitalistische Tausch-Synthesis dominiert, beweiße aber andererseits nicht, daß es sich um eine reale Herrschaft der Arbeiterklasse handelt. Die zentrale Frage sei,

»ob sich nicht trotz der Verstaatlichung des Eigentums an den Produktionsmitteln, trotz den zentralen Plänen oder trotz der partiellen Abschaffung von Warenproduktion neue Herrschaftsstrukturen herausgebildet haben, und zwar derart, daß Herrschaft nur für die Produzenten und nicht, im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten, durch die Produzenten ausgeübt wird [...].«¹⁴⁴

Direkte Herrschaft kann über persönliche Abhängigkeit oder über bürgerliche »Verkehrsformen« ausgeübt werden. In den Gesellschaften des Sowjettyps ist das letztere der Fall:

»Unmittelbare Herrschaft, die sich nicht bürgerlicher Verkehrsformen bedient, läßt sich nur über persönliche Abhängigkeitsverhältnisse denken. Daher sind die bürgerlichen Verkehrsformen hier ein notwendiges Korrelat der unmittelbaren Herrschaft, denn sie setzen den passiven Bürger voraus, der auf seine Privatsphäre orientiert ist und Lebensstandard mit privatem Konsum gleichsetzt.«¹⁴⁵

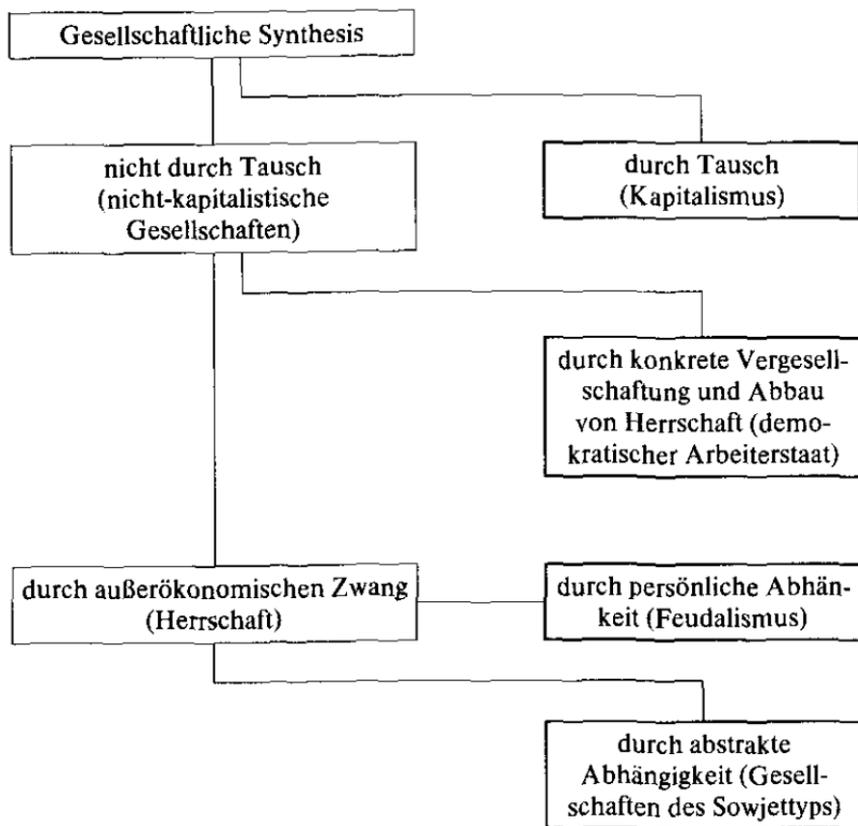
Damus unterscheidet also eigentlich, ohne dies so deutlich zu sagen, vier Formen des Gesellschaftszusammenhangs, die ich in dem Schema auf der folgenden Seite knapp zusammenfasse.¹⁴⁶

Ebenso wie im Kapitalismus träte in Osteuropa der Arbeiter als *Homo duplex* auf, der, in Marx' Worten, zugleich *Bourgeois* und *Citoyen* sei.

In den dort bestehenden nachkapitalistischen Gesellschaften sei zwar die gesellschaftliche Synthesis durch den Tausch aufgehoben, eine Vergesellschaftung aber nicht an dessen Stelle getreten. Die Individuen seien demzufolge Objekte direkter Machtausübung. Dies führe nicht allein zu Unzufriedenheit, auch der technische Fortschritt werde behindert, da das Fehlen demokratischer Korrektive ein Anschwellen der bürokratischen Apparate zur Folge habe.¹⁴⁷

Faktisch charakterisiert Damus die osteuropäischen Gesellschaften also als

hybride Formationen, in denen Planwirtschaft, außerökonomischer Zwang und abstrakte Abhängigkeitsbeziehungen eine widersprüchliche Einheit bilden. Die gesellschaftliche Synthesis komme dabei bewußt zustande, aber nicht demokratisch.¹⁴⁸



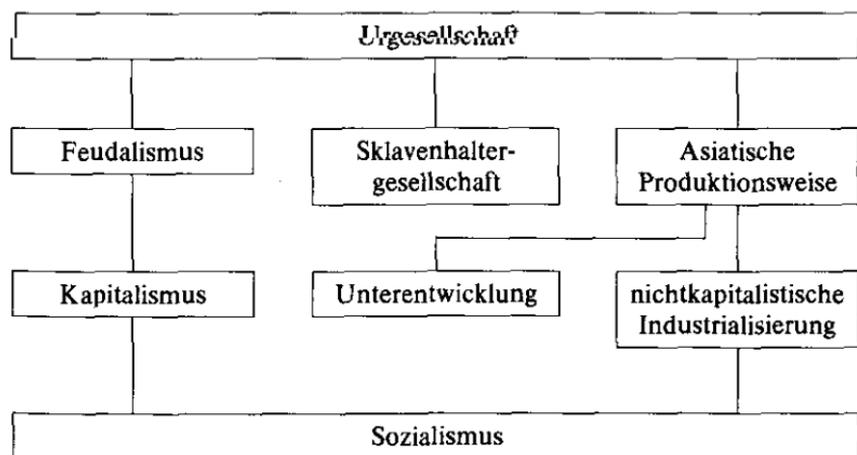
6.3.2.6 Bahro und seine KritikerInnen

6.3.2.6.1 Bahro

Auch in dem *Magnum opus* von Rudolf Bahro (geb. 1935)¹⁴⁹, *Die Alternative* (1977), ist der Einfluß des Untergangs des unilinearen Denkens zu spüren.

Eines der wichtigsten Elemente im Werk dieses DDR-Dissidenten ist, daß er seine Analyse des »real existierenden Sozialismus« (ein Begriff, den er aus der DDR-Sprachregelung übernahm) mit einer allgemeineren Perspektive der welthistorischen Entwicklung zu verbinden sucht. Bahro widerspricht der unilinearen Abfolge ausdrücklich und behauptet, daß in der vorkolonialen Zeit in zahlreichen Regionen außerhalb Europas (wie Mexiko, Peru, Mittelamerika, Indien, China, Afrika, Mittlerer Osten) Reste der asiatischen Produktionsweise wirkten.¹⁵⁰ Hier wird bereits der Einfluß Wittfogels sichtbar, der von Bahro in seinem Hauptwerk jedoch nicht als Quelle angegeben wird.¹⁵¹

Bahro zufolge kann die Weltgeschichte im Aufriß in ein trilineares Schema gefaßt werden, worin *eine* Urgesellschaft sich unter verschiedenartigen Umwelteinflüssen in drei Gesellschaftstypen differenzierte. Diese drei sekundären Formationen (asiatische Produktionsweise, Sklavenhaltergesellschaft, Feudalismus) entstanden direkt aus der Urgesellschaft und bestanden nebeneinander. Der Feudalismus schafft immanent die Bedingungen seiner Aufhebung im Kapitalismus. Die asiatische Produktionsweise dagegen verharrt im Zustand der Wiederholung. Nachdem die Kerngebiete der Sklavenhaltergesellschaft vom Feudalismus aufgesogen worden waren und sich der Feudalismus zum Kapitalismus entwickelt hatte, standen im Weltmaßstab zwei Gesellschaftstypen einander gegenüber: der Kapitalismus und die asiatische Produktionsweise. Konfrontiert mit dem kapitalistischen Imperialismus hatten die »asiatischen« Länder nur die Möglichkeit, sich zu einem Teil der »Dritten Welt« unterentwickeln zu lassen oder einen alternativen Entwicklungsweg außerhalb des Kapitalismus einzuschlagen und auf nicht-kapitalistische Weise zu industrialisieren. Rußland und China gingen den letzteren Weg. So führen schließlich *zwei* Wege zum Sozialismus: der kapitalistische und der nicht-kapitalistische¹⁵², wie es in dem folgenden Schema dargestellt ist.



Den »nicht-kapitalistischen Weg« unterwirft Bahro einer genaueren Untersuchung. Er geht davon aus, daß die Abschaffung des Privateigentums, wie sie in der Sowjetunion durchgeführt worden ist, offensichtlich kein Allheilmittel ist, da dort mehrere gesellschaftliche Widersprüche bestehen, die älter und hartnäckiger sind als der Kapitalismus. Diese Widersprüche sind:

- die Herrschaft des Mannes über die Frau;
- die Herrschaft der Stadt über das Land;
- die Herrschaft der Kopfarbeit über die Handarbeit.

»In diesen drei Erscheinungen, die vom Marxismus stets auch als ökonomische Verhältnisse aufgefaßt wurden, waren bereits die grundlegenden Elemente der gesellschaftlichen *Arbeitsteilung* und des *Staats* gegeben, und zwar eine ganze Epoche bevor das Privateigentum an Produktionsmitteln bzw. Arbeitsbedingungen historisch auf den Plan trat. Beseitigung des Privateigentums einerseits, Überwindung der Arbeitsteilung und des Staats andererseits können nun auch jenseits des Kapitalismus um eine ganze Epoche auseinanderfallen.«¹⁵³

Wenn ein Land das Privateigentum abschafft, werden die älteren Gegensätze erneut bestimmend. Dann tritt vor allem

»das ältere Element der Arbeitsteilung nach Hand- und Kopfarbeit wieder als autonomer Faktor der Klassenbildung hervor, und zwar so lange, wie diese Arbeitsteilung überhaupt reproduziert wird.«¹⁵⁴

Am Beispiel der Sowjetunion versucht Bahro dies zu belegen. Er unterscheidet drei Perioden: das vorrevolutionäre zaristische Rußland als nur peripher industrialisiertes Land; die Zeit der Oktoberrevolution und den Stalinismus als Industrialisierungsperiode; die nachstalinistische Periode.

Die vorrevolutionären Verhältnisse im zaristischen Rußland begreift Bahro vornehmlich als agrarischen Despotismus, das heißt als agrarische Verhältnisse mit einer asiatischen Produktionsweise. Innerhalb dieses Zusammenhangs bestehen weiterhin feudale Gesellschaftsverhältnisse, die auch nach der »Bauernbefreiung« von 1861 noch lange nicht völlig beseitigt waren, und kapitalistische Verhältnisse vor allem in den Städten. Feudalismus und Kapitalismus sind nach Bahros Auffassung ebenso wie bei Dutschke relativ marginale Erscheinungen innerhalb einer vorherrschenden asiatischen Produktionsweise. Dies geht auch daraus hervor, wie Bahro das Verhältnis zwischen den drei Elementen mit einem der Geologie entlehnten Bild erläutert. Zu Beginn dieses Jahrhunderts, so schreibt er, lagen in der russischen Gesellschaft drei Formationen übereinander.

»Zuunterst die asiatische Zarenbürokratie samt orthodoxer Staatskirche und Bauernschaft. Darüber die seit der Aufhebung der Leibeigenschaft erst halb liquidierte feudale [Formation] – [...] Ex-Gutsherren und Ex-Leibeigene im Kampf um den Boden. Schließ-

lich zuoberst, in wenigen Städten konzentriert, die moderne kapitalistische [Formation] – industrielle Bourgeoisie und Lohnarbeiter.«¹⁵⁵

Die bolschewistische Revolution vertrieb die Kapitalisten sowie die halb-bürokratischen, halb-feudalen Großgrundbesitzer. Der Rest der Gesellschaft wurde hauptsächlich von der Bauernbasis des Zarismus gebildet. Die Oktoberrevolution war damit nicht primär eine sozialistische Umwälzung, sondern

»die erste *antiimperialistische Revolution in einem trotz begonnener eigener kapitalistischer Entwicklung noch überwiegend vorkapitalistischen Land*, mit halb feudaler, halb »asiatischer« sozialökonomischer Struktur.«¹⁵⁶

Die Funktion der Umwälzung konnte also prinzipiell nicht der Aufbau des Sozialismus sein, sondern nur die schnelle industrielle Entwicklung Rußlands auf nicht-kapitalistische Weise. Diese Industrialisierung fand auf asiatischer Grundlage statt. Die Etatisierung der Verhältnisse, die Fusion von Partei und Staat, der stalinistische Terror – das alles und noch mehr war nur die Umformung einer agrarischen in eine industrielle Despotie: der Aufbau einer asiatischen Produktionsweise auf industrieller Grundlage. Die gesamte stalinistische Entwicklung war somit historisch unvermeidlich.

»Die bolschewistische Machtergreifung in Rußland konnte zu keiner anderen als der jetzt gegebenen *Gesellschaftsstruktur* führen, und je mehr man [...] die Stationen der sowjetischen Geschichte durchdenkt, desto schwerer wird es einem, selbst vor den furchtbarsten Extremen eine Grenze zu ziehen und zu sagen, jenseits begänne das absolut Vermeidbare.«¹⁵⁷

Bahro nennt vier Faktoren, welche die Entwicklung in der Sowjetunion unvermeidbar machten. Neben der (halb)asiatischen Vergangenheit Rußlands¹⁵⁸ nennt er:

- Der äußere Druck, der durch die imperialistischen Länder mit ihrer technologischen Übermacht ausgeübt wurde. Diese fortwährende äußere Bedrohung erklärt angesichts der daraus entstandenen Belagerungsneurose die stalinistischen Exzesse zu einem großen Teil.
- Die Notwendigkeit der ursprünglichen Akkumulation, die selbstverständlich mit viel Gewalt einherging.
- Der antagonistische Charakter der Produktivkräfte selbst. Die Maschinerie konnte keinesfalls schon sozialistisch sein, so daß u.a. tayloristische Arbeitsmethoden aus dem Kapitalismus übernommen werden mußten.

Da jetzt die Industrialisierung in großen Linien vollendet ist (nicht nur in der Sowjetunion, sondern auch in den osteuropäischen Ländern), wird ein neuer Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen sichtbar. Spätestens seit dem »Prager Frühling« ist nicht mehr zu übersehen, wie der »real existierende Sozialismus« stagniert.

»Die monopolistische Verfügung über den Produktionsapparat, über den Löwenanteil des Mehrprodukts, über die Proportionen des Reproduktionsprozesses, über Verteilung und Konsumtion hat zu einem bürokratischen Mechanismus geführt, der dazu neigt, alle subjektive Initiative abzutöten oder zu privatisieren. Die veraltete politische Organisation der neuen Gesellschaft, die tief in den ökonomischen Prozeß einschneidet, bricht ihren sozialen Triebkräften die Spitze.«¹⁵⁹

Nachdem Bahro die Geschichte des »real existierenden Sozialismus« in der Sowjetunion in großen Linien skizziert hat, versucht er anhand seiner Erfahrungen in der DDR ein detaillierteres Bild dieser Gesellschaftsform zu entwickeln. Bahro legt auf die gesellschaftliche Synthesis als Ausgangspunkt großen Wert. Er unterscheidet deshalb innerhalb der gesellschaftlichen Arbeit zwischen zwei Arten von Aktivitäten: Arbeit, welche die Synthesis als solche zum Objekt hat (»allgemeine Arbeit«), und Arbeit, die diese Synthesis *nicht* zum Objekt hat (»partikulare Verrichtungen«).¹⁶⁰

Diese Unterscheidung kann Bahro zufolge für alle Gesellschaften gemacht werden, in denen eine Arbeitsteilung besteht, bei der die eine Gruppe die andere Gruppe beherrscht. Eigentlich ist jeder Prozeß der Klassenbildung um diesen Widerspruch von besonderer und allgemeiner Arbeit zentriert. In sehr alten Klassengesellschaften war geistige Arbeit als solche bereits gesellschaftlich führende Tätigkeit. Aber schon in der antiken Produktionsweise wurde ein großer Teil der geistigen Arbeit nicht mehr von der herrschenden Elite verrichtet, sondern an Sklaven delegiert. Was die Herrschenden sich selbst vorbehalten, war genau die gesellschaftliche Synthesis. Allmählich ist der Umfang der Kopfarbeit in den komplexer werdenden Gesellschaften bis in vielerlei Gesellschaftssektoren vorgedrungen, so daß die »allgemeine Arbeit« der Synthesis im »real existierenden Sozialismus« letztendlich nur noch einen Teil aller geistigen Arbeit bildet.

Innerhalb der gesamtgesellschaftlichen Arbeit im »real existierenden Sozialismus« unterscheidet Bahro fünf verschiedene Funktionsebenen:

1. Einfache schematische Teil- und Hilfsarbeit,
2. komplizierte empirische Spezialistenarbeit,
3. reproduktive wissenschaftliche Spezialistenarbeit,
4. schöpferische wissenschaftliche Spezialistenarbeit,
5. Analyse und Synthese des natürlichen und gesellschaftlichen Ganzen.¹⁶¹

Diese funktionellen Ebenen liegen der gesellschaftlichen Schichtung des »real existierenden Sozialismus« zugrunde. Während im Kapitalismus und in früheren Klassengesellschaften die Eigentumsverhältnisse die soziale Schichtung bestimmten, ist im »real existierenden Sozialismus« – nachdem die aus dem Privateigentum resultierenden Beschränkungen und dessen Form entfallen sind – die soziale Schichtung die Folge der Arbeitsteilung als solcher. Die soziale Schichtung entsteht also aus der Struktur der Arbeitsprozesse selbst und aus der Struktur der gesellschaftlich führenden Arbeit, wie sie innerhalb des Staates institutionalisiert ist. Dabei ist es nicht so sehr die Differenzierung

der Arbeitsfunktionen als solcher, die zu der Schichtung führten, als die Unterwerfung der Individuen unter diese Differenzierung:

»Die institutionalisierte, durch die gesamte technisch-ökonomische und Bildungspolitik ständig reproduzierte Abgrenzung der verschiedenen Sphären, die dominierende Tendenz zur Festlegung und Beschränkung der Individuen auf je bestimmten Funktionsniveaus erzeugt die Pyramidengestalt, zu der sich der gesellschaftliche Gesamtarbeiter im arbeitsteiligen Produktions- und Leitungsprozeß organisiert.«¹⁶²

Während so einerseits der real existierende Sozialismus aus verschiedenen sozialen Schichten aufgebaut ist, enthält diese Schichtung andererseits einen tendenziellen Antagonismus. Zwei Widersprüche durchziehen die Gesellschaft:

Erstens gibt es einen Widerspruch zwischen der Spitze des bürokratischen und ökonomischen Apparats und denjenigen, die in die Produktion einbezogen sind, wozu Bahro auch den größten Teil der technisch-ökonomischen und technisch-wissenschaftlichen Spezialisten rechnet.

Zweitens gibt es einen Widerspruch zwischen den Produktionsarbeitern und den Spezialisten.

»Infolge der Tatsache, daß den Arbeitern Technik und Technologie samt den Erfordernissen des ökonomischen Umgangs mit Material, Maschinerie und Arbeitszeit in Staatskapitaleigenschaft bzw. -funktion gegenüber treten, wird das *ganze* technisch-ökonomische Personal *einschließlich* der Spezialisten und selbst der einfachsten Verwaltungsangestellten, mit Mißtrauen und latenter Feindschaft betrachtet.«¹⁶³

Etwas vereinfacht könnte man sagen, daß Bahro zufolge ein Hauptwiderspruch zwischen der etatistischen Elite und den Arbeitern in den Produktionsstätten besteht und daß innerhalb dieser großen Ansammlung unterdrückter Bevölkerungsteile ein Nebenwiderspruch zwischen den Spezialisten (Funktionsebenen 2 bis 4) und den »einfachen« Arbeitern (Funktionsebene 1) besteht.

Etatistische Elite

Spezialisten

Arbeiter

----- Hauptwiderspruch

----- Nebenwiderspruch

Grundlegende Veränderungen sieht Bahro ausschließlich aus der Mittelgruppe der Spezialisten entstehen. Hinter dieser Behauptung ist der Gedanke verborgen, daß die untersten Schichten der Gesellschaft in allen historischen Situationen in ihren Handlungsmöglichkeiten grundsätzlich eingeschränkt

sind, gerade weil diese Schichten notgedrungen keine synthetische Übersicht der Gesellschaft haben (können).

»Die unmittelbaren Bedürfnisse der subalternen Schichten und Klassen sind immer konservativ, antizipieren in Wirklichkeit nie positiv eine neue Lebensform.«¹⁶⁴

Die Arbeiter können Bahro zufolge – hier wird er leninistisch – nur zu einem gewerkschaftlichen Bewußtsein gelangen¹⁶⁵, und ihre Interessenvertretungen antizipieren keine neue Kultur. Darum kann sich die Arbeiterklasse auch nicht selbst aus eigener Kraft befreien.

»Erst wenn in einer gesamtgesellschaftlichen Krise eine Fraktion der Oberschichten bzw. -klassen oder, effektiver, eine neue ›Mittelklasse‹ die Massen der Unterdrückten für eine Reformation oder Revolution organisiert, ergeben sich neue Perspektiven.«¹⁶⁶

Deshalb bilden nicht die Arbeiter, sondern die Spezialisten das neue historische Subjekt. Der Spezialist, insbesondere der Ingenieur, ist prädestiniert, in der folgenden Phase die gesellschaftliche Führung zu übernehmen. Die Arbeit des Ingenieurs entspricht noch nicht der der Synthesis:

»Aber er hat mit seiner Unterwerfung unter das wissenschaftlich-technische Spezialistentum am ahumanen, ›rein objektiv‹ d.h. ungesellschaftlich aufgefaßten Gegenstand der Natur und Technik und bei aller Befangenheit im Mechanizismus, Positivismus, Scientismus ein *Abstraktionsvermögen* erworben, das sich als Werkzeug der subjektiven, und darüber vermittelt der historischen Reflexion verwenden läßt.«¹⁶⁷

Die Menschen mit dem höchsten Bewußtsein (vornehmlich Spezialisten) müssen in einer neuen Partei zusammengebracht werden, dem »Bund der Kommunisten«, der versucht,

»in allen Schichten und Gruppen der Gesellschaft die Vorherrschaft einer integralen Verhaltenstendenz in der Perspektive der allgemeinen Emanzipation zu erreichen.«¹⁶⁸

Auch Arbeiter dürfen unter der Voraussetzung, daß sie einsehen, daß die Beschränkung ihrer Selbstverwirklichung gesellschaftlich bedingt ist, eventuell diesem Bund beitreten. Sobald sie eine solche Einsicht gewonnen haben, verhalten sie sich wie Intellektuelle.¹⁶⁹ Einmal an der Macht, muß der Bund der Kommunisten dem Klassenkampf seinen Stachel nehmen

»durch forciertes Aufschließen der unterentwickelten Klassen und durch produktive Verwendung der nicht parasitären Elemente aus den privilegierten Klassen.«¹⁷⁰

Durch eine großangelegte Umformung »von oben nach unten« könne so allmählich erreicht werden, daß die gesamte Bevölkerung zu synthetischer, allgemeiner Arbeit in der Lage ist.¹⁷¹

6.3.2.6.2 Kritik

Die Breite der Darlegung von Bahro und das Interesse an seiner Person, das seine Inhaftierung durch die DDR-Behörden hervorrief, bewirkten, daß seine Auffassungen eine umfangreiche Diskussion unter den westlichen MarxistInnen in Gang brachten. In gewissem Sinne ist erst mit Bahro die Debatte über den Charakter der osteuropäischen Gesellschaften wirklich in die (linke) Öffentlichkeit gedrungen. Sogar die schärfsten KritikerInnen bestätigen, daß Bahros *Die Alternative* schon aufgrund des politischen Effekts ein wichtiges Buch sei. So schrieb zum Beispiel Hillel Ticktin, der inhaltlich nicht viel von Bahro hält:

»Es ist möglich, daß die Diskussion über Osteuropa eine Zeitlang in vor-Bahro und nach-Bahro eingeteilt werden muß.«¹⁷²

Die Anzahl der Erörterungen über Bahro, die seit 1977 erschienen sind, ist kaum mehr zu übersehen. Die Reaktionen und Kritiken zeigen jedoch, daß sich die Debatte auf eine beschränkte Anzahl von Themen konzentrierte.

Erstens wurde die von Bahro verwendete Methode diskutiert. Jürgen Miermeister merkte zu Recht an, daß Bahro in seinem Werk mehrfach die methodische Ebene ändere und diese Ebenen offensichtlich auch miteinander verwechsle, indem er sie ohne »Vermittlung« ineinanderfließen lasse. Erst gehe er von Rußland bzw. der Sowjetunion und deren halbasiatischer Basis aus, mit der zaristisch-bürokratischen Geschichte und deren Fortführung unter den Bolschewiki. Dann wechselte er plötzlich zu einer Erörterung der *heutigen* gesellschaftlichen Wirklichkeit in der DDR, offensichtlich davon ausgehend, daß die aus der russischen Geschichte abgeleiteten strukturell-analytischen Aspekte ohne weiteres in »diesem halben Land« ebenfalls vorhanden seien. Danach verwende Bahro dann wieder seine aus der heutigen DDR abgeleitete Folgerung »in schlechter Verallgemeinerung« für die Grundlegung einer allgemeinen Alternative für die »protosozialistische« Gesellschaft.¹⁷³ Hier anschließend wurde von anderer Seite kritisiert, daß Bahros überhistorische Analogie zwischen asiatischer Produktionsweise und Sowjetgesellschaft u.a. das Resultat des Umstandes sei, daß er, von einem allgemein-philosophischen Bild der menschlichen Geschichte ausgehend, direkte politische Folgerungen ohne die »Zwischenschaltung« einer historisch-konkreten Analyse gezogen habe.¹⁷⁴

Der Vorwurf der fehlenden empirischen Analyse wurde von jenen KritikerInnen näher ausgeführt, die bei Bahro ökonomische Erörterungen vermißten. Ticktin sprach in diesem Zusammenhang von »der Achillesferse aller linken osteuropäischen Oppositionellen mit Ausnahme derer, die den Markt favorisieren«¹⁷⁵. Gerade weil Bahro die Absicht hatte, Marx' Analyse des Kapitalismus für den »real existierenden Sozialismus« gleichsam nachzuholen,¹⁷⁶

mußte auffallen, daß er bei der Ausführung seines Vorhabens nicht über vereinzelte, gelehrige Beschreibungen hinauskam.¹⁷⁷

Zweitens wurde Bahros allgemeine Auffassung über den Lauf der Weltgeschichte in Zweifel gezogen. Wie Dutschke von Kößler vorgeworfen worden war, er sei mit der Kategorie der asiatischen Produktionsweise zu sorglos umgegangen, warf Spohn nun Bahro vor, daß er zu einfach und unzureichend reflektiert die asiatische Produktionsweise zu einem universalen Element des historischen Prozesses verallgemeinere. Spohn war zudem der Auffassung, daß Bahros Kategorie der nicht-kapitalistischen Industrialisierung, die impliziert, daß – unter Umgehung des Privateigentums – direkt oder indirekt an die asiatische Produktionsweise angeknüpft wird, mit Skepsis aufgenommen werden müsse:

»Die despotische Staatsform vieler entwickelter Länder kann sehr wohl aus ihrer geschichtlichen Rückständigkeit im Kontext eines entwickelteren kapitalistischen Weltmarkts erklärt werden, d.h. stellte eine spezifische Kombination unterschiedlich entwickelter kapitalistischer Verhältnisse und historisch sehr verschiedener vorkapitalistischer Formationen dar. Die Kategorie des nichtkapitalistischen Wegs der Industrialisierung ist historisch zu unspezifisch und unterstellt zudem eine Unabhängigkeit zur kapitalistischen Produktionsweise und eine prinzipielle Andersartigkeit ihr gegenüber, die historisch nicht zutreffen.«¹⁷⁸

Drittens wurde kritisiert, daß Bahro den Stalinismus als unvermeidlich charakterisiert hatte. Insbesondere von orthodox-trotzkistischer Seite kamen Beschwerden. Der Behauptung Bahros, daß die stalinistische Diktatur schon in der Oktoberrevolution angelegt gewesen sei, hielt Mandel entgegen, daß diese Auffassung genau so unsinnig sei wie die Auffassung, »seit Januar 1919 oder spätestens seit dem Krach der Wall-Street 1929 seien Hitler und Auschwitz unvermeidlich gewesen«¹⁷⁹. Ähnlich argumentierte auch Pierre Frank.¹⁸⁰ Daniel Bensaïd ging noch weiter: Habe Bahro Recht, müsse man folgern,

»daß Oktober 1917 keine proletarische Revolution war, sondern ein neuer Revolutionstyp (eher bürgerlich im klassischen Sinn und noch nicht proletarisch), der den Weg zu einer neuen Übergangsperiode eröffnet habe.«

In einer solchen Auffassung sah er unmittelbar das alte Erbe des »bürokratischen Kollektivismus« und des »Staatskapitalismus«.¹⁸¹ Der Gedanke, daß Arbeiter in einer Revolution eine wichtige Kraft bilden können, daß aber das historisch-gesellschaftliche Ergebnis ihrer Anstrengungen kein Arbeiterstaat zu sein braucht, ist für Bensaïd u.a. nicht akzeptabel. Dagegen verteidigt Helmut Fleischer, ursprünglich ebenso aus der trotzkistischen Bewegung stammend, die Auffassung Bahros nachdrücklich.^{181a}

Bei den AnhängerInnen wie den GegnerInnen von Bahros historischem Sachzwangdenken blieb unausgesprochen, woher genau die »Zähigkeit« der

objektiven Verhältnisse im nachrevolutionären Rußland stammte und welche – eventuell marginale – Entfaltungsmöglichkeit der subjektive Faktor unter diesen Verhältnissen hatte.

Viertens wurde in sozialistischen Kreisen vielfach kritisiert, daß Bahro die strategische Bedeutung der osteuropäischen Arbeiterklasse vernachlässige, indem er die Intelligentsia als treibende Kraft der von ihm gewünschten kulturellen Revolution herausstelle. Eine große Anzahl von Bahro-Kritikern stimmt überein, daß es nicht für sinnvoll gehalten werden könne, in dieser Weise eine »Strategie von oben« zu entwerfen. Einer der Kritiker schalt Bahro deshalb einen Technokraten, dessen System – sofern realisiert – zu weiterer Verfremdung und Entpersönlichung führen würde:

»Die Exekutoren kapitalistischer Gewalt, diejenigen, die unser Leben an allen Ecken und Enden zerstören, sind ausgerechnet dieselben, die Bahro uns als evolutionäre Elite an die Spitze stellen will. Es sind die Spezialisten der Stadtplanung, die im Verkehr, in Fußgängerzonen, in Einkaufszentren unseren städtischen Alltag zu Maschinen aus lebendigem Fleisch saniert haben. Es sind die Arbeitsorganisatoren vom Schlage Bahros selbst, die nunmehr anheben, auch in den Informationsfabriken die letzten Reste von Angestelltenqualifikation zu beseitigen. Wenn Bahro sich gerade auf die Qualifikation der Spezialisten beruft, dann beruft er sich auf die Qualifikation der Gewalt.«¹⁸²

Ein anderer Kritiker bestreitet die Möglichkeit, ohne Arbeiterklasse die industrielle, hierarchische Gesellschaft zu überwinden, und sieht daher in Bahro einen machtlosen Oppositionellen, der die Dynamik dieser historischen Periode nicht erfaßt habe.¹⁸³ Aber wie Bahro auch eingeschätzt wird, als »Technokrat« oder als »Revolutionär«, der zuweilen wie ein »Reformkommunist und Taktiker« (Mandel) argumentiere – die große Bedeutung der Arbeiterklasse wurde von einem jeden herausgestrichen.

Schließlich wurden gegenüber Bahros Analyse der DDR Bedenken geäußert, aber mehr im allgemeinen gegenüber seiner Analyse des Funktionierens des aktuellen »real existierenden Sozialismus«. Bögeholz kritisiert insbesondere Bahros Auffassung, daß von der Struktur der Produktivkräfte eine Pyramide der Arbeitsinhalte abgeleitet werden könne (mit der allgemeinen Arbeit an der Spitze) und daß der höchste Arbeitsinhalt immer weiter ausgedehnt werden müsse. Dieser Gedanke impliziere, so Bögeholz, daß eine Gruppe von Menschen bestehe, die gegenwärtig schon im »real existierenden Sozialismus« die Gesellschaft führe. Durch eine solche Auffassung werde aber einerseits die Erscheinung einer von niemand kontrollierten »Naturwüchsigkeit« gesellschaftlicher Verhältnisse ausgeschlossen, und andererseits müsse man bei einer solchen Argumentation logisch zu der Folgerung gelangen, daß der »böse Wille« der bestehenden Elite die Ursache allen Übels sei.¹⁸⁴

6.3.2.7 Schmiederer

Die westdeutsche Politologin Ursula Schmiederer (1936-1989) hat die Synthesis-Theorie von Damus kritisiert, da diese zu wenig marxistisch und die daraus entstandenen Untersuchungsergebnisse etwas mager seien.¹⁸⁵ Jedoch hat Damus' Herangehensweise auch ihre Kritikerin beeinflusst. In dem Werk von Schmiederer u.a. ist die Fragestellung weniger abstrakt und kategorial als bei Damus, aber das Problem der Synthesis – was hält die »real sozialistischen« Gesellschaften zusammen? – taucht auch hier wieder auf.¹⁸⁶

Der Ausgangspunkt von Schmiederer u.a. ist orthodox marxistisch: Die Etablierung einer sozialistischen Gesellschaft sei nur möglich in einer kapitalistisch vergesellschafteten Gesellschaft mit verallgemeinerter Warenproduktion und einem verallgemeinerten Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital. Erst unter solchen Verhältnissen sei eine soziale Transformation denkbar, die in eine von dem bewußten Willen der Produzenten beherrschten gesellschaftlichen Struktur (Sozialismus) münde.

Der vorrevolutionäre gesellschaftliche Zustand in Rußland (oder China) sei jedoch nicht auf solche Weise kapitalistisch vergesellschaftet. Es handle sich daher nicht um eine »Gesellschaft«

»im Sinne eines alle Individuen objektiv wie subjektiv umfassenden Zusammenhangs, im Sinne des Marxschen Begriffs gesellschaftlicher Totalität.«¹⁸⁷

Rußland war vielmehr eine strukturell deformierte Gesellschaft infolge des Drucks des Weltmarkts mit international ansehnlicher politischer Macht, einem starkem Staat und einer relativ schwachen Wirtschaft. Die Industrialisierung, die Ende des neunzehnten Jahrhunderts einsetzte, brachte eine schwache Bourgeoisie hervor, die stark an den hypertrophen Staat gebunden war und nicht über die Energie oder die Bereitschaft verfügte, die »historische Aufgabe« der bürgerlichen Klasse, nämlich die Etablierung einer entwickelten kapitalistischen Gesellschaft, auszuführen. Andererseits war die Arbeiterklasse unter den gegebenen Umständen nicht in der Lage, den Sozialismus zu etablieren.¹⁸⁸ Die Oktoberrevolution wurde so ein etwas zwiespältiges Ereignis, weil durch sie zwar das Kapitalverhältnis negiert wurde, aber gleichzeitig eine sozialistische Vergesellschaftung noch nicht zu den Möglichkeiten gehörte. In den nachrevolutionären Verhältnissen bestand darum die historische Notwendigkeit eines bindenden Faktors (synthetisierende Instanz), der weder kapitalistisch noch sozialistisch (auf Selbstbestimmung basierend) war. Dieser Faktor konnte nicht ökonomischer Art sein (wie der Markt im Kapitalismus), sondern nur politisch. Es wurde die Partei.

»Da weder naturwüchsig noch bewußt durch die Produzenten ein Vergesellschaftungs-

zwang bestand, entstand für die Partei der Zwang, den Zusammenhalt und die Leitung der Gesellschaft stellvertretend zu übernehmen.«¹⁸⁹

Die Produktion konnte auf diese Weise auf direktem und autoritärem Weg vergesellschaftet werden, während ansonsten die private Reproduktion (im Familienhaushalt) weiterbestand. Die Arbeit hat daher in der Sowjetunion keinen freien Charakter in dem doppelten Sinn wie im Kapitalismus. Einerseits gibt es keine Freiheit der Verfügung über die Produktionsmittel, weil keine private Bestimmungsmacht über die Produktionsmittel besteht (gleichzeitig gibt es ebensowenig eine kollektive Aneignung der Produktionsmittel, so daß die Beziehung zwischen ArbeiterInnen und Produktionsmitteln entfremdet ist). Andererseits sind die ArbeiterInnen nicht mehr frei von persönlicher Abhängigkeit, da alle direkt und kollektiv vom Staat abhängig sind.

Seltsamerweise gelangen Schmiederer u.a. schließlich doch zu derselben Charakteristik der Sowjetelite wie Bahro und Damus – sie sprechen von einer »herrschenden Schicht«. Auch sie meinen, daß diese Elite die gesellschaftliche Entwicklung bewußt führe, nicht vom Eigeninteresse geleitet, »sondern im Interesse eines wie holprig auch immer geratenen ›Weges‹ zum Sozialismus«¹⁹⁰.

Letztendlich ist es also das Bewußtsein der Elite, das die gesellschaftliche Entwicklungsrichtung bestimmt. In dieser Auffassung liegt auch die Erklärung dafür, daß Schmiederer u.a. bei einem Vergleich der chinesischen mit der sowjetischen Elite zu dem Resultat gelangen, die chinesische Elite erfülle ihre Aufgabe »besser« als die sowjetische. Obwohl die strukturellen Voraussetzungen der russischen und der chinesischen Revolution vergleichbar waren und beide Länder mit der Dominanz des kapitalistischen Weltmarkts und der Unterentwicklung des »gesellschaftlichen Individuums« zu kämpfen hatten, sei hieran erkennbar, wie verschiedene Auffassungen des Sozialismus mit verschiedenen Entwicklungsperspektiven einhergehen können.¹⁹¹

Wesentliche Reaktionen und Kritiken riefen die Beiträge von Schmiederer u.a. nicht hervor.

6.3.2.8 Ticktin und seine KritikerInnen

6.3.2.8.1 Ticktin

Damus, Bahro und Schmiederer u.a. gehen in ihren Studien davon aus, daß in der Sowjetunion eine bewußte Regulierung des ökonomischen Prozesses von oben stattfindet. Oder, wie ein Anhänger dieser Position es formulierte:

»[...] die Sozialisierung der Produktionsmittel ist ein erster Schritt zur Eliminierung der

ökonomisch bestimmten Herrschaft [...]. Der Vorgang der Sozialisierung initiiert den Übergang von dem bourgeoisen Primat der Ökonomie zum Primat der Politik.«¹⁹²

Unterstellt wird hier, daß in der Sowjetunion geplant und dieser Planung von der Elite bewußt Gestalt gegeben werde.

Der Ansatz des britischen Marxisten Hillel Ticktin (geb. 1937) unterscheidet sich hiervon wesentlich.¹⁹³ Er hatte seit 1973 versucht, die Sowjetökonomie zu analysieren, ohne vorauszusetzen, daß dort geplant werde. Von der Feststellung ausgehend, daß die heutige Sowjetgesellschaft durch eine gigantische Vergeudung von Menschenkraft, Produktionsmitteln und Produkten gekennzeichnet sei – eine Erscheinung, welcher der größte Teil seines ersten Artikels gewidmet war¹⁹⁴ – fragte er, wo diese offenbar unausrottbare und deshalb tiefverwurzelte Vergeudung herrühre. Als Marxist verwarf er die Antwort, diese Erscheinung sei die Folge des Fehlens marktorientierter Kräfte, wie viele ost- und westeuropäische Fachleute behaupten. Im Gegenteil sah Ticktin in der Verstärkung bzw. der Wiedereinführung von Marktkräften eine anti-demokratische Tendenz, welche die Position der Arbeiterklasse im »real existierenden Sozialismus« weiter verschlechtern werde.¹⁹⁵ Seine Erklärung dieser Ineffizienz beruht daher auf genau dem Gegenteil der Pro-Marktagumentation: Es sei gerade der Umstand, daß in der Sowjetunion unzureichend, *also undemokratisch*, geplant werde, der zur Vergeudung und eigentlich zum Entfallen jeder Planung führe. Ticktin spricht im Zusammenhang mit der UdSSR nicht von einer geplanten, sondern von einer »verwalteten« Ökonomie, in der die Elite den Entwicklungen hinterherlaufe und nur einen sehr beschränkten Zugriff auf die gesellschaftliche Produktion habe. Die Sowjet»planung« sei »tatsächlich bestenfalls nicht mehr als ein Verhandlungsprozeß, und schlimmstenfalls eine Polizeiaktion«¹⁹⁶.

Die Wurzeln dieses Systems liegen Ticktin zufolge in den zwanziger Jahren, als angesichts der Unterentwicklung des Landes und der nationalen Isolierung des »sozialistischen« Experiments ein Widerspruch zwischen Plan und Markt aufgekommen sei. In dem Maße, in dem die Spannungen zwischen Plan- und Markttendenzen zunahmen, sei eine Lösung des Widerspruchs dringender geworden. Die erzwungene Kollektivierung und die forcierte Industrialisierung hätten die Lösung dieses Widerspruchs ermöglicht. Die Bürokratie habe sich zu einer Art »bonapartistischer« Macht über die Widersprüche erhoben und diese gleichzeitig in sich selbst eingeschlossen.

»Sie konstituierte sich selbst als neue Elite, die die Verwaltung bestimmte und effektiv alle oppositionellen Kräfte direkt durch physische Liquidation oder indirekt durch einen Prozeß der Atomisierung vernichtete, so gründlich und so tiefgreifend, daß das Regime in seiner Macht über die Bevölkerung unvergleichlich wurde.«¹⁹⁷

Die Macht, welche die neue Elite ausübte, war zwar von Anbeginn durch Vergeudung gekennzeichnet, weil alle Pläne auf unvollständigen Informatio-

nen beruhen und bei der Verwirklichung auf verschiedenen Ebenen Hindernisse auftraten, führte aber dennoch anfänglich zu schnellem Wachstum:

»der reine Vorsprung der organisierten Form der Produktion überwog die kolossale Vergeudung, die in der ersten Zeit [nach der Revolution] auftrat. Außerdem wurde der vergeudende Charakter dieses Wachstums von dem weiterhin hohen Niveau des der arbeitenden Klasse abgepreßten Mehrprodukts verdeckt.«¹⁹⁸

In dem Maße, in dem durch die Industrialisierung auch die Ökonomie komplizierter wurde, nahm jedoch auch für die Elite die Unübersichtlichkeit zu.

»Je intensiver und komplexer eine Wirtschaft ist, um so länger ist die jeweilige Befehlskette. Die Wirtschaft ist dementsprechend für die Administratoren weniger durchschaubar und entsprechend größer sind die entstehenden Verzerrungen und deren Bedeutung.«¹⁹⁹

Ungeachtet der diversen Reformen hat so seit den fünfziger Jahren die Ineffizienz des Systems sprunghaft zugenommen. Allmählich hat die Vergeudung jedes Wachstum unmöglich gemacht.

Da die Planung auf der Herrschaft der Mehrheit – der Arbeiterklasse – beruhen muß, kann die Sowjet»planung« nur zu einer Serie von Konflikten führen, mit der Folge, daß den Instruktionen der zentralen Planer nur insofern gefolgt wird, als diese mit dem persönlichen Interesse des Individuums übereinstimmen. In der Sowjetgesellschaft bestehen so *zwei* Bewegungsgesetze, und nicht nur eins wie im Kapitalismus: auf der einen Seite das »Gesetz der Organisation« und auf der anderen Seite das »Gesetz des privaten Vorteils oder des Eigeninteresses«.²⁰⁰ Sowohl die Elite wie die Arbeiterklasse ist atomisiert, in zahllose Individuen zersplittert. Die *Elite* ist genötigt, einen Kampf an zwei Fronten zu führen. Einerseits muß sie als soziale Gruppe kämpfen, um ihre privilegierte Position erhalten zu können, und andererseits müssen die einzelnen Mitglieder dieser Gruppe intern individuell kämpfen, um die eigene Position zu erhalten und ihr Fortkommen zu sichern. Die *Arbeiterklasse* ist ebenso atomisiert, da sie nicht über Gewerkschaften oder autonome politische Organisationen verfügt. Die Arbeiter können die Produktion ausschließlich negativ beeinflussen, indem sie weniger produzieren oder Produkte ohne Gebrauchswert herstellen. Weil jeder, sowohl die Mitglieder der Elite wie der Arbeiterklasse, zuerst und vor allem dem eigenen individuellen Interesse nachstrebt, ist effiziente Führung unmöglich. Faktisch wird das gesellschaftliche Mehrprodukt von niemandem wirklich beherrscht. Die Arbeiter haben einen negativen, die Elite hat einen *teilweise* positiven Einfluß auf das Mehrprodukt. Eigentlich weiß niemand genau,

»was das Mehrprodukt ist, wo und wie groß es ist, es gibt keine Möglichkeit, daß die Elite Anweisungen erteilt, die befolgt werden können. Es ist schlicht unmöglich, allen

verschiedenen Personen auf den Hierarchieebenen alle jene Anweisungen zu geben, die notwendig wären, um deren Ausführung entsprechend den ursprünglichen Absichten der Ministerien zu sichern.«²⁰¹

Aus dieser Situation folgt, daß der Widerspruch innerhalb der Produktions-sphäre nicht mehr primär durch den Widerspruch zwischen (Tausch)Wert und Gebrauchswert gebildet wird:

»Der Widerspruch liegt vielmehr im Gebrauchswert selbst. Der produzierte Gebrauchswert ist in nicht geringem Maße schadhaft, was selbst wiederum ein Mehrprodukt besonderen Typs zur Folge hat. Ein Teil dieses Mehrprodukts ist so schadhaft, daß es *tatsächlich unbrauchbar ist*. Ein weiterer Teil ist zwar benutzbar, aber aufgrund von Maschinenschäden, dem Fehlen von Ersatzteilen oder aus welchen Gründen auch immer die beständige Ursache zusätzlicher Kosten. Ein dritter Teil mag zwar an sich keine Mängel aufweisen, wird aber auf eine Weise verwandt, die ihn rasch dem Standard des übrigen Mehrprodukts angleicht.«²⁰²

Eben hierin, in der mangelhaften Kontrolle des Mehrprodukts, liegt der Grund, weshalb Ticktin es nicht für sinnvoll erachtet, die Elite als herrschende Klasse zu bezeichnen. Der Konflikt zwischen Privatinteresse und Organisation, der für die ganze Gesellschaft bestimmend ist, besteht auch innerhalb der Elite und macht demzufolge diese soziale Gruppe höchst instabil. Präzisierend definiert Ticktin die Elite als

»eine soziale Gruppe, die an der Ausbeutung der direkten Produzenten beteiligt ist und das abgepreßte Mehrprodukt teilweise kontrolliert, aber die deren [der direkten Produzenten] Ausbeutung nur in Form direkter politischer Maßnahmen über Interventionen des Staats aufrechterhalten kann.«²⁰³

Insgesamt ist die Sowjetunion so gesehen ein labiler und hybrider Bau, ein »falscher Start« auf dem Weg zum Sozialismus. Es handelt sich um eine Gesellschaftsform,

»die als Produktionsweise keine Lebensfähigkeit hat, aber bestimmte Aufgaben ausführt und ihre eigene ausbeutende Herrschaftsgruppe hat. Die Staatskapitalisten argumentieren, daß diese Gesellschaften kapitalistisch sind, während die Arbeiterstaatler argumentieren, daß [diese Gesellschaften] sich auf der niedrigsten und deformiertesten Stufe des Sozialismus befinden. Die bürokratischen Kollektivisten argumentieren, daß es sich um eine neue Produktionsweise handelt, bei der die herrschende Gruppe die Produktionsmittel effektiv besitzt. Keine dieser Auffassungen bietet eine Theorie der Entwicklung dieser Gesellschaften. Sie ergeben wenig mehr als simple politische Behauptungen.«²⁰⁴

Die Frage, *warum* die Oktoberrevolution schließlich zu einem »falschen Start« wurde, also innerhalb welchen welthistorischen Kontexts die Entwicklung verlief, bleibt bei Ticktin unbeantwortet.

6.3.2.8.2 Kritik

Die Kritik hat sich auf zwei zusammenhängende Aspekte konzentriert.

1. Von verschiedenen Seiten wurde angemerkt, daß Ticktin die Vergeudung in der Sowjetunion übertreibe. Wenn der Zustand wirklich so desaströs sei wie von Ticktin behauptet, dann werde – konstatierte Mandel – unbegreiflich, wie sich das Land innerhalb *einer* Generation von einem unterentwickelten Gebiet zu einer Supermacht wandeln konnte.

»Es wäre richtiger zu sagen, daß das »zentrale ökonomische Merkmal der UdSSR« Wachstum plus Verschwendung ist, Wachstum trotz (»wachsender«) Verschwendung, reales Wachstum neben wachsender Verschwendung. [...] [Die] UdSSR ist damit als etwas ganz anderes charakterisiert als eine stagnierende oder sich zurückentwickelnde Gesellschaft, die grundsätzlich verschwenderisch ist und nichts als das (wie das Römische Imperium während seines Verfalls).«²⁰⁵

In dieselbe Richtung zielt die Anmerkung, daß in der Sowjetunion faktisch zwei ökonomische Sektoren zu unterscheiden seien: einerseits der militärisch-industrielle Sektor, der, verglichen mit dem Kapitalismus, »hochwertige« Produkte liefere, und der zivile Sektor, der tatsächlich von Vergeudung beherrscht werde. In diesem Sinne sei die Sowjetunion sowohl effizient als auch ineffizient.²⁰⁶

2. Der Umstand, daß in der Sowjetunion sowohl effiziente als auch ineffiziente Sektoren bestünden, ist Klingler zufolge einer der Hinweise dafür, daß die Elite sehr wohl in der Lage sei, den gesellschaftlichen Prozeß zu leiten. Damit werde die soziale Entwicklung zu einem bewußt gelenkten Geschehen, und es sei nicht mehr sinnvoll, von »Bewegungsgesetzen« zu sprechen, die sich »hinter dem Rücken der Subjekte« durchsetzten. Die einzige Dynamik, die in dem System bestehe, seien die Beschlüsse und Anweisungen auf zentraler Ebene. Würden diese fehlen, dann würde die Ökonomie zum Stillstand kommen. Voraussetzung für das Funktionieren dieses gesamten Systems sei vornehmlich die Loyalität der Mehrheit der Bevölkerung. Sei diese gegeben, sei die Bewegungsfreiheit der Elite allein noch durch »die Grenzen ihrer eigenen Macht als Zentren der Entscheidungsfindung« beschränkt.²⁰⁷

Hier wird ein zentraler Aspekt der neueren Debatten berührt: Wenn die Elite keine Klasse und somit nicht an die traditionellen Gesetzmäßigkeiten einer auf Klassengegensätzen basierenden Gesellschaftsform gebunden ist, bedeutet das dann, daß sie autonom und bewußt den ökonomischen Prozeß leitet – was impliziert, daß die beklagten Entwicklungen einer »verkehrten Politik« oder »bösem Willen« angelastet werden können – oder ist sie dann an andersgeartete »Gesetze« gebunden, die mit dem Umstand zusammenhängen, daß sie nur die Spitze einer durch und durch verbürokratisierten Gesellschaft mit den ihr inhärenten Tendenzen verkörpert?

6.3.2.9 Ungarns »Neue Linke«

Im Lauf der sechziger Jahre entstand um György Lukács ein Kreis »liberal-marxistischer« PhilosophInnen und SoziologInnen, der auch als »Budapester Schule« bezeichnet wird. Die wichtigsten VertreterInnen dieser Strömung (András Hegedüs, Agnes Heller, György Márkus und andere) waren lange Zeit in ihrer Kritik an den osteuropäischen Ländern recht gemäßigt.²⁰⁸ Einigen von ihnen wurde jedoch in den siebziger Jahren das Leben in Ungarn so schwer gemacht, daß sie um 1977 zeitweise oder dauerhaft in den Westen emigrierten.

Mittlerweile war eine jüngere Generation dissidenter Intellektueller entstanden, die sich vom Marxismus distanzierte oder marxistisch und zugleich oppositionell sein wollte.

6.3.2.9.1 Bence/Kis (Rakovski)

Eine wichtige Rolle unter diesen jungen Dissidenten spielten die Philosophen György Bence (geb. 1941) und János Kis (geb. 1943), die mit der »Budapester Schule« gebrochen hatten und für eine Strategie »radikaler Reform« eintraten.²⁰⁹ Bence und Kis wurden im Westen als Kritiker der Sowjetgesellschaft bekannt, als sie 1974 unter ihrem gemeinsamen Pseudonym Marc Rakovski²¹⁰ in der Zeitschrift *Les Temps Modernes* einen Essay zu diesem Thema publizierten.²¹¹ 1978 ließen sie unter dem Titel *Towards an East European Marxism* eine umfassendere Kritik der osteuropäischen Gesellschaften erscheinen.²¹² Darin äußerten sie die Auffassung, daß Gesellschaften vom Sowjetyp weder sozialistisch, noch kapitalistisch seien und auch keine Kombination beider Systeme, sondern Klassengesellschaften *sui generis*. Um diese Gesellschaften zu begreifen, sei eine Überprüfung des (unilinearen) Marxismus unvermeidlich:

»Trotz der entscheidenden Rolle, die der Historismus in Marx' Denken einnahm, war er unfähig, die Simplifikationen eines unilinearen Evolutionismus, der die Sozialwissenschaften seiner Periode beherrschte, zu vermeiden. [...] Innerhalb der Struktur des historischen Materialismus gibt es keinen Raum für ein modernes soziales System, das einen anderen Entwicklungsweg als der Kapitalismus nimmt und das nicht einfach eine frühere oder spätere Station an derselben Strecke ist.«²¹³

6.3.2.9.2 Konrád/Szelényi

Offenbar bestand dieses Verlangen nach einem »nicht-Marx'schen« historischen Materialismus zur etwa selben Zeit auch bei anderen ungarischen Intellektuellen. Schon 1974 vollendeten der Soziologe Ivan Szelényi (geb. 1938) und der Literaturwissenschaftler und Romancier György Konrád (geb.

1934) eine Abhandlung, in der sie sich bemühten, einen neuen Analysezusammenhang für die Gesellschaften vom Sowjettyp zu entwickeln. Repression verhinderte lange Zeit die Veröffentlichung des Werkes; erst 1978 wurde es einem breiteren Publikum zugänglich gemacht.²¹⁴

Konrád und Szelényi vergleichen in ihrer Studie drei Gesellschaftsformen: asiatische Produktionsweise, Kapitalismus und Sozialismus (worumter sie die Gesellschaften des Sowjettyps fassen). Sie definieren diese Gesellschaften jedoch nicht in marxistischen Begriffen, sondern mit Hilfe von Karl Polányis Modellen der ökonomischen Integration und Webers Rationalitätsbegriff.²¹⁵ Polányi unterschied vier Arten ökonomischer Systeme: das häusliche (autarke), das reziproke (symmetrische), das redistributive (zentrale) und das auf Tausch basierende (Markt-)System.²¹⁶ Szelényi und Konrád übernehmen diese Einteilung und unterscheiden in der Folge *innerhalb* des redistributiven Systems zwei Varianten: das traditionelle System, worin das verteilende Zentrum durch die Tradition legitimiert ist, und das moderne System, in dem dasselbe Zentrum rational gerechtfertigt wird.²¹⁷ Das erste redistributive System setzen sie mit der asiatischen Produktionsweise gleich, das zweite dem »real existierenden Sozialismus«.

Die von Konrád und Szelényi vorgenommene Unterscheidung der Gesellschaftsformen kann wie folgt systematisiert werden:

	Asiatische Produktionsweise	Kapitalismus	Sozialismus
Ökonomisches Modell	Redistribution	Tausch	Redistribution
Legitimation der dominanten Institution	traditionell	rational	rational
Verhältnis von ökonomischer und politischer Macht	verschmolzen	getrennt	verschmolzen

Der »real existierende Sozialismus« hat also mit den anderen beiden Systemen Merkmale gemeinsam, ist aber gleichzeitig – in den Begriffen von Bence/Kis – eine Gesellschaft *sui generis*.²¹⁸ Innerhalb des Systems der rationalen Redistribution dreht sich alles um das Wissen. Wer zu der redistribuierenden Elite gehören will, muß über besondere Fertigkeiten verfügen oder, anders

gesagt, ein Intellektueller sein. Hier liegt der Grund, weshalb die Gesellschaften des Sowjettyps eine dichotome Klassenstruktur haben:

»Der eine Pol wird von der Intelligenzklasse gebildet, die sich um die Redistribuentenposition organisiert, der andere Pol von der Arbeiterklasse, die um das Recht der Redistribution gebracht ist, jedoch das Mehrprodukt unmittelbar herstellt. [...] [Wir] müssen einen immer größeren Teil der Bevölkerung in die Mittelschichten einordnen.«²¹⁹

Obwohl strukturelle soziale Widersprüche bestehen, ist die Intelligenz keine stabile und vollentwickelte herrschende Klasse. Konrád und Szelényi – die die von ihnen selbst entwickelten Kategorien nicht durchweg konsequent verwenden – unterscheiden zwischen der »herrschenden Elite«, deren Mitglieder selbst auch wichtige Beschlüsse fassen können, und der breiteren Schicht der Intellektuellen. Das Verhältnis dieser beiden Gruppen zueinander änderte sich jedoch in der nachstalinistischen Periode:

»Die stalinistische Periode wird durch die monopolistische Macht des herrschenden Stands charakterisiert, die nachstalinistische Periode durch die geteilte Machtausübung des herrschenden Intelligenzstands und der Intelligenzklasse, wobei allerdings die Hegemonie des herrschenden Intelligenzstands erhalten bleibt, vergleichbar der Ablösung einer absolutistischen Selbstherrschaft durch eine konstitutionelle Monarchie.«²²⁰

In diesem Sinne sei die Intelligentsia eine herrschende Klasse im Prozeß der Entstehung.²²¹

6.3.2.9.3 Fehér / Heller / Márkus

Die prominenten Mitglieder der »Budapester Schule«, die in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre in den Westen emigriert waren, formulierten allmählich eine weitergehende Kritik an der Sowjetunion und ihren Bündnispartnern, als sie es während ihrer Dissidentenzeit in Ungarn getan hatten. Nach ersten Ansätzen von Ferenc Fehér²²² publizierten Fehér, Heller und Márkus²²³ 1983 die Studie *Dictatorship over Needs*²²⁴ – ein gehaltvolles Werk, in dem unter Einbeziehung vieler älterer Ansätze eine eigene Theorie des »real existierenden Sozialismus« formuliert wurde. Die AutorInnen erörterten hier nicht allein politische und ökonomische, sondern auch juristische, philosophische und ideologische Aspekte. Ich werde mich hier auf die beiden erstgenannten Bereiche beschränken.

Fehér u.a. distanzieren sich nachdrücklich von den Theorien des degenerierten Arbeiterstaats, des Staatskapitalismus und des bürokratischen Kollektivismus. Zwar sind sie der Meinung, daß die Elite sich selbst als eine isolierte,

homogene Gruppe konsolidiert habe,²²⁵ aber gleichzeitig verweisen sie auf wesentliche Unterschiede zur herrschenden Klasse im Marx'schen Sinn:

»Die Mitglieder des Apparats sind durch die Position, die sie in der Struktur der sozialen Reproduktion innehaben, nicht gezwungen, sich in bestimmter Weise zu verhalten; sie müssen bewußt den vom Apparat vorgegebenen Richtlinien und Zielen folgen – sonst würden sie sanktioniert [...]. Dieser Typus sozialer Gruppierung (im direkten Gegensatz zum Fall der Klasse) stützt sich auf das Primat einer eindeutig organisierten Gruppe (»Korporation«) über das Individuum, und dies ist es, was die zentrale Aufgabe einer Klassenanalyse – die Frage, wie Individuen in einer ähnlichen objektiven Lage ein gemeinsames Bewußtsein und eine [gemeinsame] Organisation erlangen – sinnlos macht, soweit es die herrschenden Schichten dieser Gesellschaften betrifft.«²²⁶

Féher u.a. sind dementsprechend der Meinung, daß nicht der Klassen-, sondern der *Apparat*-Begriff gute analytische Dienste erfüllen könne. Die nationalisierten Produktionsmittel seien nicht das kollektive Eigentum von Bürokraten – wie Rizzi und andere behaupten –, sondern des bürokratischen Apparats als solchem. Eine Analogie, schrieben die ungarischen MarxistInnen, könne in der Kirche des feudalen Europa gesehen werden, wo das Eigentum ebenfalls korporativ war.²²⁷

Wie Ticktin u.a. akzentuieren auch Féher u.a. den »anarchischen« Charakter der durch diesen Apparat geleiteten Ökonomie. Sie verweisen darauf, daß die Planung alles andere als effektiv sei, und behaupten sogar, die Kommando-Ökonomie verkörpere »das exakte Gegenteil« einer Planökonomie.²²⁸ Daß dieses System noch immer Bestand habe, ist ihrer Auffassung nach vor allem dem Umstand zuzuschreiben, daß neben der offiziellen Ökonomie noch eine Marktökonomie (kleiner) Privatunternehmen bestehe und eine Beziehungsökonomie, die über Kontakte, Freundschaften usw. den Bezug gewünschter Güter (auch Produktionsmittel) »regele«. Die Folge ist die Existenz einer geheimen sekundären Redistribution von Einkommen und – in geringerem Maße – von Produktionsmitteln.²²⁹

Der korporativen herrschenden Gruppe gegenüber stehe, eine unorganisierte und amorphe Gruppe direkter Produzenten, die man auf Grund ihrer großen Zersplitterung ebensowenig eine Klasse nennen könne wie die Elite. Die unteren Schichten hätten zwar gezeigt, daß sie plötzlich und massiv in den Aufstand treten können, aber mindestens ebenso bemerkenswert sei, daß der offenbar fast völlig desintegrierte herrschende Apparat nach der Unterdrückung eines solchen Aufstands in kürzester Frist seine Macht wiederherstelle.²³⁰

Insgesamt gebe es drei zusammenhängende Prozesse, welche die Sowjetgesellschaften kennzeichneten: die Versuche des Apparats, die Gesellschaft nach »ihrem Bild« zu gestalten (etatistische Homogenisierung); eine antagonistische Dichotomie zwischen kommandierender und kommandierter Arbeit;

multidimensionale Gruppeninteressen, die der gesellschaftlichen Arbeitsteilung entsprechen.²³¹

6.3.2.10 Campeanu

1980 publizierte ein osteuropäischer Dissident, der unter dem Namen Felipe García Casals veröffentlichte, eine Anzahl äußerst abstrakt formulierter »Theses on the Syncretic Society«, in denen eine Theorie entwickelt wurde, die an die seinerzeit aktuelle Debatte über die »Artikulation« von Produktionsweisen angeschlossen.²³² Später stellte sich heraus, daß Casals das Pseudonym des Rumänen Pavel Campeanu (geb. 1920) war.²³³

Ebenso wie u.a. bei Carlo war Campeanus Ausgangspunkt das Phänomen der Unterentwicklung. Für die durch den Weltkapitalismus unterentwickelten Länder bestünden im Prinzip drei »Wahl«möglichkeiten: Resignation, was das Fortbestehen der Unterentwicklung beinhaltet; Widerstand gegen den Imperialismus durch den Aufbau eines neuen Imperialismus (z.B. Deutschland, Japan); oder die leninistische Revolution, die Antiimperialismus und Antikapitalismus miteinander verbindet. Diese letztere Strategie, so lehre die Geschichte, entspreche ihren Zielen.

»Sie hat die dauerhafte Beseitigung der externen imperialistischen Herrschaft und der internen kapitalistischen Herrschaft gefördert; sie hat eine beschleunigte Industrialisierung gefördert; aber sie hat den wirklichen Übergang zu einer sozialistischen Organisation der Gesellschaft nicht gefördert.«²³⁴

Der leninistische Weg ist »synkretistisch«: Elemente aus verschiedenen Gesellschaftstypen werden miteinander verbunden. Die erzwungene Einpflanzung einer revolutionären gesellschaftlichen Struktur in unterentwickelte ökonomische Verhältnisse führt zu einer »Dysartikulation«, einem Widerspruch zwischen Gesellschaft und Ökonomie. Ein drittes Element ist erforderlich, das diesen Widerspruch bezwingt: der (starke) Staatsapparat. Der Gesellschaft als Ganzem mangelt es daher an einem inneren organischen Zusammenhalt:

»Ein frühreifer Sozialismus repräsentiert ein Nicht-System, dessen Ziel es ist, zu einem System zu werden, das die ökonomische Organisation mit der sozialen harmonisiert (und nicht anders herum).«²³⁵

Daher schaffe man mit den traditionellen Begriffen relativ wenig Klarheit. Insbesondere sei zu bezweifeln, daß der Begriff »Produktionsweise« unter solchen Umständen sinnvoll angewendet werden könne.

Campeanu erläutert seine Position, indem er anführt, welche Elemente in dem »frühreifen Sozialismus« enthalten seien. Als *sozialistische* Elemente bezeichnet er unter anderem: das Nichtvorhandensein einer herrschenden

Klasse; die bemerkenswerten Einrichtungen für Unterricht, Wohnungsbau, soziale Sicherheit; Entspannung; die große vertikale Mobilität usw. Als *kapitalistische* Elemente nennt er: den Zwang, die Arbeitskraft zu verkaufen; die Lohnform; die Distribution von Konsumgütern über den Markt; das Fehlen des Einflusses der Lohnarbeiter auf die Beschlußbildung usw. Als *vorkapitalistische* (feudale) Elemente führt er unter anderem an: das Fehlen effektiver Arbeiterorganisationen; die im Verhältnis zu den technologischen Möglichkeiten geringe Arbeitsproduktivität; die Bedeutung persönlicher Abhängigkeiten. Alle diese Elemente flößen zusammen in *einem* Prozeß:

»Die verschiedenen Produktionsweisen [...] sind in einem einzelnen ökonomischen Prozeß ausgedrückt. Der Synkretismus der Ökonomie besteht deshalb nicht in der Pluralität der Produktionsweisen, sondern eher in der Heterogenität der einzelnen wirkenden Produktionsweise.«²³⁶

6.4 Zusammenfassung

In der Periode seit 1968 entfaltete sich die intensivste, variierteste und umfangreichste Debatte über den Charakter der Sowjetunion seit der Oktoberrevolution. Zwar stagnierte die theoretische Entwicklung der älteren Strömungen um Gluckstein (Cliff) und Mandel, aber gleichzeitig wurde eine Anzahl neuer Hypothesen vorgestellt. Maoistisch inspirierte Autoren wie Holmberg, Nicolaus, Bettelheim und Chavance vertraten eine neue Version der Staatskapitalismus-Auffassung, die sich vor allem in zweierlei Hinsicht von älteren Varianten unterschied: 1. Der Übergang zum Kapitalismus wurde nicht mehr mit 1917 oder um 1929 datiert, sondern mit etwa 1956; 2. der Sowjet-Kapitalismus wurde nicht mehr als *ein* großes Kapital definiert, sondern als ein vom Staat geschütztes Konglomerat vieler kleiner Kapitale.

Mehrere neue Versionen des »bürokratischen Kollektivismus« wurden formuliert; stärker als bei Rizzi, Burnham, Shachtman usw. wurde der besondere Charakter der als neue herrschende Klasse aufgefaßten Gruppierung hervorgehoben: sie habe zum Beispiel keine ökonomische, sondern eine politische Grundlage (Stojanović), sei keine Klasse in dem Sinne, wie es im Kapitalismus der Fall ist (Fantham und Machover) oder verfüge über keine innere Dynamik (Sweezy).

Die bemerkenswerteste Entwicklung in der betreffenden Periode war jedoch das kräftige Aufleben von Standpunkten, die in der Sowjetunion eine Gesellschaft *sui generis* und ohne konsolidierte herrschende Klasse sahen.

Die »klassenlose« Strömung, die in ihrem Innern nicht einheitlich war, brachte Auffassungen vor, die zum Teil auch von den neuen »bürokratischen

Kollektivist« zu hören waren. So stellten viele AutorInnen einen Zusammenhang zwischen der Unterentwicklung des zaristischen Rußland – von einigen als Existenz einer (halb-)asiatischen Produktionsweise spezifiziert – und dem Aufkommen des »neuen Systems« her, das daher als eine Art nicht-kapitalistischer Entwicklungsdiktatur aufgefaßt werden könne (Carlo, Melotti, Dutschke, Bahro, Schmiederer u.a., Campeanu).

Des weiteren qualifizierten viele AutorInnen den Widerspruch zwischen Kopf- und Handarbeit oder einen Teilaspekt davon als wesentliche Ursache der gesellschaftlichen Widersprüche (Eggert, SZ Tübingen, Eichwede und Kaiser, Damus, Bahro, Konrád und Szelényi).

Schließlich konzentrierte sich die Aufmerksamkeit auf strukturelle Ungleichgewichte in der Sowjetökonomie: Es handle sich um einen zunehmenden Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, zunehmende Ineffizienz oder Vergeudung (Carlo, Altvater und Neusüss, Conert, Ticktin, Fehér u.a.). Manche Autoren gingen soweit, die UdSSR als historische Sackgasse zu charakterisieren (Simin, Ticktin). Ein grundsätzlicher Meinungsunterschied bestand jedoch in der Frage, ob die politische Elite den gesellschaftlichen Prozeß *bewußt* leite (Damus, Bahro, Schmiederer u.a.) oder ob sie selbst durch strukturelle Ursachen in ihrer Leitungskapazität ernsthaft eingeschränkt sei (Ticktin, Fehér u.a.).

7. Bilanz

»Any statement can be held true come what may, if we make drastic enough adjustments elsewhere in the system.«

W.V. Quine

Ein ganzer Fächer marxistischer Theorien und Theorie-Fragmente ist in den vorhergehenden Kapiteln ausgebreitet worden: viele Versuche, zum Verständnis der Sowjetgesellschaft vorzudringen, nur wenige auf einer soliden empirischen Grundlage; manche sehr konsistent und durchdacht, andere unlogisch und oberflächlich. Gemeinsam ist ihnen nicht ihr wissenschaftlicher Gehalt, der sehr unterschiedlich beschaffen ist, sondern das Streben, mit Begriffen, die von Marx direkt oder indirekt entlehnt wurden, ein gerade für MarxistInnen äußerst wesentliches Phänomen kritisch zu analysieren. Im folgenden werde ich zuerst einige Hauptlinien und zentrale Themen aus der vorgelegten Rekonstruktion ableiten und daran anschließend auf einige metatheoretische Aspekte des Verlaufs der beschriebenen Theorieentwicklung näher eingehen.

7.1 Theoretischer Rückblick

Um einen – wenn auch sehr schematischen – Eindruck von der Breite der Debatte über die Sowjetunion im Laufe der Jahre zu erhalten, habe ich in der folgenden Tabelle die Anzahl der Erstveröffentlichungen per Zeitraum aufgelistet.¹

Periode	Anzahl der Publikationen	Anteil in Prozent der Gesamtzahl	Publikationen pro Jahr pro Periode
1917-1928	23	3,4	1,9
1929-1940	53	7,9	4,4
1941-1956	131	19,6	8,2
1957-1968	65	9,7	5,4
1969-1985	395	59,2	23,2
Insgesamt	667	100,0	9,7

Diese Tabelle ist relativ nichtssagend. Unter Vorbehalt kann man jedoch aus der Aufstellung ableiten, daß der Umfang der Debatte seit 1917 allmählich zugenommen hat, in der Periode 1957-1968 wieder nennenswert zurückging und dann seit 1968 explosiv anwuchs.

Bei genauerer Untersuchung der jeweiligen Publikationshäufigkeit wird deutlich, daß es innerhalb der einzelnen Perioden Höhepunkte gibt. Bemerkenswerte Zeitabschnitte waren offenbar: 1937/38 (Debatte über Trotzki's *Verratene Revolution*), 1941 (Debatte Shachtman, Burnham, Trotzki), 1947/1948 (Debatte über die europäischen Ausgaben von Burnhams *Managerial Revolution*), 1958 (Debatte über Djilas' *The New Class*), und 1974-1980, als fortwährend viele Veröffentlichungen zum Thema erschienen.

Die zunehmende Breite der Debatte in der Periode 1917-1956 ist auf den ersten Blick paradox, *verringerte* sich doch gerade in diesem Zeitabschnitt die »Gemeinschaft«, die sich mit dieser Art von Diskussionen befaßte. Nachdem anfänglich Teile der kommunistischen und sozialdemokratischen Bewegungen an der Diskussion teilgenommen hatten, waren es letztlich nur noch »verschiedene kleine Gruppen der westlichen Linken«², die sich kritisch-marxistisch mit der Sowjetunion beschäftigten. Gleichzeitig muß jedoch festgestellt werden, daß *innerhalb* dieses schrumpfenden Kreises die Debatte intensiviert wurde.

In der Periode 1956-1968 waren die wichtigsten Standpunkte herausgearbeitet, und die politische Situation im Westen hemmte eine kreative Weiterentwicklung. Nach dem Pariser Mai und dem »Prager Frühling« aber entstand eine relativ breite marxistische Linke, die sich nur zum Teil den älteren Strömungen anschloß.

Wir können dies auch noch von einem etwas anderen Blickwinkel her betrachten. In der Einleitung habe ich drei Faktorenbündel genannt, die wahrscheinlich die »westlich-marxistische« Theoriebildung über die Sowjetunion beeinflußt haben: die Wahrnehmung des Westens, die Wahrnehmung der Sowjetunion und die Interpretation der marxistischen Gesellschaftsanalyse. Zugleich habe ich im Vorgriff ausgeführt, daß jeder dieser drei Einflüsse drei Phasen durchlaufen hat. Sowohl der westliche Kapitalismus als auch die Sowjetunion wurden einige Zeit als instabil aufgefaßt, danach als stabil und dynamisch und schließlich wieder als in zunehmendem Maße instabil. Die Interpretation der marxistischen Gesellschaftsanalyse entwickelte sich von einem begrenzten Schematismus über einen starren Unilinearismus zu einem alsbald breiter werdenden Multilinearismus.

Fassen wir diese drei Einflüsse schematisch zusammen, dann erhalten wir etwa das folgende Bild:

	Wahrnehmung des westlichen Kapitalismus	Wahrnehmung der Sowjetunion	Interpretation der marxistischen Gesellschafts- analyse
1917		instabil	begrenzt offen
1929	instabil (Verfall)		
1952		stabil/ dynamisch	geschlossen
1956	stabil/ dynamisch		
1968		Stabilität abnehmend	zunehmend offen
1985	Stabilität abnehmend		

Die Annahme ist naheliegend, daß kritische Theoriebildung gefördert wird durch: 1. Offenheit in marxistischen Kreisen und 2. Instabilität der Gesellschaften (der westliche Kapitalismus und die Sowjetunion), auf welche die KritikerInnen sich beziehen. Während der zweite Faktor erfordert, immer wieder neuen Entwicklungen, die gerade aufgrund der Instabilität nicht vorherzusehen waren, Rechnung zu tragen, ermöglicht es der erste Faktor, eine Vielfalt konkurrierender Hypothesen zur Erklärung dieser Entwicklungen zu formulieren.

So gesehen waren die Bedingungen für die kritische Theoriebildung über die Sowjetunion in den Perioden 1917-1929 und 1968-1985 am günstigsten und weniger günstig in dem dazwischenliegenden Zeitabschnitt. Ziehen wir außerdem in Betracht, daß die Sowjetunion in der Periode 1917-1929 noch nicht ihre qualitativ neue, stalinistische Struktur angenommen hatte, dann erstaunt es nicht, daß nach 1968 die Diskussion am intensivsten war.

Die theoretische Entwicklung 1917-1985 ist in drei deutlich verschiedene Perioden einzuteilen:

1. Die Periode 1917-29, in welcher der klassische Unilinearismus vorherrschte und die nachrevolutionäre Entwicklung nur als mißlungener, historisch unmöglicher oder vom Scheitern bedrohter Übergang zum Sozialismus analysiert wurde.
2. Die Periode 1929-1968, in der – im Zuge der stalinistischen Transformation – allgemein angenommen wurde, daß in der Sowjetunion ein neuer Gesellschaftstyp entstanden sei. Drei Hauptvarianten kamen in diesen Jahren auf: a. die Theorie des Staatskapitalismus und b. die Theorie des degenerierten Arbeiterstaats, die beide noch relativ eng an die alte unilineare Abfolge anschlossen; und c. die Theorie des bürokratischen Kollektivismus, derzufolge die Bürokratie als herrschende Klasse eines neuen Typs handelt. Daneben entstanden am Anfang der vierziger Jahre (Pedrosa, Hilferding) und, insbesondere in Westdeutschland Anfang der Fünfziger, vorsichtige Ansätze zu einer vierten Einschätzung (Theorien »ohne Etikett«), die aber relativ isoliert blieben und wieder vergessen wurden.
3. Die Periode 1968-1985, in der die Debatte stark auflebte, die vierte Einschätzung viel an Einfluß gewann und die drei älteren Einschätzungen eher stagnierten.

Nachträglich gesehen war die erste Periode (1917-1929) nicht mehr als eine orientierende Übergangsperiode, denn die Begriffe für alle späteren Debatten wurden erst in den dreißiger Jahren geschaffen, als Personen wie Weil, Trotzki, Worrall u. a. die Denkfiguren formulierten, welche die Diskussion in negativer oder positiver Weise bestimmten.

Nachdem in den vorherigen Kapiteln die wohl verwirrende Vielfalt der Theorien dargestellt worden ist, ohne eine theoretische Würdigung zu leisten, ist es sinnvoll, die diversen Einschätzungen jetzt mit ihrer eigenen Absicht zu konfrontieren. Ich werde zeigen, daß alle Hauptvarianten ihren Anspruch, »orthodox« zu argumentieren, d. h. in Übereinstimmung mit den Grundlagen der Marxschen Theorie, nicht einlösen und in wesentlichen Aspekten der Theorie von Marx oder auch den Tatsachen oder der Logik widersprechen.

Betrachten wir anfangs die Theorien des *(Staats)Kapitalismus*, deren Protagonisten wir in großer Zahl begegnet sind. Abgesehen von dem Umstand, daß diese TheoretikerInnen verschiedene Jahreszahlen für die Entstehung dieser kapitalistischen Formation nennen,³ fällt erstens auf, daß sie recht auseinanderstrebende Auffassungen darüber haben, was denn nun eigentlich das Wesen des *(Staats)Kapitalismus* sei. Schematisierend sind vier Auffassungen zu unterscheiden:

1. Die meisten TheoretikerInnen heben hervor, daß der Kapitalismus mit der Existenz einer Lohnarbeiterklasse ohne gesellschaftliche Herrschaft einhergeht. Für manche ist dieses Merkmal an sich eigentlich schon ausreichend, um eine Gesellschaft als kapitalistisch zu definieren (James, Matlick, Di Leo), manche andere aber fügen dem weitere Kriterien hinzu. So

Übersicht über die erwähnten Kritiken an der Sowjetunion

	(Staats-) Kapitalismus	Bürokratischer Kollektivismus	Degenerierter Arbeiterstaat	andere
1917-28	Gorter Pannekoek Rühle Korsch			Kautsky Luxemburg
1929-41	Mjasnikow Adler Wagner Worrall Pollock	Laurat Weil Rizzi Burnham Shachtman Pedrosa	Trotzki	Hilferding
1941-56	Grandizo/Péret James/ Dunayevskaya Castoriadis/ Lefort Cliff Bordiga	Guttman	Mandel	Sternberg Cycon Frölich Kofler
1956-68		Djilas Kuroń/ Modzelewski		Wittfogel Rosdolsky Boeuve
1968-85	Mattick Holmberg Bettelheim Di Leo	Stojanović Carlo Melotti Fantham/ Machover Sweezy		Dutschke Simin Bahro Schmiederer Ticktin Konrád/ Szelény Feher u.a. Campeanu

nennt Worrall als zweite Bedingung die Produktion von Mehrwert und Holmberg die Anwendung von Produktionsmitteln zur Ausbeutung der Lohnarbeiter.

2. Bordiga und Bettelheim betonen die Trennung zwischen den einzelnen Unternehmen, die »Profit« zu realisieren versuchen und untereinander Waren über »Marktkontakte« tauschen. Bordiga sieht darin eine ausreichende Voraussetzung, um von Kapitalismus zu reden; Bettelheim fügt dem die Trennung zwischen Lohnarbeit und Kapital hinzu.
3. Grandizo spricht von Kapitalismus, wenn die Lohnkosten minimalisiert werden und der Mehrwert für Investitionen und unproduktive Konsumtion aufgewendet wird.
4. Cliff schließlich sieht in der Konkurrenz zwischen Kapitalien mit dem Ziel der Profitmaximierung das Wesen einer kapitalistischen Gesellschaft.

Grandizos Definition ist zweifellos die am weitesten von Marx entfernte. Die Erwähnung von Mehrwert impliziert bereits das Bestehen von Kapitalismus, womit eine vorerst unbewiesene Behauptung als Beweis für eine andere Behauptung erhalten muß. Die Definitionen, die von der Lohnarbeit ausgehen, machen einen orthodoxeren Eindruck. Marx selbst schrieb doch: »Was also die kapitalistische Epoche charakterisiert, ist, daß die Arbeitskraft für den Arbeiter selbst die Form einer ihm gehörigen Ware, seine Arbeit daher die Form von Lohnarbeit erhält.«⁴ Wenn man jedoch Marx' Auffassung auf eine solche Aussage reduziert, tut man ihm unrecht. Der Kapitalismus war für ihn vielmehr ein komplexes und dynamisches System, wovon die Lohnarbeit nur *einen* wichtigen Aspekt bildete. »Warenproduktion und Warenzirkulation« bezeichnete Marx als »allgemeine Voraussetzung der kapitalistischen Produktionsweise«.⁵ Wesentlich war seiner Auffassung nach vor allem die *Verallgemeinerung* der Warenproduktion (Arbeitskräfte und Arbeitsprodukte) durch das Kapital auf einem von Konkurrenz beherrschten Markt.

Konkurrenz bildete daher Marx zufolge eine andere *wesentliche* Eigenschaft des Kapitalismus. Im *Kapital* sprach er folglich von dem »bisher von der politischen Ökonomie unbegriffne[n] Grundgesetz der kapitalistischen Konkurrenz«⁶, und in den *Grundrisse[n]* schrieb er:

»Die freie Konkurrenz ist die reelle Entwicklung des Kapitals. Durch sie wird als äußerliche Notwendigkeit für das einzelne Kapital gesetzt, was der Natur des Kapitals entspricht, [der] auf das Kapital gegründeten Produktionsweise, was dem Begriff des Kapitals entspricht. Der wechselseitige Zwang, den in ihr die Kapitalien aufeinander, auf die Arbeit etc. ausüben (die Konkurrenz der Arbeiter unter sich ist nur eine andre Form der Konkurrenz der Kapitalien) ist die *freie*, zugleich *reale* Entwicklung des Reichtums als Kapital.«⁷

Der Kapitalismus bildet für Marx also eine Einheit mehrerer »Momente«, wovon die Lohnarbeit nur eines ist. Damit ist zugleich gesagt, daß die Autoren, die *nicht* nachweisen, daß es sich um auf die eine oder andere Weise aus der

Logik des Systems entstandene Konkurrenz handelt, im Marxschen Sinn die Existenz eines Sowjet-Staatskapitalismus nicht bewiesen haben. Daß eine Anzahl »Staatskapitalisten« im Widerspruch hierzu die Lohnarbeit als die wichtigste oder einzige Bedingung für die Charakterisierung des Kapitalismus verwendet, hängt möglicherweise mit ihrer beschränkten Kenntnis der politisch-ökonomischen Schriften von Marx zusammen. Schließlich wird die Lohnarbeit schon im *ersten* Band des *Kapital[s]* eingehend besprochen, während die Konkurrenz erst im *dritten* Band ausführlicher behandelt wird.

Ein zweites Problem ist die Frage, ob es sich bei der führenden Gruppierung in dem vermeintlichen Sowjet-Staatskapitalismus um eine herrschende Klasse handelt. Manche AutorInnen äußern sich hierüber nur undeutlich und verneinen lediglich die Existenz von Privatkapitalisten, aber bemerkenswert viele AutorInnen *bestreiten* nachdrücklich, daß der russische Kapitalismus von einer Bourgeoisie beherrscht werde. So fehlt laut Wagner, Pollock und Bordiga eine solche Klasse völlig; so sagt Worrall, daß die Bürokratie die *Funktion* der Bourgeoisie ausübe aber selbst keine sei; und so sprechen Grandizo und Péret von einer »nicht ausgewachsenen« Bourgeoisie. Dies alles steht wiederum im Widerspruch zur orthodoxen Auffassung. In den *Grundrisse[n]* lesen wir unter anderem:

»Die Produktion von Kapitalisten und Lohnarbeitern ist also ein Hauptprodukt des Verwertungsprozesses des Kapitals. [...] Im Begriff des Kapitals ist gesetzt, daß die objektiven Bedingungen der Arbeit – und diese sind ihr eignes Produkt – ihr gegenüber *Persönlichkeit* annehmen, oder was dasselbe ist, daß sie als Eigentum einer dem Arbeiter fremden Persönlichkeit gesetzt sind. Im Begriff des Kapitals ist der Kapitalist enthalten.«⁸

Marx geht ausdrücklich davon aus, daß eine Kapitalistenklasse im Kapitalismus eine unverzichtbare Bedingung ist.

Faktisch gibt es nur zwei Vertreter der Staatskapitalismus-Theorie, deren Herangehensweise mit einer orthodoxen Kapitalismus-Definition in Übereinstimmung gebracht werden kann: Cliff und Bettelheim. Beider Ausgangspunkt ist die Existenz einer Bourgeoisie, und beide meinen, daß es sich um Konkurrenz handelt. Bettelheim ortet diese Konkurrenz im Inland zwischen den Zehntausenden von Sowjetunternehmen untereinander, während Cliff sie nach außen gerichtet sieht.

Cliffs Ansatzpunkt zwingt ihn, die Konkurrenz in der Hauptsache auf den Rüstungswettlauf zu reduzieren: auf die Konkurrenz um militärische Kapazität. Das widerspricht jedoch immer noch der Orthodoxie. Der Rüstungswettlauf wird schließlich nicht mit Waren betrieben, sondern mit Gebrauchswerten, und kann daher nicht als kapitalistische Konkurrenz angesehen werden. Im Marxschen Sinne will jedes Kapital den produzierten Wert realisieren, indem es seine Produkte *verkauft*, was aber nicht möglich ist, wenn die Waren nur gezeigt (oder vernichtet) werden.⁹ Bettelheim dagegen bewahrt seine

Orthodoxie durch Ignoranz gegenüber der Realität. Seine These widerspreche den Tatsachen, kommentierte Sweezy, da die Sowjetunternehmen keineswegs in der Lage seien, selbständig die Preise, Löhne, Lieferanten und Abnehmer zu bestimmen.¹⁰

Letztendlich ist festzuhalten, daß es keiner einzigen Variante der Theorie des Staatskapitalismus gelungen ist, mit der marxistischen Orthodoxie und den Tatsachen übereinzustimmen.

Die zweite Hauptvariante ist die Theorie des *degenerierten Arbeiterstaats*. Wir haben gesehen, daß Trotzki die Sowjetbürokratie als eine parasitäre soziale Schicht charakterisierte, die von der Distributionssphäre aus für kurze Zeit die politische Macht innerhalb des Arbeiterstaats ergriffen habe. Vom orthodox-marxistischen Gesichtspunkt aus hängen mit dieser Auffassung mehrere wesentliche Probleme zusammen.

An erster Stelle steht die Frage nach der *Befristung* des bürokratischen Phänomens. Trotzki's Überlegung war in sich logisch: Die russische Arbeiterklasse würde, den Sieg von 1917 noch frisch im Gedächtnis, den elitären Auswuchs, der die Früchte des revolutionären Bemühens zu rauben trachtete, wieder beseitigen. Geschehe dies unerwarteterweise jedoch nicht, werde nach einiger Zeit das alte revolutionäre Selbstvertrauen abebben und die Elite die Möglichkeit erlangen, sich in eine herrschende Klasse zu transformieren. Nun kann man sich natürlich fragen, ob in der sowjetischen Arbeiterklasse der dreißiger Jahre tatsächlich »die Lehren der revolutionären Kämpfe und die Folgerungen, die die bolschewistische Strategie daraus zog, nicht vergessen« waren, wie Trotzki behauptete.¹¹ Wäre dies jedoch der Fall gewesen, dann könnte man Trotzki's These als mit der marxistischen Orthodoxie übereinstimmend betrachten. Auch bei Marx selbst begegnen wir solchen Gedanken.¹² Problematisch wird es jedoch, wenn Trotzki's geistige Erben auch gegenwärtig noch meinen:

»In historischem Maßstab bleibt das Problem, wie Trotzki es 1939 formuliert hat. Aber der »zeitliche Rahmen« war unrichtig.«¹³

Die Logik von Trotzki's Argumentation wurde dadurch entkräftet, denn die konkreten (und Marx entsprechenden) Erwägungen, die den Verfasser von *Verratene Revolution* zu seiner Auffassung brachten, wurden jetzt stillschweigend eliminiert und durch einen abstrakten »zeitlichen Rahmen« ersetzt.

Eine zweite Schwierigkeit liegt in der Trennung, welche die Theorie des degenerierten Arbeiterstaats zwischen der produktiven und der distributiven Sphäre vornimmt. Dies steht im Widerspruch zu Marx, der stets betonte, daß beide als zusammenhängendes Ganzes gesehen werden müßten:

»Die Distribution in der flachsten Auffassung erscheint als Distribution der Produkte, und so weiter entfernt von und quasi selbständig gegen die Produktion. Aber ehe die

Distribution Distribution der Produkte ist, ist sie: 1) Distribution der Produktionsinstrumente, und 2) [...] Distribution der Mitglieder der Gesellschaft unter die verschiedenen Arten der Produktion. [...] Die Produktion abgesehen von dieser in ihr eingeschloßenen Distribution betrachten, ist offenbar leere Abstraktion, während umgekehrt die Distribution der Produkte von selbst gegeben ist mit dieser ursprünglich ein Moment der Produktion bildenden Distribution.«¹⁴

Ein drittes Problem ist der Umstand, daß Trotzki der Bürokratie nur eine distributive und parasitäre Funktion zuschreibt und damit bestreitet, daß eine Verwurzelung dieser Gruppierung in der produktiven Sphäre bestehen könnte. Unter orthodoxem Gesichtspunkt ist diese Auffassung unhaltbar, denn die Sowjetbürokratie leitet die Betriebe und damit die Produktionsprozesse. Im *Kapital* schreibt Marx über eine solche koordinierende Arbeit:

»Die Arbeit der Oberaufsicht und Leitung entspringt notwendig überall, wo der unmittelbare Produktionsprozeß die Gestalt eines gesellschaftlich kombinierten Prozesses hat und nicht als vereinzelte Arbeit der selbständigen Produzenten auftritt. Sie ist aber doppelter Natur.

Einerseits in allen Arbeiten, worin viele Individuen kooperieren, stellt sich notwendig der Zusammenhang und die Einheit des Prozesses in einem kommandierenden Willen dar, und in Funktionen, die nicht die Teilarbeiten, sondern die Gesamttätigkeit der Werkstatt betreffen, wie bei dem Direktor eines Orchesters. *Es ist dies eine produktive Arbeit, die verrichtet werden muß in jeder kombinierten Produktionsweise.*

Andrerseits [...] entspringt diese Arbeit der Oberaufsicht notwendig in allen Produktionsweisen, die auf dem Gegensatz zwischen dem Arbeiter als dem unmittelbaren Produzenten und dem Eigentümer der Produktionsmittel beruhen. Je größer dieser Gegensatz, desto größer die Rolle, die diese Arbeit der Oberaufsicht spielt.«¹⁵

Dieser Doppelcharakter der leitenden Funktion ist auch für das sowjetische Betriebsmanagement charakteristisch, das einerseits die Produktion zu organisieren bemüht ist und andererseits damit gleichzeitig die Unterdrückung der ArbeiterInnen verkörpert. Damit ist jedoch ebenso gesagt, daß jedenfalls ein wichtiger Teil der Sowjetbürokratie nicht ausschließlich parasitär ist, sondern auch im Marxschen Sinne produktive Arbeit verrichtet.

Ein letztes Problem betrifft nicht so sehr die Orthodoxie, sondern eher die Logik. Es besteht in der Trennung der politischen von der ökonomischen Sphäre. Weil die Arbeiterklasse ökonomisch die herrschende Klasse ist, politisch aber völlig machtlos, ist eine solche Trennung logisch und konsequent. Aber gerade in einer Planwirtschaft sind politische und ökonomische Macht eigentlich nicht voneinander zu trennen. Wer den Plan formuliert und damit die politische Macht hat, der beherrscht selbstverständlich auch die Ökonomie.

Fassen wir diese Einwände zusammen, wird ersichtlich, daß die Theorie des degenerierten Arbeiterstaats zum Teil nicht orthodox und zum Teil nicht logisch ist.

Die dritte Hauptvariante ist die Gruppe von Theorien des *bürokratischen Kollektivismus* (neuer Gesellschaftstyp mit herrschender Klasse). Von der Marxschen Orthodoxie aus betrachtet ist diese Strömung drei wesentlichen Einwänden ausgesetzt. Das erste und wichtigste Problem ist, daß die Theorie *insgesamt* nicht in den Marxschen Begründungszusammenhang paßt. Es bedarf wohl keines Nachweises, daß Marx nur *eine* nachkapitalistische Gesellschaft für möglich hielt: die kommunistische (sozialistische). Der Gedanke, daß nach dem Kapitalismus noch ein besonderes, vollständiges historisches Stadium kommen könne (Weil, Rizzi, Burnham), war ihm vollkommen fremd. Und auch die These, daß unterentwickelte (»halbfeudale« oder »halbasiatische«) Länder eine andere als eine kapitalistische Entwicklung durchlaufen könnten, paßte nicht in seine Argumentation:

»Das industriell entwickeltere Land zeigt dem minder entwickelten nur das Bild der eignen Zukunft.«¹⁶

Zweitens vertreten die Protagonisten dieser Strömung – neben unterschiedlichen Datierungen des Beginns der neuen Gesellschaft – entgegengesetzte Auffassungen über die Grundlage der Herrschaft der bürokratischen Klasse. Manche, wie Weil und Burnham, sehen die bürokratische Macht *ökonomisch* fundiert. Andere, wie Djilas und Stojanović, meinen, daß die Basis der Macht in der *politischen* Sphäre liege. Die erstgenannte Auffassung widerspricht den Tatsachen: Die Elite ist über den politischen Weg an die Macht gelangt. Sie bezieht ihre Macht aus der Beherrschung des Staatsapparates – der seinerseits wieder die Betriebe beherrscht – und nicht aus der direkten Beherrschung der Betriebe. Dies gilt sowohl kollektiv als auch individuell. Die letztgenannte Auffassung bricht mit Marx – und die VertreterInnen dieser Auffassung sind sich gewöhnlich dessen auch bewußt. Denn Marx leitet die politische Macht aus der ökonomischen ab:

»Die spezifische ökonomische Form, in der unbezahlte Mehrarbeit aus den unmittelbaren Produzenten ausgepumpt wird, bestimmt das Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnis, wie es unmittelbar aus der Produktion selbst hervorwächst und seinerseits bestimmend auf sie zurückwirkt. Hierauf aber gründet sich die ganze Gestaltung des ökonomischen, aus den Produktionsverhältnissen selbst hervorwachsenden Gemeinwens und damit zugleich seine spezifische politische Gestalt. Es ist jedesmal das unmittelbare Verhältnis der Eigentümer der Produktionsbedingungen zu den unmittelbaren Produzenten – ein Verhältnis, dessen jedesmalige Form stets naturgemäß einer bestimmten Entwicklungsstufe der Art und Weise der Arbeit und daher ihrer gesellschaftlichen Produktivkraft entspricht –, worin wir das innerste Geheimnis, die verborgene Grundlage der ganzen gesellschaftlichen Konstruktion und daher auch der politischen Form des Souveränitäts- und Abhängigkeitsverhältnisses, kurz, der jedesmaligen spezifischen Staatsform finden.«¹⁸

Ein drittes Problem besteht darin, daß, hätten die TheoretikerInnen des

bürokratischen Kollektivismus recht, eine herrschende Klasse entstanden wäre, die nicht als Klasse bestand, bevor sie an die Macht kam. In allen relevanten Schriften von Marx wird jedoch davon ausgegangen, daß *erst* antagonistische Klassen aus den Produktionsverhältnissen entstehen, daß diese Klassen *danach* zum Bewußtsein ihrer selbst gelangen und sich im großen Maßstab bekämpfen und daß *schließlich*, nach einer grundlegenden gesellschaftlichen Umwälzung, eine bisher subalterne Klasse die neue herrschende Klasse wird. Die bürokratische »Klasse« bestand jedoch, bevor sie an die Macht kam, höchstens aus Teilen der Intelligenz und der »Arbeiteraristokratie« und war keine Klasse, die mit der sowjetischen Arbeiterklasse Kämpfe austrug.

Die Theorie der neuen herrschenden Klasse kann also ebenso wenig wie die beiden anderen Hauptvarianten beanspruchen, mit der Marx'schen Orthodoxie übereinzustimmen.

Dies alles vor Augen wird endgültig deutlich, daß die Sowjetgesellschaft nicht in orthodox-marxistischen Begriffen erfaßt werden kann. Davon ausgehend, daß die UdSSR nicht kommunistisch im Marx'schen Sinne ist, wird die »orthodoxe« Analyse unmöglich: Welche Kategorien soll man zur Analyse einer Gesellschaft verwenden, in der zwar Unterdrückung und Ausbeutung bestehen, aber keine herrschende Klasse im strengen Sinne (Arbeiterklasse, Bourgeoisie oder kollektive Bürokratie) definiert und auch keine innere Dynamik ausgemacht werden kann?

Das Aufkommen der »vierten Strömung« ist vor diesem Hintergrund sehr begreiflich – auch wenn die rasche Verbreitung der Theorien »ohne Etikett« nach 1968 wahrscheinlich nicht das Ergebnis einer systematischen Prüfung der älteren Theorien hinsichtlich ihrer Stärken und Schwächen gewesen ist. Bemerkenswert ist in jedem Fall, daß bei den neuen Herangehensweisen je nach Bedarf Elemente des Marxismus verwendet wurden, ohne insgesamt vollständige Orthodoxie anzustreben. In diesem Sinne wurde auch partiell mit Marx gebrochen. Ich hoffe einsichtig gemacht zu haben, daß dieser Bruch unvermeidlich war.

Diese Feststellung impliziert jedoch nicht, daß die älteren Theorien bei weiteren Entwicklungen völlig unnütz sind – und ich will auch nicht behaupten, daß sie keinen praktisch-politischen Nutzen für die Betroffenen als sinnvolles Mittel der Orientierung hatten. In den vorgestellten Theorien kehren *regelmäßig* subtheoretische – das heißt: nicht an eine Strömung gebundene – Themen oder Topoi¹⁹ wieder, von denen mehrere Bausteine einer »nach-Marx'schen« Analyse sein könnten. Meiner Ansicht nach gibt es elf dieser Bausteine:

1. Das bolschewistische und später stalinistische Regime bildet eine *Entwicklungsdiktatur*: Angesichts der Unterentwicklung der sozialökonomischen Verhältnisse 1917 war es unvermeidlich, daß während einiger Jahrzehnte

- in erster Linie forciert industrialisiert und akkumuliert wurde. Dies erforderte gesellschaftlichen Zwang und führte zu einem diktatorischen Regime. Dieser Topos ist u.a. bei Adler, Kofler, Rosdolsky, Kuron und Modzelewski, Mattick, Carlo, Melotti, Fantham und Machover, Schmiederer, Campeanu anzutreffen.
2. Die Sowjetunion weist eine *Analogie mit der asiatischen Produktionsweise* auf: Der Stalinismus ist keine Variante »orientalischer Despotie«, ähnelt ihr aber in mancherlei Hinsicht. Die Analyse z.B. der klassischen chinesischen Gesellschaft hat zumindest heuristischen Wert für das Studium der Sowjetgesellschaft. Dieser Topos ist u.a. bei Sternberg, Frölich, Simin, Konrád und Szelényi vorzufinden. Eng verwandt mit diesem Thema ist die Erwägung von Gorter, Pannekoek, Wagner, Wittfogel und anderen, daß Rußland bzw. die Sowjetunion traditionell einer völlig anderen ökonomischen, politischen und kulturellen Sphäre als »der Westen« angehörten.
 3. Die Sowjetgesellschaft ist ein *Bastardgebilde*, ein »uneigentliches« Phänomen, eine ins Nichts führende Abzweigung vom Hauptweg der menschlichen Geschichte. Zu den VertreterInnen dieser Auffassung gehören Kautsky, Simin und Ticktin, auch Laurat und Shachtman könnten hierzu gerechnet werden.
 4. Der Bolschewismus und/oder Stalinismus ist eine historisch *befristete Erscheinung*: Innerhalb einiger Jahre wird sie einer anderen, dauerhafteren Formation Platz machen müssen. Dieser Topos – der dem dritten nahesteht, aber keineswegs mit ihm identisch ist – ist bei Kautsky, Trotzki und Pedrosa anzutreffen.²⁰
 5. Die Sowjetunion verkörpert ein *Übergangsstadium* zwischen Klassen- und klassenloser Gesellschaft, und weist daher *Parallelen mit dem Übergangsstadium von der klassenlosen zur Klassengesellschaft* auf. Dieser Topos ist bei Rizzi, Simin und Bahro anzutreffen.
 6. *Stalinismus und Faschismus/Nationalsozialismus sind zwei Varianten derselben Gesellschaftsform*. Dieser Topos – der auch aus der Totalitarismus-Theorie bekannt ist – ist bei den VertreterInnen der Staatskapitalismus-Theorien (Rühle, Pollock) vorzufinden und bei VertreterInnen der Theorien einer neuen Produktionsweise (Laurat, Weil, Rizzi, Burnham).²¹
 7. In der Sowjetunion handelt es sich um die *Unterwerfung der Ökonomie unter die Politik* oder, anders gesagt, um *einen vollständig verselbständigten Staat*. VertreterInnen dieses Topos sind Hilferding, Pedrosa, Damus, Schmiederer u.a.
 8. *Die Macht der herrschenden Elite beruht auf der Trennung von Kopf- und Handarbeit* (Wissen als Grundlage der Herrschaft). Dieser Topos ist in den Theorien der Managerklasse (Weil, Burnham) anzutreffen, aber auch bei Cycon, Eggert, dem SZ Tübingen, Eichwede und Kaiser, Konrád und Szelényi. Eine etwas abweichende Variante (die Elite als Sektor der Kopfarbeiter) wird von Bahro vertreten.
 9. *Die Arbeiter in der Sowjetunion sind keine »freien Lohnarbeiter« im Sinne*

von Marx: Da sie alle letztendlich ihre Arbeitskraft einem Unternehmer zur Verfügung stellen müssen und darüber hinaus Arbeitspflicht besteht, ist ein wesentliches Element der Marx'schen »Freiheit« verschwunden, nämlich die Freiheit, zwischen verschiedenen Ausbeutern zu wählen. Dieser Topos ist im Werk von Rizzi, Burnham und Guttmann vorzufinden.

10. Je länger die Sowjetunion besteht, desto stärker ist das *Wachstum der Ineffizienz* oder, wie manche AutorInnen es ausdrücken, die Entwicklung des *Widerspruchs zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen*. Dieser Topos kam in den siebziger Jahren auf (Carlo, Ticktin, Conert, Fehér u.a.).²²

11. Die Sowjetgesellschaft hat *keine autonomen Bewegungsgesetze*; ihre Entwicklungsrichtung wird vom Konkurrenzdruck der kapitalistischen Umwelt bestimmt. Dieser Topos ist bereits bei Cliff auszumachen und kehrte später u.a. bei Marcuse und Sweezy wieder.

Einige dieser Topoi können eventuell für die Entwicklung einer neuen Analyse der Sowjetgesellschaft von Nutzen sein; hierauf werde ich im nächsten Kapitel etwas ausführlicher eingehen.

7.2 Metatheoretischer Rückblick

Ich werde nun versuchen, die beschriebenen theoretischen Entwicklungen im Ansatz metatheoretisch zu analysieren; ich will, mit anderen Worten, Elemente einer Theorie dieser Theoriebildungen zu formulieren versuchen. Hierbei habe ich auch Anregungen der neueren diachronischen Wissenschaftstheorie aufgenommen.²³ Ich beabsichtige damit, zur Erarbeitung eines Modells der Entwicklung politischer Beweisführung in der Geschichte der Arbeiterbewegung beizutragen.

Mein Ausgangspunkt ist, daß politische Theorien der Art, wie sie in dieser Studie vorgestellt wurden, *relativ autonom* in Hinblick auf ihre sozialen TrägerInnen sind. Sie sind *autonom* in dem Sinne, daß sie, einmal formuliert, gewissen eigenen Gesetzmäßigkeiten folgen. Sie sind zugleich *relativ autonom*, da sie auch soziale Funktionen erfüllen (sie können z.B. zum Zusammenhalt einer politischen Gruppe beitragen) und dadurch in ihrer »Bewegungsfreiheit« eingeschränkt werden.

Wie sieht nun die innere Struktur der betreffenden politischen Beweisführungen aus?

Ebenso wie für jede andere Konstruktion des Intellekts gilt auch für politische Beweisführungen, daß sie sich auf mehr oder weniger explizit definierte *Begriffe* stützen. Diese Begriffe (z.B. Kapitalismus, Arbeiterklasse) sind zum

großen Teil recht vage: AnwenderInnen dieser Begriffe beziehen sich sowohl auf Objekte bzw. Prozesse, die zweifelsfrei von diesem Begriff erfaßt werden, wie auch auf Objekte bzw. Prozesse, von denen nicht ganz klar ist, ob sie unter diesen Begriff fallen. Viele der verwendeten Begriffe stammen direkt aus dem Werk von Marx, auch wenn nicht von vornherein feststeht, daß der Inhalt, den AnwenderInnen diesem Begriff zuschreiben, auch exakt mit der Bedeutung übereinstimmt, die Marx ihm gab.

Begriffe können äquivalent sein oder einen unterschiedlichen Grad von Allgemeinheit haben. Ich bezeichne zwei Begriffe als äquivalent, wenn die Bezüge (d.h. die bezeichneten Objekte bzw. Prozesse) des ersten Begriffs den Bezügen des zweiten Begriffs entsprechen und umgekehrt. Sofern alle Bezüge des Begriffs A Bezüge des Begriffs B sind, aber nicht umgekehrt, nenne ich B allgemeiner als A.²⁴

Bei der Konstruktion einer politischen Theorie werden immer wieder Begriffe durch andere ersetzt. Dies kann in dreierlei Weise geschehen: Durch Ersetzung eines äquivalenten Begriffs oder durch Ersetzung mit einem weniger allgemeinen Begriff (Konkretisierung) oder durch Ersetzung mit einem allgemeineren Begriff (Generalisierung). Jede dieser Ersetzungen impliziert bereits politisch-theoretische Entscheidungen. Man denke z.B. an die Ersetzung von »das revolutionäre Subjekt im Kapitalismus« durch das Äquivalent »die Arbeiterklasse« oder die Ersetzung von »Arbeiterstaaten« durch das konkretere »die Sowjetunion«.

Die Begriffe bilden die Bausteine, aus denen mehr oder minder komplexe Beweisführungen konstruiert werden. Sie werden in Aussagen zusammengefügt, die sich auf das Objekt der Beweisführung beziehen: die Sowjetgesellschaft. Nicht alle zu der Beweisführung gehörenden Aussagen haben übrigens einen unmittelbaren Bezug auf dieses Objekt; es gibt auch allgemeinere Aussagen, auf die in der Beweisführung ebenso nicht verzichtet werden kann.

Ich werde aufzuzeigen versuchen, daß jede politische Theorie aus drei Teilgruppen von Aussagen besteht, so daß diese drei Teilgruppen sowohl notwendig wie ausreichend sind, um die zur Rede stehende Theorie von allen anderen zu unterscheiden. Diese Teilmengen sind die folgenden:

1. Die Gruppe der *Prinzipien*. Hierzu gehören Aussagen mit einem hohen Grad von Allgemeinheit, deren Geltungsbereich sich auf mehr Objekte erstreckt als auf die in der Theorie behandelten. Ein Prinzip ist zum Beispiel Marx' Behauptung, »daß die Emanzipation der Arbeiterklasse durch die Arbeiterklasse selbst erobert werden muß«²⁵. Diese Äußerung kann selbstverständlich nicht allein auf die Sowjetunion des zwanzigsten Jahrhunderts bezogen werden, sondern muß auch auf alle anderen Situationen, in denen eine Arbeiterklasse bestanden hat, besteht und/oder bestehen wird, bezogen werden.

Prinzipielle Aussagen charakterisieren einen bestimmten Zustand oder geben an, wie ein bestimmter Zustand erreicht oder beseitigt werden kann.

Das Marx-Zitat gibt z.B. – ausgehend von zwei aufeinander bezogenen Begriffen (Arbeiterklasse und Emanzipation) – an, unter welchen Bedingungen ein erster Zustand (die Arbeiterklasse ist nicht emanzipiert) in einen zweiten (die Arbeiterklasse ist emanzipiert) transformiert werden kann. Prinzipien sind politisch und nicht »wertfrei«. Ihr Zweck ist sowohl deskriptiv wie präskriptiv²⁶, sie beschreiben analytisch und beurteilen politisch (moralisch) einen Vorgang oder Zustand. Ebenso wie die Begriffe, aus denen sie konstruiert sind, können auch die Prinzipien mehr oder minder allgemein formuliert sein und in diesem Sinne durch äquivalente, allgemeinere oder konkretere Aussagen ersetzt werden.

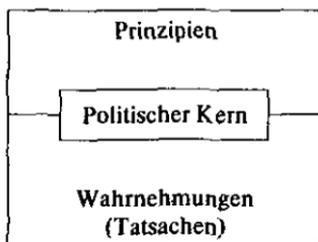
2. Die Gruppe der *Wahrnehmungen* oder – was in diesem Kontext dasselbe ist – von Tatsachen. Hierzu gehören Aussagen, mit denen beabsichtigt wird, einen bestimmten Aspekt des sozialen Objekts der Theorie zu beschreiben. Selbstverständlich geht es hier nicht um nackte Empirie, sondern um politisch präformierte Konstruktionen. »Eine Tatsache an sich«, schrieb Znaniecki zu Recht, »ist schon eine Abstraktion; wir isolieren einen bestimmten begrenzten Aspekt des Entwicklungsprozesses und weisen, zumindest vorläufig, seine ganze Vielschichtigkeit zurück.«²⁷ Daher ist es sehr wohl möglich, daß verschiedene politische Beweisführungen nicht von denselben Wahrnehmungen oder Tatsachen ausgehen. Während eine Theorie z.B. sagen wird: »Produktionsmittel haben in der Sowjetunion Warencharakter«, wird eine andere Theorie diese Äußerung als der Wirklichkeit nicht entsprechend ablehnen.
3. Der *politische Kern*. Er besteht aus den Folgerungen, die aus den Wahrnehmungen und Prinzipien gezogen werden. Sie bilden zusammen Aussagen über das soziale Objekt, die das Wesen der Theorie bilden. Innerhalb des politischen Kerns können mehr oder weniger ausdrückliche präskriptive Aussagen festgestellt werden. So kann zum Beispiel der politische Kern der maoistischen Theorie (Bettelheim) in drei Schlußfolgerungen zusammengefaßt werden:
 - a. In der Sowjetunion bestehen seit dem Ende der fünfziger Jahre kapitalistische Marktverhältnisse, in der die Unternehmen voneinander und die ArbeiterInnen von den Produktionsmitteln getrennt sind.
 - b. Der sowjetische Staat ist seit dem Ende der fünfziger Jahre eine staatskapitalistische Einrichtung geworden.
 - c. In der Sowjetunion ist eine soziale Revolution erforderlich.

Im »idealen« Fall ist der Aufbau einer bestimmten politischen Beweisführung logisch vollkommen konsistent: Die Begriffe werden durchweg eindeutig verwendet und die Begründung ist schlüssig. Dies ist allerdings nicht immer der Fall, ebensowenig wie bei anderen Argumentationen:

»Logische Inkompatibilität, partiell oder total, kann vorhanden sein und doch aus einer

Vielzahl von Gründen unbemerkt bleiben oder keine Reaktion hervorrufen, wie es auch der Fall ist bei den sogenannten Ungereimtheiten im menschlichen Denken. Das Individuum kann mit verschiedenen Ungereimtheiten recht gut leben, indem es sie in verschiedenen Kontexten herumschiebt, indem es ad hoc oder manchmal auch allgemeinere Ausnahmeregeln aufstellt [...]; indem eine überraschend hochgradige Spitzfindigkeit bei Definitionen einer Situation in einer Weise entwickelt wird, die kognitive Härten vermeiden läßt. Nur unter besonderen Umständen [...] bleiben die normalen zeitlichen und situationsbedingten Auswege verschlossen, und das Individuum muß mit seinen Ungereimtheiten zurechtkommen. Das gleiche gilt für wissenschaftliche Theorien: Wir haben es gelernt, mit deren Ungereimtheiten zu leben, die teilweise unbeachtet bleiben, wegerklärt oder überhaupt nicht zur Kenntnis genommen werden. Nur unter außergewöhnlichen Umständen werden sie relevant, und der Unterschied wird bedeutend [...].«²⁸

Angenommen, die Argumentation einer bestimmten Beweisführung ist völlig konsistent. Dann werden KritikerInnen den politischen Kern ausschließlich indirekt angreifen können: Über die Begriffe bilden die Prinzipien und Wahrnehmungen einen Schutzgürtel um den politischen Kern, wie es im folgenden Schema symbolisiert ist.



KritikerInnen, die den politischen Kern einer politischen Beweisführung eliminieren wollen, können dies mit einer oder mehreren der folgenden Angriffsstrategien tun:

1. Bezweifeln der Adäquatheit bestimmter in der Beweisführung verwendeter Begriffe;
2. Aufzeigen von Inkonsistenzen in der Argumentation der Beweisführung;
3. Bezweifeln der Gültigkeit bestimmter Wahrnehmungen, die für die Beweisführung von Bedeutung sind;
4. Einführung neuer oder anderer Wahrnehmungen, die nicht in konsistenter Weise in die Beweisführung eingepaßt werden können;
5. Bezweifeln der Gültigkeit bestimmter Prinzipien, die für die Beweisführung von Bedeutung sind;
6. Einführung neuer oder anderer Prinzipien, die nicht auf konsistente Weise in die Beweisführung eingepaßt werden können.

Mit großer Wahrscheinlichkeit wird es den AnhängerInnen der bedrohten Beweisführung immer gelingen, diese Angriffe abzuschlagen, sofern sie eventuell bereit sind, Teile der dem politischen Kern zugrundeliegenden Argumen-

tation zu ersetzen oder aufzugeben. (Daß damit die »Glaubwürdigkeit« der Beweisführung strittig werden kann, ist eine andere Frage, auf die ich gleich eingehen werde.) Zweierlei Verteidigungsstrategien stehen den AnhängerInnen der Beweisführung zur Verfügung:

1. Die direkte Immunisierung, wobei die gesamte alte Beweisführung verwendet wird, um a. zu sagen, daß die AngreiferInnen nun einmal andere Begriffe benutzen, und/oder b. indem die von den AngreiferInnen präsentierten neuen oder anderen Prinzipien und/oder Wahrnehmungen für irrelevant oder ungültig erklärt werden.
2. Die indirekte Immunisierung, wobei Aussagen aus dem Schutzgürtel beseitigt oder ersetzt werden.

Beide Strategien können selbstverständlich kombiniert werden. Die direkte Immunisierung ist nur möglich, wenn die AngreiferInnen die Konsistenz der Beweisführung nicht bezweifeln. Tun sie das doch (mit Erfolg), dann ist indirekte Immunisierung unvermeidlich, wie es auch der Fall ist, wenn die AngreiferInnen in den Augen der VerteidigerInnen zu Recht bestimmte Prinzipien und/oder Wahrnehmungen bezweifeln und/oder mit neuen und/oder anderen Prinzipien und/oder Wahrnehmungen ergänzen.

Vielleicht kann ein Beispiel diese abstrakte Darstellung etwas erhellen. Zur Illustration werde ich die in Kapitel 4 referierte Debatte zwischen Cliff und der Vierten Internationale genauer untersuchen. Während der Debatte standen zwei Prinzipien zur Diskussion:

Prinzip 1: Eine gewaltsame proletarische Revolution ist eine notwendige Voraussetzung für die Etablierung eines Arbeiterstaats.

Prinzip 2: Eine gewaltsame antiproletarische Revolution ist eine notwendige Voraussetzung für die Auflösung eines Arbeiterstaats.

Diese beiden Prinzipien wurden ursprünglich als Entsprechungen aufgefaßt und waren zusammen Teil der trotzkistischen Orthodoxie. Bei ihrer Debatte über diese Prinzipien bezogen sich die Opponenten auf dieselben Wahrnehmungen:

Wahrnehmung 1: Die osteuropäischen Volksdemokratien sind nicht aus einer gewaltsamen proletarischen Revolution entstanden.

Wahrnehmung 2: Die osteuropäischen Volksdemokratien sind qua gesellschaftlicher Struktur in der Periode 1947-1950 in hohem Maße mit der Sowjetunion identisch geworden.

Wahrnehmung 3: Die Sowjetunion war während der ersten Jahre nach 1917 ein Arbeiterstaat.

Wahrnehmung 4: In der Sowjetunion hat zwischen 1917 und 1950 keine gewaltsame antiproletarische Revolution stattgefunden.

Die Argumentation von Cliff sah nun so aus:

- a. Prinzip 1 ist richtig.

- b. Aus Prinzip 1 und Wahrnehmung 1 folgt: die osteuropäischen Volksdemokratien sind keine Arbeiterstaaten (Folgerung 1).
- c. Aus Folgerung 1 und Wahrnehmung 2 folgt: Die Sowjetunion des Jahres 1950 ist kein Arbeiterstaat (Folgerung 2).
- d. Aus Folgerung 2 und Wahrnehmung 3 folgt: in der Sowjetunion hat zwischen 1917 und 1950 eine Auflösung des Arbeiterstaats stattgefunden (Folgerung 3).
- e. Aus Folgerung 3 und Wahrnehmung 4 folgt: Prinzip 2 ist unrichtig (Folgerung 4).

Die Argumentation der Vierten Internationale hat einen anderen Aufbau:

- a. Prinzip 2 ist richtig.
- b. Aus Prinzip 2 und den Wahrnehmungen 3 und 4 folgt: Die Sowjetunion des Jahres 1950 ist ein Arbeiterstaat (Folgerung 1).
- c. Aus Folgerung 1 und Wahrnehmung 2 folgt: Die osteuropäischen Volksdemokratien sind Arbeiterstaaten (Folgerung 2).
- d. Aus Folgerung 2 und Wahrnehmung 1 folgt: Prinzip 1 ist unrichtig (Folgerung 3).

Der Vierten Internationale gelang es so, den politischen Kern ihrer Theorie (die Sowjetunion ist noch immer ein Arbeiterstaat) zu schützen, indem sie Prinzip 1 opferte.²⁹ Für Cliff wog Prinzip 1 jedoch schwerer als der politische Kern der alten trotzkistischen Beweisführung. Seine Behauptung von Prinzip 1 veranlaßte ihn jedoch zur Opferung von Prinzip 2 und zur Formulierung eines neuen politischen Kerns (»die Sowjetunion im Jahre 1950 ist staatskapitalistisch« – ein politischer Kern, der nicht mit zwingender Notwendigkeit aus dem Verwerfen des alten politischen Kerns folgt).

Selbstverständlich hätte Cliff auch eine andere Argumentationsstrategie verfolgen können, indem er eine oder mehrere Wahrnehmungen zur Diskussion stellt. In diesem Fall hätte man beide Prinzipien bewahren können. Tatsächlich sind andere als Cliff in einem späterem Stadium dieser alternativen Strategie gefolgt.³⁰ Sie ließen Wahrnehmung 4 fallen; behauptet wurde, daß um 1930 doch eine gewaltsame antiproletarische Revolution stattgefunden habe, und zwar in Gestalt der Zwangskollektivierung und der forcierten Einführung von Fünfjahresplänen. Diese neue Wahrnehmung nenne ich Wahrnehmung 4A. Die Begründung erhält dann diese Form:

- a. Prinzip 1 ist richtig.
- b. Aus Prinzip 1 und Wahrnehmung 1 folgt: Die osteuropäischen Demokratien sind keine Arbeiterstaaten (Folgerung 1).
- c. Aus Folgerung 1 und Wahrnehmung 2 folgt: Die Sowjetunion im Jahre 1950 ist kein Arbeiterstaat (Folgerung 2).
- d. Aus Folgerung 2 und Wahrnehmung 3 folgt: In der Sowjetunion hat zwischen 1917 und 1950 eine Auflösung des Arbeiterstaates stattgefunden (Folgerung 3).

e. Aus Folgerung 3 und Wahrnehmung 4A folgt: Prinzip 2 ist richtig.

Diese Beispiele rufen die Frage hervor, warum manche (Gruppen von) Menschen augenscheinlich endlos an einem bestimmten politischen Kern festhalten und bereit sind, dafür immer wieder neu Wahrnehmungen und Prinzipien zu ersetzen oder zu entfernen, während andere (Gruppen von) Menschen in einem bestimmten Moment diese Opfer im Argumentationsfeld als zu weitgehend empfinden und somit bereit sind, den politischen Kern selbst zu eliminieren. Es ist deutlich, daß der Entwicklungsgang politischer Beweisführungen nicht rein zufällig ist – insbesondere auf Grund der argumentativen Determinanten –, daß es sich aber andererseits ebensowenig um eine immanente Notwendigkeit handelt. In keinem Fall besteht ein allgemein akzeptiertes »Wahrheitskriterium«, an Hand dessen über Richtigkeit oder Unrichtigkeit einer Beweisführung definitiv entschieden werden könnte.

Diese Feststellung macht die Schlußfolgerung unausweichlich, daß der Entwicklungsgang *auch* als Resultante externer Bestimmungen aufgefaßt werden muß. Äußere Einflüsse können dazu führen, daß ein im übrigen vollkommen immunisierter politischer Kern nicht einsichtig ist und jeden Anhang verliert oder daß ein neuer politischer Kern schnell in einem relativ breiten Kreis Einfluß gewinnt.

Es geht hier nicht um eine geradlinige Evolution, sondern um einen komplizierten Selektionsprozeß: Die Beweisführungen entwickeln sich über eine Kette von Verzweigungen, an denen alternative Möglichkeiten der Weiterentwicklung sichtbar, oder wo vergessene Ansätze (»tote Zweige«) wieder aufgenommen werden können oder wo parallele, bisher unabhängig voneinander verlaufende Linien zusammengefügt werden.³¹

Um die Wirkung externer Einflüsse genauer analysieren zu können, scheint es nützlich zu sein, den wissenschaftssoziologischen Begriff der *regulativen Ideen* einzuführen. Damit ist die Gewährleistung der normativen Forderungen gemeint, welche die AnwenderInnen politischer Beweisführungen an diese Beweisführungen stellen. Zu den wichtigsten regulativen Ideen gehören meiner Ansicht nach die folgenden:

1. Die Beweisführung muß den Wahrnehmungen der AnwenderInnen entsprechen (oder ihnen zumindest nicht klar widersprechen).
2. Die Beweisführung muß den Prinzipien der AnwenderInnen entsprechen (oder ihnen zumindest nicht klar widersprechen).
3. Die Beweisführung darf nach Auffassung der AnwenderInnen nicht deutlich inkonsistent sein.
4. Die Beweisführung muß den von den AnwenderInnen hochgeschätzten politischen Traditionen (z.B. »der Marxismus«) entsprechen (oder ihnen zumindest nicht klar widersprechen).
5. Die Beweisführung muß politisch brauchbar sein, daß heißt sie muß eine

Orientierung in der alltäglichen politischen Wirklichkeit ermöglichen. Diese Aufzählung hat nicht die Absicht, vollständig zu sein. Auch soll nicht behauptet werden, daß alle AnwenderInnen einer politischen Beweisführung jeder dieser regulativen Ideen dasselbe Gewicht beimessen.

Regulative Ideen können auf zweierlei Weise AnwenderInnen einer Beweisführung dazu veranlassen, den politischen Kern einer Beweisführung aufzugeben:

1. Akzeptierte regulative Ideen werden bei der Immunisierung der Beweisführung verletzt. Der Grund, warum eine weitergehende Immunisierung notwendig zu sein scheint, kann in theoretischen Angriffen liegen oder auch in neuen Erfahrungen (die es erforderlich machen, neue Wahrnehmungen und/oder Prinzipien in die Beweisführung einzubeziehen).
2. Neue regulative Ideen der AnwenderInnen der Beweisführung scheinen der Beweisführung (die mit schon früher akzeptierten regulativen Ideen übereinstimmte) zu widersprechen.

8. Ausblick

»Die sozialistische Gesellschaft muß in produktionstechnischer Hinsicht im Vergleich zu der kapitalistischen Gesellschaft ein höheres Stadium darstellen. Sich das Ziel zu stecken, eine *national isolierte* sozialistische Gesellschaft aufzubauen, bedeutet, trotz aller vorübergehenden Erfolge, die Produktivkräfte, sogar im Vergleich zum Kapitalismus, zurückzerren zu wollen. Der Versuch, unabhängig von den geographischen, kulturellen und historischen Bedingungen der Entwicklung des Landes, das einen Teil der Weltgesamtheit darstellt, eine in sich selbst abgeschlossene Proportionalität aller Wirtschaftszweige in nationalem Rahmen zu verwirklichen, bedeutet, einer reaktionären Utopie nachzujagen.«

Leo Trotzki (1930)

Im Lauf der untersuchten Periode (1917-1985) sind wahrscheinlich alle Möglichkeiten der Charakterisierung der Sowjetunion, die formalisierte marxistische Schemata bieten, angewandt worden.

* *Ist die Sowjetgesellschaft in welthistorischer Perspektive eine »höhere« Formation als die kapitalistische Gesellschaft?* Apologeten, aber auch diejenigen, die kritischer von einer »Übergangsgesellschaft« oder einem »degenerierten Arbeiterstaat« sprechen (z.B. Trotzki, Mandel, Altvater), beantworten diese Frage zustimmend. Andere erkennen keinen wesentlichen Unterschied zwischen beiden Systemen, auch wenn sie der Sowjetunion einen größeren Staatseinfluß zuschreiben. Wieder andere sehen in der Sowjetunion das Wiederaufleben einer vorkapitalistischen Formation (Wittfogel z.B.) oder meinen, daß die Frage, so gestellt, irreführend oder noch nicht zu beantworten ist.

* *Ist die herrschende Elite in der Sowjetunion eine gesellschaftliche Klasse?* Manche bestreiten dies (z.B. Ticktin, Bahro, Eggert), und andere bestätigen es. Diejenigen, die in der Elite eine Klasse sehen, meinen, daß es um eine historisch neue Gruppe geht (Melotti, Carlo u.a.), um eine bürgerliche Klasse (Bettelheim, Cliff) oder um eine vorkapitalistische Klasse (Dutschke z.B.).

* *Hat die Sowjetgesellschaft eine spezielle Dynamik und wenn ja, welche?* Manche sehen zwei Bewegungsgesetze, verschmolzen (Ticktin) oder nebeneinander (Mandel); andere sehen nur ein Bewegungsgesetz, nämlich das der Akkumulation (die Theoretiker des Staatskapitalismus) oder fassen die Sowjetgesellschaft ungeachtet der Industrialisierung vor allem als unbewegliche Größe auf.

* *Ist die Arbeit in der Sowjetunion Lohnarbeit?* Manche bestätigen dies, andere sehen einen neuen Typ der Arbeitsverhältnisse (Damus) oder ein Wiederaufleben einer vorkapitalistischen Form (Rizzi).

* *Wie wird die Sowjetunion den Sozialismus erreichen können?* Trotzki und

die Seinen sagen: durch eine politische Revolution, welche die ökonomischen Grundlagen erhält, die herrschende Elite jedoch ihrer Macht beraubt. Andere sprechen von einer »gewöhnlichen« Revolution (Cliff) oder über die Möglichkeit struktureller Reformen (Bahro) bzw. über eine autonome Dynamik, die das System von selbst zum sozialistischen Übergang bringen wird (Rizzi).

Das breite Spektrum von Standpunkten, in dem auf den ersten Blick nur Konfusion herrscht, läßt vermuten, daß sich der kritische Marxismus schon viele Jahre im Zustand der Verwirrung über die nach der Oktoberrevolution entstandene Gesellschaft befindet. Insbesondere das Geschehen in der Sowjetunion um 1930, als die Landwirtschaft mit Gewalt kollektiviert wurde und die »Planwirtschaft« ihren Anfang nahm, hat die Desorientierung befördert. Der von Stalin geführte Umschlag implizierte eine qualitative Verminderung der während der Neuen Ökonomischen Politik noch so kräftigen öffentlichen Marktelemente und ließ, wie wir sahen, das traditionell-marxistische Schema »Sozialismus oder Kapitalismus« zweifelhaft werden. Dies veranlaßte die Antistalinisten zur Entwicklung eines neuen Begriffsapparats. In den folgenden zwanzig Jahren entstanden die mittlerweile klassischen Theorien des »degenerierten Arbeiterstaats«, des »bürokratischen Kollektivismus« und des »Staatskapitalismus«, die während vieler Jahre die Debatte in wenig fruchtbarer Weise bestimmten. Die allmähliche und oft mühsame Entstalinierung, die Spaltungen innerhalb des »real-sozialistischen« Lagers (die Konflikte der Sowjetunion mit Jugoslawien, vor allem aber mit der Volksrepublik China), die Unterdrückung demokratisierender Bewegungen (DDR 1953, Ungarn 1956; Polen 1956, 1971, 1981; Tschechoslowakei 1968), das im Fahrwasser der Studentenbewegung auflebende Interesse an marxistischer Theoriebildung, die »Entideologisierung« vieler kommunistischer Parteien – das alles brachte in der Folge eine relativ breite Reflektion zuwege, welche die Revision älterer Theorien einschloß und die Anzahl untereinander konkurrierender Auffassungen um einen ansehnlichen Faktor vermehrte.

Vielen der vor allem älteren Theorien gemeinsam ist ihr starker Drang zu Klassifizierungen der Sowjetgesellschaft. Im Mittelpunkt scheint in den meisten Fällen das Bestreben zu stehen, ein geeignetes *Etikett* zu finden, das der kritisierten Gesellschaft angeheftet werden kann. Ist dies erst einmal geglückt, scheint die wichtigste Arbeit getan. Einflußreiche Konzeptionen, wie Rizzis »bürokratischer Kollektivismus«, sind eigentlich kaum über eine reine Beschreibung hinausgekommen. Die Ursache dieses Etikettierungsbedürfnisses liegt höchstwahrscheinlich in der politischen Dringlichkeit des Problems. Hatte man die UdSSR erst einmal (dis)qualifiziert, war das unmittelbar praktisch-politische Problem – wie man sich gegenüber der Sowjetunion verhalten solle – größtenteils gelöst. So bekam ein Großteil der Begriffsbildung den

Charakter einer *Beschwörung*: Mit einem erlösenden Wort (z.B. »Kapitalismus«) schien der Feind unschädlich gemacht worden zu sein.

Hiermit hängt zusammen, daß sich die meisten marxistischen Kritiken mit abstrakt formulierten Begriffen begnügten, während die konkret-empirische Untersuchung oft völlig ausblieb. Man wird unwillkürlich an die Bemerkung erinnert, die C. Wright Mills über Parsons Soziologie machte:

»Wenn wir uns fragen, was ein Wort bedeutet, befassen wir uns mit seinen *semantischen* Aspekten. Wenn wir es in seiner Beziehung zu anderen Wörtern betrachten, befassen wir uns mit seinen *syntaktischen* Kennzeichen. Ich führe diese vorläufigen Begriffe ein, weil sie mich in die Lage versetzen, knapp und genau die folgende Bemerkung zu machen: die »gehobene Theorie« ist trunken von der Syntax, aber blind für die Semantik. Ihre Anwender begreifen nicht, daß, wenn wir ein Wort definieren, wir eigentlich nichts anderes tun, als andere aufzufordern, es so zu gebrauchen, wie wir gerne möchten, daß es gebraucht wird; daß der Zweck einer Definition ist, daß sich eine Diskussion über *Tatsachen* entwickelt [...]. Die »gehobenen Theoretiker« werden von syntaktischen Bedeutungen so in Anspruch genommen und haben eine so geringe Vorstellung von semantischen Zusammenhängen, sie beschränken sich so streng auf hohe Abstraktionsebenen, daß die von ihnen erstellten »Typologien« und die Arbeit, die sie auf ihre Erstellungen verwenden, uns meist mehr als ein Spiel mit Begriffen erscheint als ein Versuch, die vorhandenen Probleme systematisch – d.h. klar und übersichtlich – zu definieren und uns bei den Versuchen, sie zu lösen, zu führen.«¹

8.1 Die Hilflosigkeit der nicht-marxistischen Theorie

Bemerkenswert ist, daß auch die nicht-marxistische Sowjetologie mit einigermaßen vergleichbaren Problemen kämpft. Diese Disziplin wurde nach dem Zweiten Weltkrieg lange Zeit von der Totalitarismus-Theorie beherrscht. Diese Auffassung, die in den dreißiger Jahren entwickelt wurde, betonte die Übereinstimmungen zwischen verschiedenen diktatorischen Gesellschaftsformen wie dem deutschen Nationalsozialismus und dem Sowjetsystem. Behauptet wurde, daß diese Formationen eine Reihe struktureller Eigenschaften gemein hätten (u.a. einen absoluten Führer, eine mächtige Geheimpolizei, institutionalisierte Formen der Massenmobilisierung, eine staatlich geführte Wirtschaft) und deshalb als Vertreter derselben Staats- und Gesellschaftsform aufgefaßt werden müßten.

Das Totalitarismus-Modell ging davon aus, daß die Spitze des Staats alle Facetten des gesellschaftlichen Lebens beherrsche. Beim Studium der Sowjetunion führte dies zu einer übertriebenen Aufmerksamkeit für die zentrale Elite und insbesondere für den *woschd*, den höchsten Leiter. Diese Herangehensweise machte die Analyse sehr einfach: »Es gab«, wie eine Kritikerin und ein

Kritiker später anmerkten, »nur eine Arena in dem Zirkus.« Aber diese Arena war leider »nicht gut beleuchtet«, so daß die Beschlußbildung innerhalb der Elite der Beobachtung entzogen blieb.²

Am Ende der fünfziger und am Beginn der sechziger Jahre nahm die Kritik an dem Totalitarismus-Modell rasch zu. Die Ursache war die 1956 begonnene »Entstalinisierung«, die den Voraussetzungen des Modells die Grundlage entzog. Von verschiedenen Seiten wurden neue Modelle vorgestellt. Manche, wie z.B. Kassof, versuchten das Modell anzupassen und sprachen nun von einer verwalteten oder geführten Gesellschaft.³ Andere nahmen ihre Zuflucht zur sogenannten Modernisierungstheorie. Dieser neo-evolutionistische Ansatz stammte aus der Soziologie; er wurde seit den fünfziger Jahren unter anderen von Talcott Parsons und Seymour Lipset propagiert.

Was die Modernisierungstheorie genau enthält, ist schwerlich zu sagen. Tipps konstatierte zu Recht, daß die Popularität des Begriffs »Modernisierung« größer sei als die Einigkeit über dessen Bedeutung.⁴ Und Gregor verwies darauf, daß die ModernisierungstheoretikerInnen »das Konzept in einer Vielzahl verwirrender, alles einschließender, vager, komplexer und manchmal sich gegenseitig ausschließender Weisen benutzt haben«⁵. Dennoch war die Modernisierungstheorie von ihrer ursprünglichen Anlage her recht einfach. Ausgangspunkt war der Gedanke, daß eine Gesellschaft sich um so besser der Umgebung anpassen kann, je komplexer ihre Struktur ist. Je differenzierter die Gesellschaft, desto höher ist sie entwickelt. Hinzu kam die Auffassung, daß komplexe Gesellschaften bestimmte Institutionen, Persönlichkeitsstrukturen und kulturelle Systeme brauchen, um sich in der differenzierten Situation erhalten zu können.

Diese theoretische Konstruktion war faktisch der biologischen Evolutionstheorie entlehnt und gründete nicht auf der materiellen Analyse der betreffenden Gesellschaftsformen. Das Modell blieb dadurch in erster Instanz höchst abstrakt und wenig aussagekräftig. Seine Konkretisierung erfolgte über die rein ideologische Behauptung, daß der entwickelte Kapitalismus das höchste Stadium der sozialen Evolution bilde. Der Marktmechanismus, die parlamentarische Demokratie usw. seien die besten Mittel, mit denen eine komplexe Gesellschaft sich selbst behaupten könne.⁶

In nicht-marxistischen sowjetologischen Kreisen wurde die Modernisierungstheorie schon bald sehr geschätzt. Die Liberalisierung von 1956 wurde als unumkehrbarer Modernisierungsprozeß aufgefaßt und das größere Maß an Offenheit und Pluralismus als Resultat der gewachsenen Komplexität der Sowjetgesellschaft.

Die Invasion in die Tschechoslowakei 1968 machte jedoch schon schnell deutlich, daß die ursprüngliche Theorie zumindest einiger Korrekturen bedurfte. Offenbar waren die Möglichkeiten der Änderung und »Öffnung« der Formation doch kleiner, als man vermutet hatte. Während im Totalitarismus-

Modell die Starre der Gesellschaft zu stark betont worden war, war in der Modernisierungstheorie die Veränderbarkeit überschätzt worden.⁷

Infolge der Schwierigkeiten auf makrotheoretischer Ebene befindet sich die nicht-marxistische Sowjetologie seit rund zwanzig Jahren in einem Zustand relativer Hilflosigkeit. Mangels Besserem werden immer wieder neu Elemente aus den alten Modellen hervorgeholt, obwohl die Problematik dieser Herangehensweise recht deutlich ist. Ansonsten besteht die Neigung, alle Makrotheorie zu vernachlässigen und sich auf Theorien mittlerer Reichweite (*Middle-range-Analysen*⁸) zu beschränken, wobei man sich dem Studium kleinerer Ausschnitte der Gesellschaft zuwendet. Dies ist sicher nicht nur negativ, hat der verengte Blickwinkel vieler Beiträge aus der nicht-marxistischen Sowjetologie doch eine rasch zunehmende Menge an Detailinformationen erbracht. Dennoch besteht eine Kluft zwischen der Theoriebildung und der empirischen Untersuchung.⁹

Die marxistische Theoriebildung über die Sowjetunion scheint also, jedenfalls auf dem Gebiet der gesamtgesellschaftlichen Analyse, wenig von der nichtmarxistischen Theoriebildung lernen zu können, verharrt sie doch selbst im Zustand der Desorientierung. Will der historische Materialismus sich nicht weiterhin auf Analysen beschränkter Reichweite und das Sammeln empirischen Materials beschränken – Tätigkeiten, die an sich selbstverständlich von großem Nutzen sind –, dann wird er *aus eigener Kraft* einen neuen Ansatz entwickeln müssen. Im folgenden werde ich dazu ein paar Gedanken skizzieren, wobei ich mich auf die politisch-ökonomischen Aspekte¹⁰ beschränke und von dem (im vorigen Kapitel erläuterten) Gedanken ausgehe, daß die drei »großen« Theorien, die so lange die Diskussion bestimmt haben (Staatskapitalismus, degenerierter Arbeiterstaat und bürokratischer Kollektivismus), widerlegt sind.

8.2 Notwendige Begriffsklärungen

Da der Sozialismusbegriff in der Diskussion über den Charakter der Sowjetgesellschaft eine entscheidende Rolle spielt, ist es zuallererst notwendig, diesbezügliche simplifizierende Auffassungen zu überwinden.

Schon von Marx und Engels wird ausgeführt, daß der Sozialismus als selbstverwaltende Gesellschaft freier assoziierter Produzenten nur auf einem sehr hohen Niveau gesellschaftlicher Arbeitsproduktivität, das materielle Bedürftigkeit in die Vergangenheit verweist, möglich ist: Für die Aufhebung der Entfremdung sei eine so beschaffene

»Entwicklung der Produktivkräfte eine absolut praktische Voraussetzung, weil ohne sie

nur der Mangel verallgemeinert, also mit der Notdurft auch der Streit um das Notwendige wieder beginnen und die ganze alte Scheiße sich herstellen müßte«. ¹¹

»Solange nicht soviel produziert werden kann, daß nicht für alle genug vorhanden ist, sondern auch noch ein Überschuß von Produkten zur Vermehrung des gesellschaftlichen Kapitals und zur weiteren Ausbildung der Produktivkräfte bleibt, solange muß es immer eine herrschende, über die Produktivkräfte der Gesellschaft verfügende und eine arme, unterdrückte Klasse geben.« ¹²

Diese wesentliche Erkenntnis der Begründer des »wissenschaftlichen Sozialismus« ist den meisten späteren MarxistInnen verlorengegangen. Wäre dies nicht der Fall gewesen, hätten Illusionen über den »sozialistischen« Charakter der Oktoberrevolution und die spätere Sowjetunion niemals aufkommen können.

Der Umstand, daß sich dessenungeachtet zahllose Linke irreführen ließen, hängt mit ihrer Fixierung auf die Abschaffung des Privateigentums und die damit zusammenhängende scheinbare Existenz einer gesamtgesellschaftlichen Planung zusammen – zwei Aspekte, die aus Marxscher Sicht tatsächlich für eine sozialistische Ökonomie wichtig sind. Zugegeben werden muß allerdings auch, daß die Möglichkeit einer autoritär-technokratischen Gesellschaftsplanung von Marx und Engels nicht explizit ausgeschlossen wurde; ihre diesbezüglichen Bemerkungen können zu Mißverständnissen führen. Soweit ich es zurückverfolgen kann, wurde die Idee der geplanten Wirtschaft als Alternative zum chaotischen Kapitalismus innerhalb des »wissenschaftlichen Sozialismus« erstmals von Engels formuliert. In den von 1844 datierenden *Umriss[e]n] einer Kritik der Nationalökonomie* schrieb er:

»Wüßten die Produzenten als solche, wieviel die Konsumenten bedürften, organisierten sie die Produktion, verteilten sie sie unter sich, so wäre die Schwankung der Konkurrenz und ihre Neigung zur Krisis unmöglich. Produziert mit Bewußtsein, als Menschen, nicht als zersplitterte Atome ohne Gattungsbewußtsein, und ihr seid über alle künstlichen und unhaltbaren Gegensätze hinaus.« ¹³

Ein Jahr später konkretisierte Engels seinen Gedanken während einer Rede in Elberfeld: In einer vernünftig organisierten Gesellschaft sei eine Verwaltungszentrale erforderlich, die innerhalb von ein bis zwei Jahren eine Statistik erstellen müsse, aus der zu ersehen sei, »wieviel sämtliche Ortschaften und Gemeinden des Landes gebrauchen«. Seien diese Daten erst einmal bekannt, könne man fortan, unter Einbeziehung des Bevölkerungswachstums, genau berechnen, welche Menge von welchem Artikel für die Versorgung erforderlich sei. ¹⁴

Dieses Verständnis von einer Planwirtschaft abstrahierte vollständig von dem Problem, *wer* in einer solchen Gesellschaft die Planziele formulieren solle, oder anders gesagt: welche sozialen Gruppen die »Zentralverwaltung«